ROTES FORUM

Heidelberg, 2.2.1970

1.– DM 1/70

Karl Friedrich Hauber
IMPERIALISMUS UND KLASSENKAMPF IN NORD-IRLAND S. 3

Pfaff/Wikhäll
STREIKKALENDER AUS SCHWEDEN S.10

Jean-Pierre Viennot
DER KAMPF DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN BEFREIUNGSFRONT IM DHOFAR
Übersetzung aus "Le Monde Diplomatique" S.13

Burkhart Braunbehrens
BILANZANALYSE DER SCHNELLPRESSE
(Heidelberger Druckmaschinen AG) S.21

DAS "GUTACHTEN" DER RECHTSANWALTSKAMMER GEGEN E. BECKER UND RICHTER ORLETS
MENSCHENWÜRDE S.25

Joscha Schmierer
KRITISCHE THEORIE UND STUDENTENBEWEGUNG S.29

Karl Heinz Roth
JOSCHA SCHMIERERS MARSCH IN DIE SYNDIKALISTISCHE SACKGASSE S.37

WIE SICH DAS OBERSCHULAMT OPPOSITIONELLER LEHRER ZU ERWEHREN VERSUCHT
Dokumente zur Berufspraxis der Lehrer S.45

ROTES FORUM 1/70

Das Rote Forum, bisher vom AStA der Universität herausgegeben, hat sich aus dem Rahmen der verfassten Studentenschaft gelöst. Geld aus dem AStA-Haushalt gab es eh keines mehr, weil der Rektor seit längerer Zeit schon das Haushaltskonto des Forum gesperrt hatte. Angesichts der akrobatischen Anstrengungen der verschiedenen Fraktionen der Herrschaftsseite, den AStA mit den integrierten Universitätsgremien gleichzuschalten oder ihn ganz abzuschaffen, hat auch der Gesichtspunkt der institutionellen Absicherung einer linken Zeitschrift im Rahmen der verfassten Studentenschaft an Gewicht verloren. In Zukunft wird die Redaktion des Roten Forums der MV des SDS auch formell politisch verantwortlich sein.

Von dieser Nummer an kostet das Forum 1.- DM statt 0,50 DM. Es hat sich herausgestellt, dass jede Nummer etwa doppelt so umfangreich ist, als wir früher auf der Basis des 0,50 DM-Preises kalkuliert hatten. Da die meisten Genossen, die das Forum lesen, unseres Wissens ohnehin der Ansicht waren, dass die Zeitschrift im Vergleich zu anderen bisher zu billig verkauft wurde, halten wir es für überflüssig, über den neuen Preis, der notwendig ist, weiter zu palavern.

Das nächste Rote Forum erscheint am 15.4.1970.

ROTES FORUM - Organ des SDS Heidelberg

Erscheint 6 mal im Jahr, je drei Nummern im Sommer- und Wintersemester. Auswärtige Genossen und Sympathisanten sollten Einzel- und Sammelabonnements aufgeben. Unterstützt das Rote Forum und abonniert es! Bezahlt werden muß es jeweils halbjährlich (3 Nummern + Porto); Sammelbestellungen jeweils auf Vorkasse oder per Nachnahme.

Redaktion: Dieter Hildebrandt (verantwortlich), Joscha Schmierer, Gerd Steffens, Brigitte Steinmüller

Anzeigenverwaltung: Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans Thoma-Platz 38, Tel. 40812,
Björn Grabendorff, 69 Heidelberg, Schiffgasse 3, Tel. 46153

Druck: J. Noth, Heidelberg

Herausgeber: Verlag Rotes Forum, 69 Heidelberg, Schiffgasse 4, c/o Jörg Burkhard

Do 5.2. Alexander von Schlippenbach Trio

Do 12.2. Live Jazz

Do 19.2. Too Much führend. blues group

Do 26.2. Live Jazz

Jeden Samstag, Sonntag, Montag, Dienstag, und Mittwoch Tanz mit unserer Stereo-Discothek und modernsten Lightshow.

CAVE 54

Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e. V.
Heidelberg, Krämergasse 2 Tel. 06221/27840

Werden Sie Mitglied im ältesten Studenten Jazz- Club Deutschlands

Imperialismus und Klassenkampf in Nordirland

Mike Farrell, Mitglied von Peoples Democracy, sagte im April dieses Jahres: "Die Irische Sozialistische Republik kann nicht in der Isolierung geschaffen werden. Hier stimmt die alte Regel: die englischen Genossen können am besten dadurch helfen, daß sie die Revolution in England vorantreiben. Und die zweitbeste Hilfe ist, wenn sie die irische Revolution nicht als bloßen nationalen Kampf gegen Kolonialismus oder als Kampf der katholischen Bauern gegen protestantische Gutsherren mißverstehen. Denn sie ist viel komplexer, und sie sollten die Komplexität der Situation begreifen."(1) Dieser Satz gilt in nicht geringerem Maß für die deutschen Genossen. Hat man doch den Internationalismus in letzter Zeit hauptsächlich auf die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt beschränkt und sich wenig auf die imperialistische Politik der zentraleuropäischen Staaten in den wenig kapitalisierten Enklaven Europas selbst, wie z.B. in Griechenland, im italienischen Mezzogiorno, in Spanien und in Irland konzentriert. Während sich gerade hier die Konflikte zuspitzten, hat uns die bürgerliche Presse ihre verrottetsten ideologischen Ladenhüter ums Ohr gehauen und die Kämpfe in Nordirland schlicht zum Religionskrieg erklärt.

I. Die wirtschaftliche Situation in Irland

Die wirtschaftliche Situation von Nordirland (Ulster) und Südirland (Eire) kann nicht unabhängig voneinander betrachtet werden, sondern muß jeweils auf die Wirtschaftsinteressen und Wirtschaftspolitik des ausländischen Kapitals bezogen werden; d.h. es ist zu zeigen, welche Widersprüche in diesen wenig kapitalisierten Ländern herrschen und welche Widersprüche die imperialistische Kapitalisierung hier schafft.

1) Südirland (Eire)

Seit dem Separationsvertrag von 1925 ist Südirland mehr oder weniger Neokolonie von Großbritannien, obwohl es selber seit 1924 etwa 200 Mio. Pfund im Ausland investiert hat. Dem tat auch die Tatsache keinen Abbruch, daß das "grüne" Kapital in Südirland vor allem unter De Valera und der Fianna Fail (2)- Partei nach 1932 mit Hilfe von Schutzzöllen und Kontrollen über die Einfuhr ausländischen Kapitals versuchte, eine heimische Industrie aufzubauen. Zum Wirtschaftsprogramm De Valeras gehörte weiter die Errichtung von staatlich subventionierten Betrieben. Doch diese Maßnahmen konnten die irische Wirtschaft nicht hochpäppeln, und heute hat Irland ein Zahlungsbilanzdefizit von 100 Mio. Pfund bei einem Handelsvolumen von 400 Mio. Pfund (3).
1958 stellte Sean Lemass, Handelsminister unter De Valera, ein Programm auf, nach dem ausländisches Kapital in die Republik gezogen und zu niedrigen Zinssätzen von der Regierung abgegeben werden sollte. 80% aller industriellen Investitionen werden heute von ausländischem Kapital getätigt (40% britisches, 20% deutsches, 16% amerikanisches und 5% holländisches (4)).
1965 vereinbarte Großbritannien ein Freihandelsabkommen mit Südirland, durch das bis dahin geschützte Wirtschaftssektoren für die britische Konkurrenz geöffnet wurden. Unter diesen Vorzeichen hat sich die politische Haltung Westminsters Südirland gegenüber wesentlich geändert. Seit Lynch, der jetzige Ministerpräsident, so gut die englichen Wirtschaftsinteressen in Irland vertritt, hat Wilson auch weniger die nordirischen Kapitalisten nötig als vielmehr die südirischen (5), und Lynch fühlt sich so fest im Sattel, daß er im August 1969 sofort seine Truppen an die nordirische Grenze schickte.

2) Nordirland (Ulster)

Das auffälligste wirtschaftliche Merkmal Ulsters ist die hohe Arbeitslosenzahl (4% bis 21%; im Westen ist die Zahl höher als im Osten, dadurch bedingt, daß alle ausländischen Firmen im Osten Ulsters angesiedelt werden). Allein folgendes Faktum macht die enorme strukturelle Abhängigkeit der nordirischen Wirtschaft von der britischen deutlich: Steigt z.B. die britische Arbeitslosenquote um 1%, so steigt die nordirische um 6%. Ein wesentlicher Erklärungsgrund für die Arbeitslosigkeit ist, daß Großbritannien einerseits Subventionen an Ulster zahlt, andererseits aber die britischen Kapitalisten akkumuliertes Kapital wieder nach England transferieren (1962: 100 Mio. Pfund Subventionen zu 420 Mio. Pfund Kapitaltransfer).
Nordirland hat wie Südirland vorwiegend eine Agrarwirtschaft. Nahezu die Hälfte der Bevölkerung ist Pächter oder Kleinbauer. Von den 43.000 Bauernhöfen, die vorwiegend subsistenzwirtschaftlich betrieben werden, sind aber 19.000 so klein, daß sie ökonomisch nicht lebensfähig sind. Für deren Besitzer besteht aber nicht die Möglichkeit, sich nebenher als Lohnarbeiter zu verdingen, da die Industrien sich im Osten um Belfast herum konzentrieren, während in den westlichen Agrarbezirken nahezu keine Industrie angesiedelt wurde. Die Zahl der Kleinbauern nimmt ständig ab, ihr Besitz wird von größeren Bauern entweder gekauft oder gepachtet (6). Daher sind in den letzten 10 Jahren 40% der Bevölkerung ausgewandert (meist nach England) (7) und stellen für die britischen Kapitalisten eine geeignete industrielle Reservearmee dar.
Historisch rührt dieses Parzellenbauerntum aus den Kämpfen der irischen Pacht- und Kleinbauern gegen die Großgrundbesitzer und deren hohen Pachtforderungen Ende des letzten Jahrhunderts. Das Resultat dieser Kämpfe waren die "land purchase acts" von 1870 - 1925, die den Pächtern ermöglichten, Land von den Großgrundbesitzern zu kaufen und "sie mit Hilfe von Staatsdarlehen in Besitz zu nehmen. Die meisten der Darlehen werden bis heute noch an den nordirischen und britischen Staat zurückgezahlt." (8) Damit wurde zwar die traditionelle Form ursprünglicher Akkumulation durch die inländische Kapitalisten- und Grundherrenklasse zurückgedrängt, wird heute aber wieder im Gewand imperialistischer Kapitalisierung des Landes fortgesetzt. Denn es war den nord-

irischen Kapitalisten nicht gelungen, große Kapitalmassen zu akkumulieren und das Land weiter zu kapitalisieren. Der Schiffbau z.B. ging - vor allem aufgrund der japanischen Konkurrenz - im letzten Jahrzehnt um die Hälfte, die Leinenproduktion um 1/3 zurück.(9) Neue Industrien entstehen nur durch die Investition ausländischen Kapitals, das die vom britischen Staat geschaffene Infrastruktur (z.B. Ausbildung einer technologischen Intelligenz) und die von der nordirischen Regierung errichteten Fabrikgebäude und die Beschäftigungsprämien und andere Subventionen ausnützt. Gewinne können als Reingewinne ins Ausland transferiert werden. In den letzten 20 Jahren haben sich 250 ausländische Firmen niedergelassen, seit 1960 vor allem auch deutsche. Das deutsche Kapital versuchte so die Kapitalien im Ausland günstig anzulegen, die auf Grund der in der Hochkonjunktur entstandenen Überkapazitäten im Inland nicht profitabel anzulegen waren. Außerdem verschafft sich das ausländische Kapital so Märkte im Raum des Commonwealth und den EFTA - Staaten und beutet das vorhandene Arbeitskräftepotential aus. In Nordirland herrscht auf Grund der hohen Arbeitslosenzahl eine ungeheure Lohndrükkerei, vor allem bei der zahlenmäßig relativ großen Gruppe der unverheirateten Frauen (8). Der Kapitalexport der BRD nahm besonders in der Krise 66/67 sprunghaft zu. Damals hatte z.B. Hoechst die bisher größte Investition für Nordirland (Volumen 100 Mio. DM) beschlossen (9). "Aber das Problem mit dem ausländischen Kapital ist, daß es nach Nordirland auf einem wirtschaftlich viel zu hoch entwickelten Niveau kommt. Die neuen Industrien sind kapitalintensiv, beschäftigen viel zu wenig Arbeiter verglichen mit der Anzahl derer, die aus den niedergehenden Industriezweigen entlassen werden - und schon gar nicht die unteren Schichten der Arbeitslosen... Das ausländische Kapital zahlt nicht für Wohnungen, noch braucht es Vollbeschäftigung, solange seine unmittelbaren Bedürfnisse befriedigt sind. In Nordirland halten diese Bedürfnisse etwa 10 Jahre lang an, was der Periode staatlicher Subventionierung entspricht. Nach 10 Jahren ziehen die internationalen Gesellschaften wieder aus."(10)

II. Die sog. ursprüngliche Akkumulation und das Entstehen des irischen Proletariats (11)

Dieser geschichtliche Abriß muß einsetzen in der Zeit der Reformation unter Cromwell oder anders ausgedrückt: mit der Epoche der ursprünglichen Akkumulation. Nachdem es zunächst nicht gelungen war, Irland zu unterwerfen, konnte Cromwell und später Wilhelm von Oranien und die bürgerlich-protestantischen Truppen zwei Aufstände niederzuschlagen, die ausgingen vom anglo-irischen und irischen Clan-Adel und sich gegen die protestantisch-englische Kolonialherrschaft und die von der englischen Kaufmannsklasse in Gang gesetzte Besiedlung Irlands mit nicht-katholischen Bauern, Handwerkern und Händlern richtete.

Aus der Zeit des zweiten Aufstands mit Jakob II. an der Spitze stammt heute ein Eckpfeiler protestantisch - unionistischer Ideologie in Ulster, die die jahrhundertealte protestantisch - englische Klassenherrschaft dokumentieren soll und die in der Organisation der "Apprentice Boys of Derry" tradiert wird. Aus Anlaß der Verteidigung der Stadtmauern von Derry gegen den aufständischen Jakob II. und die irisch-katholische Bevölkerung finden heute noch alljährlich Umzüge statt. Die Niederlage in der Schlacht am Boyne (1690) bedeutete für den Süden die Oktroyierung eines Wirtschaftssystems, das Landwirtschaftliche Konkurrenz sowohl mit England als auch mit den in Ulster angesiedelten Protestanten verhinderte. Ein einheimischer Markt konnte nicht entstehen und ebenso keine Mittelklasse. In Ulster existierte eine solche seit der protestantisch -englischen Besiedlung. Nachdem man das Land dem feudalen Clan - Adel praktisch weggenommen hatte, gehörte es protestantischen Gutsbesitzern, die sich meist in England aufhielten ("absentees") und die Güter verwalten ließen. Sie waren seither die hauptsächlichen Befürworter des "Anschlusses an England". Die katholische Bauernschaft hatte das Land zu bearbeiten und wurde durch die berüchtigten Penal Laws (Vertrag von Limerick 1697) scharf diszipliniert, von jedem Stimmrecht, den sogenannten liberalen Berufen (Richter, Arzt) und dem Besitztum an Land ausgeschlossen. Im Zusammenhang mit der ursprünglichen Akkumulation entwickelte das Londoner Parlament ein System, durch das die irische Industrie aus dem Feld geschlagen wurde(12). 1666 wurde ein Embargo auf irisches Vieh nach England aufgestellt, die verschiedenen Navigationsakten beschränkten das Wachstum des irischen Schiffhandels und 1699 verabschiedete das englische Parlament eine Akte, mit der der irische Wollhandel vernichtet werden und damit die Konkurrenz der irischen Manufakturen ausgebootet werden sollte. Die Beschäftigten wurden wieder aufs Land zurückgejagt.

Da unter diesen Bedingungen die nordirische industrielle Mittelklasse ihre Interessen im Londoner Parlament nicht vertreten sah, nahm sie Verbindung zu den anglo-irischen Gutsbesitzern auf und forderte 1782 in einem eigenen irischen Parlament Freiheit für Eigentümer aller Konfessionen. Dieses Parlament erwies sich jedoch als recht ineffektiv für ihre Interessen, da die Mittelkasse laufend durch die Grundbesitzer majorisiert werden konnte.

Die irische Mittelklasse formierte sich dann während der französischen Revolution unter Wolfe Tone in der geheimen revolutionären Gesellschaft, den United Irishmen. Tone konnte einen Teil der katholischen Bauernbevölkerung mit dem Bürgertum vereinigen. Allerdings fehlte es immer an organisatorischem Kontakt zwischen beiden Klassen, und so konnte der Aufstand von 1798 niedergeschlagen werden. Im Kampf gegen diese republikanische Bewegung, die progressive Elemente der katholischen und protestantischen Mittelklasse vereinigte, wurden von den Loyalisten die neuen "Orange - Lodges", die streng antikatholisch ausgerichtet waren, geschaffen. Die Folgen der Niederlage der republikanischen Bewegung schlugen sich 1800 in der "Act of Union" nieder, durch die der Abbau der Schutzzölle von 1779 allmählich wieder rückgängig gemacht wurde und im industriellen Sektor eigentlich nur die nordirische Leinenindustrie am Leben gelassen wurde. Die Form der Ausbeutung Irlands durch Großbritannien wandelte sich unter der Union vom Pachteinzug und dem Herauspumpen von Rohmaterial zum

Herausziehen von Lebensmitteln, Industrieprodukten, Arbeitskräften und Steuern. So schrieb Marx im Kapital I (S. 730):"Aber Irland ist gegenwärtig nur durch einen breiten Wassergraben abgezäunter Agrikulturdistrikt Englands, dem es Korn, Wolle, Vieh, industrielle und militärische Rekruten liefert." Die Folge dieser Politik waren Hungersnöte und eine ständig steigende Zahl von Emigranten.

Marx analysiert die wirtschaftliche Situation jener Jahre im Kapital. Die Hungersnot von 1846 dezimierte die Bevölkerung - "aber nur arme Teufel" (S. 731). Gleichzeitig entstand durch die Umwandlung von Ackerland in Viehweide eine relative Überbevölkerung. "Die Produktion der relativen Überbevölkerung hielt mehr als Schritt mit der absoluten Entvölkerung." (S. 732) Eine riesige Auswanderungswelle nach Amerika setzte ein, die zudem für Irland noch einträglich war, da die Emigranten Geld an ihre Verwandten nach Hause schickten. Durch diesen Prozeß des Überzähligmachens blieb zwar das Mehrprodukt der Landlords konstant, das Gesamtprodukt nahm dagegen ab. "Mit der Akkumulation der Grundrente in Irland hält Schritt die Akkumulation der Irländer in Amerika. Der durch Schaf und Ochs beseitigte Ire ersteht auf der anderen Seite des Ozeans als Fenier."(S. 740) Die zurückgebliebenen kleinen und mittleren Pächter wurden "progressiv in ganz anderem Grad als zuvor von der Konkurrenz des kapitalistisch betriebenen Ackerbaus erdrückt und (lieferten) daher der Klasse der Lohnarbeiter beständig neue Rekruten." (S. 732)

Die Fenier nahmen die republikanische Tradition von Wolfe Tone auf, forderten die nationale Unabhängigkeit, die Errichtung einer demokratischen Republik und die Rückverteilung des Landes an die Bauern. Marx hatte die Fenier in der 1. Internationale unterstützt, weil er angesichts der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse glaubte, daß der "entscheidende Schlag gegen die englische Bourgeoisie nur in Irland geführt werden könne."

"Home Rule" und "Union"

Die Unionisten vertraten die Interessen einer relativ kleinen Gruppe von Kapitalisten in Ulster, deren Werften und Textilfabriken vom britischen Markt abhängig waren. Unabhängigkeit von England (Home Rule) wäre für sie ein Desaster gewesen, hätte sie von den englischen Märkten abgeschnitten und sie hoffnungslos dem Schutzzollsystem der zahlenmäßig stärkeren südirischen Nationalbourgeoisie ausgeliefert, das diese gebraucht hätte, um der britischen Wirtschaftskonkurrenz begegnen zu können.

Für die Unabhängigkeit traten alle übrigen Gruppen ein. Zunächst waren es die Pächter und kleinen Bauern, die von England rettungslos ausgebeutet wurden und sich mit direkten Kampfmaßnahmen, z. B. dem Generalstreik gegen Pachtgebühren (1881), der Herrschaft der Großgrundbesitzer zu entledigen suchten. Parnell, eigentlich ein Vertreter der städtischen katholischen Mittelklasse, stellte sich an die Spitze dieser Bewegung und trieb die Bewegung durch die land act von 1881, die den Pachtbauern Besitzrechte am Boden zusicherte, auseinander. Er selbst hoffte dann durch Industrialisierung eine katholisch-mittelständische Klasse zu schaffen, um so dem englischen Kapitalismus eine eigene Wirtschaft entgegenzustellen, die Unabhängigkeit Irlands zu erreichen und dann Zollschranken gegen England aufbauen zu können.

Die irische Arbeiterklasse

Mit dem Aufkommen einer bourgeoisen und landbesitzenden Klasse im Zuge der ursprünglichen Akkumulation entstand als produktives Gegenstück der industrielle und landwirtschaftliche Lohnarbeiter. Schon bald schlossen sich die Proletarier, sofern sie nicht zu vereinzelt wie das ländliche Proletariat waren, in Koalitionen gegen die maßlosen Repressalien der Handwerksmeister und Kapitalherren zusammen.- so z.B. die Steinsetzeer ind
men - so z.B. die Steinsetzer in der 1670 gegründeten und heute noch bestehenden "Ancient Guild of Incorporated Brick and Stone Layers". Mit dem Wachstum des Kapitals wuchs auch die Masse der Lohnarbeiter, und jede Stufe neuer Kapitalakkumulation war verbunden mit der Verarmung und Ausbeutung immer größerer Teile der Bevölkerung; vor allem, als sich Ende des 18. Jhs. die Baumwollindustrie und später die Leinindustrie im Nordosten Irlands entwickelte. Bis Mitte des 19. Jhs. war jedoch das Proletariat nicht so stark, daß es sich selbständig politisch organisiert hätte. Meist war es eng mit den Bewegungen verarmter Pachtbauern, z.B. der der Fenier Mitte des 19. Jhs. verbunden. Als Arbeiterklasse organisierte es sich erst 1896 in größerem Umfang in der Irish Socialist Republican Party (ISRP), deren Theoretiker und Organisator James Connolly war. Zielvorstellung dieser Organisation war die Nationalisierung der Wirtschaft unter Arbeiterkontrolle. Die ISRP brach jedoch bald wieder auseinander. Weitere organisatorische Schritte durch Larkin und später wieder Connolly waren die Gründung von Gewerkschaften, von denen die eine 1916 das organisatorische Zentrum des bewaffneten Aufstands in Dublin war.

Den irischen Gewerkschaften gelang es vor allem, den aus der Fenier-Bewegung herrührenden sektiererischen Konfessionalismus zu überwinden. Die britischen Gewerkschaften entzogen den irischen Gewerkschaften, die mit Hilfe von gut organisierten Solidaritätsstreiks eine starke Gewerkschaftbewegung geschaffen hatten, bald die Gelder für unabhängige Aktionen in Irland und arbeiteten damit den englischen Imperialisten direkt in die Hände. Aus diesem Konflikt rührt auch Connolly's Stellungnahme zum Imperialismus und den direkten Zielen der irischen Arbeiterklasse, die heute wieder unter wenig veränderten Bedingungen von den Sozialisten innerhalb der Bürgerrechtsbewegung aufgegriffen wird: "Wenn du morgen die englische Armee aus England hinausjagen würdest und die grüne Flagge auf der Burg von Dublin hissen würdest, ohne die Organisation der Sozialistischen Republik aufzubauen, würden deine Anstrengungen vergeblich sein. Es würde dich beherrschen durch seine Kapitalisten und Gutsbesitzer, durch seine Bankiers und seinen ganzen Heerzug von Handels- und Industrievertretungen..." (12a).

Die Sezession von 1921 und der Vertrag von 1925

Nachdem die irische Nationalistenpartei, die um 1850 zur Vertretung der katholisch-mittelständischen Interessen entstanden war, die Unabhängigkeit Irlands

nicht durchsetzen konnte, entwickelte sich rasch die 1905 gegründete Partei der Nationalbourgeoisie "Sinn Fein" (=wir selbst) und errang 1918 nach einer Periode der Inflation und der militärischen Dienstpflicht für den britischen Imperialismus einen überragenden Wahlsieg. Ein Guerrillakrieg brach im Süden aus, und etwas später setzte im Norden ein antikatholisches Pogrom ein. Der Guerrillakrieg wurde 1921 abgebrochenund der irische Freistaat (ohne Nordost-Irland) ausgerufen, der das Recht haben sollte, Schutzzölle zu erheben. Von der südirischen Nationalbourgeoisie spaltete sich ein Flügel unter De Valera ab, und 1922 brach der Bürgerkrieg aus, in dem England den Freistaat mit Waffen versorgte. Die bürgerliche republikanische Führung war unfähig, den Kampf zu führen und die irische Kommunistische Partei konnte trotz der Errichtung einiger kurzlebiger Sowjets auf dem Land die enormen Möglichkeiten des Kampfes nicht ausnützen.

1925 wurde der Sezessionsvertrag unterzeichnet, der Irland in die 26 hauptsächlich katholischen Südprovinzen und die sechs an England angeschlossenen Nordprovinzen spaltete. Die Provinzen Tyrone und Fermanagh, überwiegend katholisch, wurden an Nordirland angeschlossen, da dieses sonst ökonomisch nicht lebensfähig gewesen wäre. Durch diese Sezession wurde zugleich der konterrevolutionäre Gesetzes- und Polizeiapparat, den sich Nordirland geschaffen hatte, legalisiert. Dieser bestand einerseits aus der Special Power Act von 1920, die der Staatsmacht praktisch alle Rechte von Prügelstrafen bis zum Versammlungsverbot zur Unterdrückung aufkeimender Opposition zusprach. Dazu gehörte auch die Einrichtung einer schwerbewaffneten Polizeitruppe (B-Specials). Auf der anderen Seite wurde durch die Government of Ireland Act (1920) allgemeines und gleiches Wahlrecht für Westminster und 1929 für Stormont (Parlament in Ulster) unterbunden: Geschäftsleute und Universitätsangehörige bzw. Gesellschaften (beim Stormont-Parlament) erhielten eine Zweitstimme.

III. Klassenherrschaft und Religion in Nordirland (13)

In den 50 Jahren vor 1968 haben sich die Klassenkämpfe in keinem relevanten Ausmaß weiterentwickelt. Um dies zu erklären, müssen einige Anhaltspunkte soziologischer Art gegeben werden.

In Ulster bilden die Unionistische und Nationalistische Partei zwei politische Lager, die - festgefügt durch Religion - sich gegenseitig unter unionistischer Vorherrschaft ergänzen. Die Einheit jeder dieser Blöcke hängt von der Existenz des andern ab. Die natürlichen Grenzlinien wurden von diesem traditionellen Parteiensystem beinahe ganz ausradiert, was eine ungeheure Verzerrung der wahren sozialen Struktur zugunsten der unionistischen Herrschaftsklasse darstellt.

Die Unionspartei, die den Staat Ulster seit 50 Jahren kontrolliert, bildet einen Block, der Teile aus mindestens 5 sozialen Schichten verbindet: 1. Landbesitzer, 2. die industrielle Bourgeoisie, 3. das städtische Kleinbürgertum, 4. Arbeiter, 5. Bauern. Dieses Lager wurde von jeher von der landbesitzenden Klasse angeführt. Es wurde durch die Ideologie des Protestantismus vereint und durch die Institutionen der Orange-Ordnung integriert.

Die Landbesitzerclique ist ein Zweig der traditionellen englischen herrschenden Klasse. Diese Gruppe hat starke Verbindungen zum Industriekapital, ist aber nicht mit dieser Gruppe zu identifizieren.

Die Integration der protestantischen Arbeiterklasse in diesen ultrareaktionären Block von Landbesitzern, Industriekapitalisten und Kleinbürgertum ist die besondere Eigenart des Unionismus. Sie wurde mit Hilfe einer einzigartigen Anordnung von Institutionen erreicht, den "Orange Lodges", deren Rolle nur unter Bezug auf die beiden anderen Gruppen, die in das unionistische Lager eingefügt sind, erklärt werden kann : die kleinen Landbesitzer und das Kleinbürgertum. Die "Orange Lodges" entstanden Ende des 18. Jhs. auf dem Land als protestantische Organisation der kleinen Landbesitzer, die gegen die katholische Bauernschaft und Landarbeiterschaft gerichtet waren. In der Folgezeit gelang es durch die Gründung von Orange Lodges in den Städten, die sich an den Strukturen der Kirchengemeinden ausrichteten, relevante Teile der Arbeiterklasse in diese Organisationen zu integrieren. Die Struktur dieser Institutionen öffnete einer schamlosen Manipulation Tür und Tor. Aufgrund ihres teilweise freimaurerischen Charakters und ihrer ideologischen Fusion mit Staatskirche und Sekten waren sie einer demokratischen Auseinandersetzung unzugänglich. Die örtlichen Logen wurden gewöhnlich vom Kleinbürgertum beherrscht, weil es anerkanntermaßen die höheren sozialen Attribute besaß.

Die Machtübernahme in zwei älteren Institutionen, den "Apprentice Boys of Derry" und der "Royal Black Preceptery" durch den Großgrundbesitz und das Großkapital und deren Umwandlung in mächtige politische Instrumente verklammerte dieses unförmige vielschichtige Lager. Denn die örtlichen Logen hatten zuvor lediglich die kulturelle Kontinuität für die protestantischen Armen der Stadt aufrechterhalten, ohne ihnen einen Zugang zu den herrschenden Gruppen zu verschaffen. Durch die Vermittlung der Beamten der "Apprentice Boys" und der "Preceptory" konnten die Protestanten nun Zugang zu Wohnungen, Arbeit und sozialem Aufstieg erlangen. Die historische Trennung durch unterschiedliche Erziehung und Unterbringung in verschiedenen Wohnvierteln blieb so erhalten. Alles, was man von den Armen als Gegenleistung forderte, war politische Ergebenheit.

Um diese zu gewährleisten wurde von den Unionisten eine weitere Organisation für die Arbeiterklasse geschaffen: Die Unionistische Arbeiterassoziation. Diese wurde schnell gebildet beim Aufkommen des neuen Trade-Unionismus. Industriegewerkschaften erschienen als die eine Front, an der die Klassenvorherrschaft hätte ernstlich in Frage gestellt werden können. Die Jahre 1907-1913, in denen die britischen Gewerkschaften die "loyalen" protestantischen Arbeiter im Gegenzug Connolly's und Larkin's revolutionären Gewerkschaften organisierten, sind entscheidend, um zu verstehen, warum die objektiven Interessen der protestantischen Arbeiter nie anderen als ökonomistischen

Ausdruck fanden.
Außerdem wurde die Arbeiterbewegung in Ulster durch eine Reihe von strukturellen Hindernissen und Strafmaßnahmen geschwächt. Wo Katholiken und Protestanten zusammen angestellt werden, sind sie vertikal und horizontal voneinander getrennt. Die in den Ausbildungsmöglichkeiten benachteiligten Katholiken haben fast ausschließlich die schlechter bezahlten Stellen. Der hohe Grad der Arbeitslosigkeit hat es zudem leicht gemacht, die militanten Gewerkschafter auf die schwarze Liste zu setzen.

Der Nationalistische Block und die katholische Opposition

Das jämmerlich Gegenstück zur Unionistischen Partei ist die Nationalistische Partei, die im wesentlichen die gleichen regionalen Autonomiebestrebungen (Home Rule) vertritt wie ihre Vorgängerin vor 80 Jahren. Ihre Politik ist religiös gefärbter Konservatismus; sie stützt sich auf die katholischen Landbesitzer, Pächter und auch Teile des ländlichen Proletariats. Noch bevor der Unabhängigkeitskampf von 1916-1921 zu Ende war, hatte sie schon die Führung an den bürgerlichen Republikanismus abgeben müssen. Im Süden verschwand sie gänzlich nach der Einrichtung der unabhängigen Republik. Im Norden jedoch konnte sie trotz Angriffen von seiten der Sinn Fein und der Labour-Bewegung ihre Position bewahren. Als unterdrückte Gruppe hatte die Bauernschaft Nordirlands immer die Tendenz, sich auf die Kirche zu verlassen, um ihren Forderungen Ausdruck zu geben. Die Kirche spielte jedoch gegenüber Massenbewegungen immer eine defensive und reaktionäre Rolle, indem sie diese bremste und einengte, wo immer es möglich war. Vor allem versuchte sie sicherzustellen, daß ihr nicht die Kontrolle über solche Bewegungen entglitt; d.h. sie suchte zu verhindern, daß sie artikuliert und revolutionär wirksam wurden.
Nun begannen nach dem Zweiten Weltkrieg im nationalistischen Block Risse zu erscheinen. Der erste erschien mit dem Aufstieg der Nordirischen Labour Partei in den Industriegebieten von Belfast. Der Grund für diesen Riss liegt im Versagen der nationalistischen Partei, die städtischen Integrationsmechanismen der Unionistischen Partei wirksam nachzuahmen.
In Belfast ging dann die Initiative von der Nordirischen Labour Partei auf die Republikanische Labour Partei über, die sich von der ersteren durch ihren Widerstand gegen die Teilung des Landes, durch ihre militantere Haltung und durch ihre gelegentlichen Appelle an den katholischen Konfessionsgeist unterschied. Die starke Unterstützung, die sie von seiten der katholischen Arbeiterklasse in Belfast genießt, kommt von der Verbindung von Arbeiterpolitik und Republikanismus, der seine eigentliche politische Basis freilich auf dem Lande hat und dort vor allem durch die insurrektionistischen Vorstöße der illegalen Irischen Republikanischen Armee (IRA) virulent blieb. Durch die widersprüchliche Vereinigung dieser beiden politischen Tendenzen, die in keinem theoretisch geklärtem Verhältnis zueinander standen, gelang es der Republikanischen Labour Partei nicht, die Klassenwidersprüche effektiv voranzutreiben.

IV. Die historische Entwicklung seit 1968

1. Die erste Phase der Mobilisierung bis Januar 1969

Da jeder Anstoß von außen fehlte, kam unter diesen Bedingungen bis 1968 keine relevante soziale Bewegung zustande, die den Rahmen der unionistischen Herrschaft hätte sprengen können. Auch die seit 1966 bestehende Bürgerrechtsorganisation entwickelte keine mobilisierende Kraft und begnügte sich mit Petitionsschreiben an das Parlament.
Im August 1968 kam der erste Bürgerrechtsmarsch, den seine Organisatoren als unpolitisch verstanden wissen wollten, zustande. Der Marsch erhielt politisches Niveau auch praktisch erst, als er von der Polizei angehalten wurde. Am 5. Oktober fand der zweite Marsch nach Derry statt. Auch dieser wurde von der Polizei gestoppt. Nachdem sich die Unpolitischen zurückgezogen hatten, übernahmen die Linken, eine kleinere Gruppe der Young Socialist Alliance die Führung und leisteten der Polizei Widerstand. Diese ging daraufhin nicht nur brutal gegen die Demonstranten vor, sondern wütete nicht weniger im katholischen Ghetto von Derry. Drei Tage später begann das neue Trimester an der Queen's University in Belfast, und von hier aus wurde sofort eine Protestdemonstration gegen die Polizeibrutalitäten organisiert. Dies leitete die Mobilisierung der Studenten an der Universität ein.
Vor 1968 gab es eigentlich nur zweimal geringe Ansätze zu einer Mobilisierung der Studenten, als 1967 die Einrichtung eines Republikanischen Clubs verboten wurde und die Studiengelder für ausländische Studenten erhöht wurden.
Die Mobilisierung der Studenten nach den Ereignissen im Oktober 1968 fand ihren organisatiorischen Ausdruck in der Bildung von People's Democracy (PD), einem recht diffusen Sammelbecken für alle möglichen politischen Richtungen von Sozialisten, Anarchisten, Liberalen und zum Teil sogar Unionisten.
In der Folgezeit entwickelte sich PD immer weiter nach links, und im Januar erreichten die Auseinandersetzungen mit dem Polizei- und Staatsapparat einen neuen Höhepunkt. Auf dem Langen Marsch von Belfast nach Londonderry versuchte die Polizei die Marschkolonne aufzuhalten. Die Demonstranten - anfangs fast nur Studenten aus Belfast - konnten jedoch die Polizei zurücktreiben, und so schlossen sich immer mehr Menschen aus den Städten und Dörfern der Demonstration an, bis die Demonstranten an der Burntollet-Brücke von Paisleyisten, dem rechten Flügel der Unionspartei mit Brettern und Steinen zusammengeschlagen wurden und beinahe vollständig auseinandergetrieben wurden. Die Royal Ulster Constabulary (R.U.C.), die nordirische Polizei, die selber stark von Paisley-Anhängern durchsetzt ist, schaute zunächst zu und griff dann selber auf der Seite der Paisleyisten ein. Im Anschluß an den langen Marsch brach die R.U.C. wieder in Bogside, dem katholischen Viertel von Derry ein. Diesmal jedoch beantworteten die Bewohner von Bogside militant die Polizeiangriffe; die Arbeiter errichteten Barrikaden, stellten eine eigene Schutztruppe auf nach dem Vorbild der irischen Arbeiterbewegung von 1913 in Dublin, richteten eine eigene Radiostation ein und erklärten sich zur freien Stadt.(14).

2. Das Aufbrechen der Widersprüche im Unionistenblock

Das Ergebnis der ersten Phase der Bürgerrechtsbewegung war, daß der Unionistenblock auseinanderbrach. Spannungen zwischen O'Neill, dem damaligen Ministerpräsidenten und Vertreter der Landbesitzerklasse, und Craig, dem Innenminister und Vertreter der Business class und der extremen Rechten, führten im Dezember zum Rausschmiß Craigs aus der Regierung. O'Neill versuchte nun einen lavierenden Kurs gegenüber der Bürgerrechtsbewegung einzuschlagen, indem er Reformen versprach und zugleich insgeheim ein Bündnis mit den bourgeoisen Teilen der Bürgerrechtsbewegung einzugehen gewillt war. Im Grunde jedoch vertraute er auf die Tradition und das Rückgrat der landbesitzenden Klasse und des englischen Adels.
Indessen wurde sein Image und die Herrschaft der Landbesitzer durch die kleinbürgerliche Revolte Paisleys schwer beschädigt. In einer Phase der wirtschaftlichen Depression konnte Paisley die protestantischen Massen der Kleinbürger, Bauern und Paupers gegen die "revolutionäre Gefahr von links" mobilisieren, indem er die Angst der unteren protestantischen Schichten vor dem Verlust ihrer "Privilegien", die sie unter der Unionistenherrschaft genossen (Vorteile bei der Unterkunfts- und Arbeitsplatzbeschaffung), ausnutzte und außerparlamentarische Aktionen gegen die Bürgerrechtsbewegung inszenierte. Während sich die protestantische und katholische Kirche in dieser Situation wie üblich mittelständisch-bürgerlich verhielten und "gegen die Gewalt" waren, um sich nicht als vortrefflich Stütze der Klassenherrschaft zu entlarven, brachte Reverend Paisley Hoffnungen und Ängste der protestantischen Arbeiter und Kleinbauern in der Losung "Bürgerrechte für Protestanten" in religiös-faschistischer Weise zum Ausdruck - nicht zum Schaden des Kleinkapitals in Ulster. In der Tat fühlte sich das Kleinkapital durch die Mobilisierung Paisleys gegen die landbesitzende Klasse ermutigt, dieser einen Schlag zu versetzen. Ihr Vertreter war jetzt der taktisch klügere Faulkner (Handelsminister), der zwar zu Konzessionen an die Bürgerrechtsbewegung bereit war, aber im Grunde die Linie Paisleys vertrat: Ausschaltung der landbesitzenden Oligarchie.
Bei den Wahlen im Februar 1969 konnte er O'Neill ziemlich stark zusetzen, obwohl nicht er Ministerpräsident wurde, sondern Chichester-Clark, ein mehr oder weniger dezidierter Paisleyist. Paisley hat als Faschist allerdings nur für das nordirische Kleinkapital eine Funktion, dessen objektive Wirkung es ist, die Arbeiterklasse durch Konfessionalismus zu spalten. Für die britische Bourgeoisie ist Paisley im Augenblick eine undemocratic person. Wilson fordert Reformen, wie O'Neill sie versprochen hatte, aber nicht durchführen konnte: Reformen bei der Wohnungszuteilung, Abschaffung der Zweitstimme für Geschäftsleute, eine von der Regierung eingesetzte Kommission für Derry an Stelle des Stadtrates und die Einrichtung eines Schiedsgerichts für katholische und protestantische Bevölkerungsteile.

3. Zusammensetzung der Bürgerrechtsbewegung und die strategischen Konzepte von PD

In der Bürgerrechtsbewegung sind drei Gruppen vertreten: katholische Bougeoisie, die Gruppe von Landarbeitern und städtischem Proletariat und die Studenten. Die katholische Bourgeoisie hatte sich recht opportunistisch verhalten und die radikalen Forderungen von PD und deren politisches Vorgehen abgelehnt, löste sich aber nicht ganz von der Bürgerrechtsbewegung.
Aufgrund der schnellen Mobilisierung gelang es den Sozialisten nicht, organisatorische Schritte zu unternehmen und eine klare Abspaltung der bürgerlichen Elemente sowohl in der Bürgerrechtsbewegung allgemein als auch in PD selbst vorzunehmen. Es war wohl der entscheidende Fehler der Sozialisten, daß sie nahezu vollständig in der Bewegung aufgegangen sind und sich eigentlich nur durch den Grad ihrer Militanz von den anderen Tendenzen unterschieden, ohne die politischen Hintergründe dieser Militanz klarmachen zu können (15).
Unter welchen strategischen Prämissen schlossen sich die Sozialisten einer Bewegung an, die durch die ursprüngliche Forderung Ein Mann - eine Stimme als bürgerlich-emanzipatorische ausgewiesen war? Unter welchen Voraussetzung haben sie die reformistisch-sozialistische Forderung: ein Mann - ein Arbeitsplatz, eine Familie - eine Wohnung aufgestellt? Mc Cann und Farrell sagten dazu im April 1969: "Weil die Umwandlung der irischen Gesellschaft, die notwendig wäre, um diese Reformen durchzuführen, eine Revolution ist. Wir sind hier im Norden eindeutig in einer vorrevolutionären Situation. Die Unionistische Partei muß den Katholiken von Derry etwas geben, um sie von der Straße wegzubekommen, aber wenn sie ihnen etwas gibt, wird sie zusammenbrechen. Wenn wir also unsere Forderungen militant vertreten, unterstützen wir Klassenforderungen und können der herrschenden politischen Partei harte Schläge versetzen (Mc Cann). In der Vergangenheit war unsere allgemeine Strategie, in die Bürgerrechtsbewegung einzutreten, um an der Radikalisierung der katholischen Arbeiterklasse teilzunehmen und die Bürgerrechtsforderungen selbst zu radikalisieren. Wir sollten nun auf zweierlei Weise vorgehen: 1. Wir sollten das Bewußtsein der katholischen Arbeiterklasse weiterentwickeln. 2. Wir sollten konkrete Agitation entwickeln über Wohnungsprobleme und Arbeitsnachfrage, um die Klasseninteressen sowohl der Protestanten als auch der Katholiken aufzuzeigen." (M. Farrell) (17).
Die zweite Forderung einzulösen, bringt allerdings erhebliche Schwierigkeit. Zwar haben die katholischen Arbeiter nicht geringe Militanz gegenüber der Polizei entwickelt und zeitweise sogar Positionen von Gegenmacht gegenüber der Staatsmacht behauptet, jedoch "ist das Bewußtsein der Leute, die heute auf der Straße kämpfen, bigott und sektiererisch."(18)
Die dabei entwickelt Form von lokalen Kämpfen in den Wohnvierteln kam der Organisationsform von lokalen Bürgerrechtskomittees oder Aktionskomittees sehr entgegen. Obwohl diese Komittees in gewissen Konzeptionen von PD als Stützpunkte der Arbeiterklasse gedacht waren (19), implizierten dennoch schwerwiegende Gefahren, die sich später während der Augustkämpfe 69 bemerkbar machten: 1. Obwohl es zum Fundament der Theorie von PD gehörte, daß mit Teilen der Bourgeoisie auf keinen Fall Bündnisse einzugehen sind, war es schwierig, den bürgerlich-katholischen

Einfluß in diesen Komittees auszuschalten. 2. Diese Komittees stellten effektiv katholische Positionen von Gegenmacht gegen die unionistische protestantische Staatsmacht dar und konnten aufgrund dieser Organisationsstruktur gerade nicht die Basis für die Herstellung der Einheit von protestantischen und katholischen Arbeitern darstellen.
Damit soll gesagt werden, daß die Strategie der radikalen Bürgerrechtsbewegung für Nordirland dann richtig ist, wenn den oben angedeuteten soziologischen Zusammenhängen wesentliche Bedeutung für die Verhinderung der Entwicklung von Klassenkämpfen zugesprochen wird. Spätestens seit den Augustkämpfen 69 ist es jedoch notwendig, diese Bewegung in eine eindeutig proletarische zu transformieren, die eine taktische Bündnispolitik gegenüber dem Kleinbauerntum und dem Republikanismus zu entwickeln hätte.(20)
Die Teilnahme am Wahlkampf (Wahl zum Stormont) im Februar 1969 benutzte die PD als agitatorische Plattform, indem sie die Ideen und Forderungen der PD von der Universität ins Land hinaustrugen und den Kampf dezentralisierten. Der linke Flügel der PD hatte jedoch nie im Sinn, ins Parlament einzuziehen, konnten aber den Nationalisten einige Sitze abnehmen. Jedoch hatte der Wahlkampf für die Sozialisten eine gefährliche Seite: sie konnten sich nicht genügend vom nationalistischen und opportunistischen Flügel innerhalb der Bürgerrechtsbewegung absetzen. Außerdem verschärfte der Wahlkampf die organisatorische Krise von PD, nachdem die direkten Auseinandersetzungen mit der Polizei etwas nachgelassen hatten. Die längerfristige Perspektive einer Agitation unter reformistischen Parolen ist, Minimalforderungen der Arbeiterklasse in nicht-sektiererischer Weise voranzutreiben, um antikapitalistisches Bewußtsein zu entwickeln, indem gezeigt wird, daß die wirtschaftliche Depression in Nordirland durch die derzeitigen Krisen des englischen Kapitals und die wirtschaftsimperialistischen Strategien des ausländischen Kapitals bedingt ist.
In Südirland gibt es im Augenblick eine radikale Gewerkschaftsbewegung (21), die stark mit republikanischen Tendenzen durchsetzt ist. Eine Koordination mit dieser Bewegung im Süden ist zwar äußerst notwendig, für eine antiimperialistische Politik, für die PD allerdings noch schwer zu erreichen. "Das Problem, das wir im Süden haben und auf das wir bei unserem Marsch an Ostern von Belfast nach Dublin gestoßen sind, ist, daß wir mehr Sympatien bei den älteren Leuten, beim radikalen Teil der Sinn Fein und bei den militanten Gewerkschaftern gestoßen sind als bei den Studenten - und das ist paradox, wenn man die studentische Zusammensetzung der PD bedenkt. "(22)

4. Die Strategie Wilsons

Die Kämpfe im August 1969 leiteten eine neue Phase ein. Der Ausgangspunkt der Kämpfe war ein protestantischer Umzug der "Apprentice Boys of Derry", der an dem katholischen Wohnviertel vorbeizog,um dort die katholische Bevölkerung mit einem "God save the Queen" und Steinwürfen zu provozieren. Die Katholiken von Bogside machten sich zunächst nichts aus diesen Provokationen; erst später kam es zu Quengeleien zwischen Protestanten und Katholiken, woraufhin die Polizei in das katholische Viertel hinein einstürmte. Die Bogsider verteidigten zwei Tage lang ihr Gebiet gegen die Polizei mit Barrikaden und Molotowcocktails. Aber diese Kämpfe konnten nicht das sektiererische Bewußtsein der katholischen Arbeiter aufbrechen, auch wenn direkt der Bestand des nordirischen Staats auf dem Spiel stand.
Am Ende griff die britische Staatsmacht mit ihren Truppen als imperialistische Macht ein. Damit haben die Auseinandersetzungen des nordirischen Proletariats eine neue Stufe erreicht, die die PD vor ungeheure Schwierigkeiten stellt. Denn die katholische Bevölkerung hatte nur ein unklares Bewußtsein darüber, was dieser Eingriff Londons bedeutete. Sie verstanden ihn z.T. nur als Schutz vor den Brutalitäten der nordirischen Polizei. D.h. es war der PD kaum gelungen,den Kämpfen eine politische Richtung zu geben und ihre Agitation zu verbreitern.
In den nächsten zwei Monaten fand zwischen Unionisten und Londoner Regierung ein Gerangel um Reformen statt, die schließlich so aussahen, daß sie den Unionisten paßten und ein Hohn für die Forderungen der PD waren:
1. Die R.U.C. soll entwaffnet werden. Die B-Specials ((schwer bewaffnete Hilfspolizei) soll aufgelöst werden. Dafür sollen die britischen Truppeneinheiten in Nordirland verstärkt werden (Times, 11. Oktober 1969).
2. Der Anteil der Katholiken in der R.U.C. soll erhöht werden (Times, 4. Oktober 1969).
3. Die lokalen Regierungskommissionen sollen reorganisiert werden (5 von 17 unter nicht - unionistischer Kontrolle) (Times 3. Okt. 1969)
4. "New Deal" für Nordirland: Westminster zahlt sofort 25o. OOO Pfund, um die Subventionierung ausländischen Kapitals für Fabrikgebäude und soziale Kosten auf 45 % zu erhöhen. (Times, 11. Okt. 1969). Handelsemissäre wurden ausgeschickt - vor allem in die BRD -, um ausländisches Kapital anzuwerben (Vgl. auch Spiegel - Inserat: "Aber für ihren deutschen Boss gehen sie bedingungslos durchs Feuer.")
Wem diese "Befriedung" dienen soll, zeigt klar ein Callaghan - Zitat: " Eine der grundlegendsten Aufgaben muß sein, das Vertrauen der Unternehmer in die Wahrscheinlichkeit eines dauerhaften Friedens zu erhalten." (Times, 3O. Aug. 1969). Wilsons Reformstrategie braucht das ausländische Kapital und muß dieses selber mit imperialistischer Gewalt schützen.

Anmerkungen

1 Interview mit der New Left Review, NLR 55, Mai/ Juni 1969, S. 19
2 d.h.: "soldiers of destiny"(Soldaten des Schicksals)
3 The struggle in Ireland, RSSF special paper, May 1,69
4 Zahlenangabe ebd.
5 Vgl. Chris Gray / John Palmer, Ireland and the British Left, IS 36, Mai/Juni 1969, S.26
6 Vgl. zum Vorhergehenden Ministry of Agriculture, Fisheries and Food, The Structure of Agriculture, London 1966, S. 21 f
7 The struggle in Ireland ebd.
8 Daher ist auch die Arbeitslosigkeit bei Männern gebietsweise höher als bei Frauen; vgl. The struggle...

9 Handelsblatt, 18. 7. 69
10 The struggle in Ireland, ebd.
11 Der folgende Abschnitt folgt dem historischen Aufriß von E. Strauss, Irish Nationalism and British Democracy, London 1951
12 Vgl. dazu Marx, Kapital I, S. 784 f
12a Zit. n.: The struggle...
13 Der folgende Abschnitt stützt sich im wesentlichen auf die Darstellung in P. Gibbons Aufsatz "The dialectic of Religion and Class in Ulster", in NLR 55, S. 25 - 32
14 Vgl. ebd. S. 34
15 So die Selbstkritik von Mc Cann in NLR 55, Mai/Juni 69, S. 5
16 entfällt
17 NLR 55, S. 4 f
18 Mc Cann, ebd., S. 5
19 Vgl. die Position von M. Farrell im Interview mit NLR, ebd., S.3 - 19
20 Vgl. M. Farrell im Interview mit NLR, ebd. S.10 im Gegensatz zu Mc Cann, der zu allgemein und abstrakt für eine Front gegen den traditionellen Republikanismus eintritt.
21 entfällt
22 Farrell im Interview mit NLR, NLR 55, S. 14

Karl F. Hauber

Sex aus Dänemark

Sie erhalten bei uns einfach alles!

Umfangreiche Prospekte über Schmalfilme, Fotos, Dias und Magazine sowie Bücher in deutscher Sprache. Die Kataloggebühr wird beim Kauf angerechnet

Katalog A	**5,— DM**
Katalog B	**10,— DM**
Prachtkatalog	**20,— DM**

Bestellen Sie noch heute! Sie werden angenehm überrascht sein!

Vorkasse! Keine Nachnahme!

JEAN-PIERRE VILLENEUVE
Stockflethsvej 7
Kopenhagen F / Dänemark
Dept. FOAC

CAFE BAR AM THEATER

HEIDELBERG, HAUPTSTR. 108
TELEFON 25554

Streikkalender aus Schweden

Seit dem 9.12.1969 streiken die Arbeiter der im nördlichsten Schweden gelegenen Eisenerzgruben der staatlichen Bergbaugesellschaft LKAB. Die Streikenden müssen äußerlich gegen drei Fronten kämpfen: gegen die Gewerkschaften, die Regierung und die Unternehmensleitung, bzw. den Arbeitgeberverband. In Wirklichkeit handelt es sich um eine einzige Front. Früher als die anderen Staaten gelang es dem schwedischen Monopolkapital die (sozialdemokratischen) Gewerkschaften zu einem Integrationsinstrument zu degradieren. Im Jahre 1938 trafen der Arbeitgeberverband (SAF) und die Zentralgewerkschaft (LO) eine sogenannte "Hauptabsprache". Darin sind Arbeitsmarktfragen, insbesondere die Rechmäßigkeitsvoraussetzungen einer "Arbeitsniederlegung" verbindlich geregelt. Die Regierung hat gegenüber diesen beiden Organisationen kaum noch autonome Bedeutung.

Mit Hilfe dieser Gewerkschaftspolitik konnten in Schweden seit dem Krieg größere Streiks vermieden werden. Mit dem wilden Streik der Bergleute von LKAB und den Streiks der Metallarbeiter ist der Klassenkampf in Schweden offen ausgebrochen. Dies versucht die folgende Chronologie der Ereignisse zu zeigen. Den Arbeitern ist bewußt geworden, daß sie von der Gewerkschaftsbürokratie verraten worden sind. Deshalb richtet sich der Kampf hauptsächlich gegen sie. Fette Angebote einer Lohnerhöhung werden abgelehnt. In der Forderung nach einem neuen Entlohnungssystem und nach Entlohnung auch der Wasch- und Umkleidezeit zeigt sich ansatzweise ein verändertes Bewußtsein der Bewertung der Arbeit. Auch die Notwendigkeit einer unmittelbaren

und permanenten Arbeiterkontrolle des Kapitals und der Gewerkschaften (s. Beschluß vo. 21.1.) ist den Arbeitern bewußt geworden. Die enge Zusammenarbeit zwischen Massen-Treffen der Arbeiter und Streikkomitee ist ein Stück praktizierte Arbeiterdemokratie.
Die Klassenkampfsituation läßt sich auch am SAF-Katalog der Maßnahmen zur Zerschlagung der Arbeiterrevolte ablesen (s. 23.1.). Von Gewerkschaftsseite wird dazu als Klassenkampfmittel andeutungsweise die Zensierung der Massenmedien gefordert (Dagens Nyheter, 22.1.)
Henning Sundström, 35 Jahre, Erzarbeiter aus Kiruna (LKAB):
"Es wird mehr und mehr zu wilden Streiks in Schweden kommen, nachdem wir hier oben im Erzgebiet den Weg gezeigt haben. Wir haben hier in mehreren Wochen große Opfer gebracht, wovon jetzt andere Arbeiter im ganzen Land die Früchte pflücken können. Die Ursache für die Unzufriedenheit der Arbeiter ist offenbar: irgendeine Gleichheit gibt es nicht, sondern die Kluft wächst und die Beamtenherrschaft wird immer größer. Die Arbeiter werden ganz einfach niedergedrückt ..." (DN 22.1.70)

9.12.69 In Svappavara bricht spontan ein wilder Streik aus. Zunächst protestieren 40 Arbeiter mit einem Sitzstreik gegen den neuen Lohntarif, der im Zusammenhang mit einer neuen Arbeitsplatzbewertung verminderten Reallohn bedeutet. Bei Schichtwechsel kommt es zum Sitzstreik der ganzen Schichten in allen Gruben.

10.12.69 Die Unternehmensleitung droht mit der Entlassung der 350 Streikenden. Daraufhin greift der Streik auf die Gruben von Kiruna über.

11.12.69 Malmberget, das 3. und letzte LKAB-Werk wird durch einen Sitzstreik aller 1.500 Arbeiter lahmgelegt. Sympathiestreik der Hafenarbeiter von Lulea (Ostsee). Lulea und Narvik (Norwegen) sind die LKAB-Exporthäfen. Die Hafenarbeiter von Narvik erklären sich bereit, auf Signal mitzustreiken. Insgesamt streiken und demonstrieren 4.800 LKAB-Arbeiter. Aus Mittelschweden trifft der Vorstand der Grubenarbeitergewerkschaften ein. Vermittlungsversuche werden abgelehnt. Für den Abend mietet ein Arbeiter die Sporthalle von Kiruna: hier findet das erste Massen-Treffen der Arbeiter (2.000) statt. Die Versammlung ist öffentlich; der Gewerkschaftsvorstand wird nicht hereingelassen. Wahl eines 9-köpfigen Streikomitees (SK). Als erstes einigen sich die Arbeiter, keinesfalls die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor ein Verhandlungsresultat vorliegt. Es wird eine Liste von 13 Forderungen aufgestellt, die jedoch geheimgehalten wird.

12.12.69 Weitere Sitzstreiks in den Gruben, die zu deren Sicherung (Entwässerung, Einbruchs- und Explosionsgefahr) nötig wären, werden abgelehnt. Dem Versammlungsaufruf des Gewerkschaftsvorsitzenden folgen 8o Arbeiter. Parallel wird das Massen-Treffen fortgesetzt.

13.12.69 In Kiruna demonstrieren 3.000 Arbeiter. Die Schüler solidarisieren sich und demonstrieren mit. Sie werden vom Rektor unterstützt; er ist ehemaliger Kumpel. Die Arbeiter fordern höhere Löhne, bessere soziale Verhältnisse, Rücktritt der LKAB-Chefs, Austritt des LKAB aus dem Arbeitgeberverband (SAF).

14.12.69 Die Gewerkschaften bieten den Streikenden "hauptabsprache"-widrig, aber vergeblich Verhandlungen zwischen LO (Zentralgewerkschaft) und LKAB an.

15.-18.12.69 Verhandlungen zwischen LO-Vorsitzendem und LKAB-Vorstand. Das Ergebnis wird geheimgehalten; es betrifft den Primärkonflikt von Svappavara (Akkordfestsetzung). Die Streikenden erklären, daß sie das Ergebnis - gleich welchen Inhalts - ablehnen.

21.12.69 Die Gewerkschaften geben das Resultat bekannt (Stundenlohnerhöhung von kr.1.33). Die Arbeiter lehnen dies, sowie einen Vermittlungsversuch des stellvertretenden LO-Vorsitzenden, ab. Der Bruch mit den Gewerkschaften ist total. In Kiruna bringt eine Kirchenkollekte für die Streikenden kr.7.000.

22.12.69 Palme läßt sich offiziell informieren.

29.12.69 Das Streikomitee gibt einen über Weihnachten gefassten Beschluß bekannt: es soll eine 27-köpfige Delegation für Verhandlungen mit der LKAB gebildet werden; davon sollen 6 Gewerkschaftler sein, die aber von den Arbeitern gebilligt werden müssen. Verhandlungsort müsse Kiruna sein.

30.12.69 Ein Massen-Treffen billigt den Komitee-Beschluß.

2.-3.1.70 Die Gewerkschaften versuchen vergeblich, auf die Wahl der gewerkschaftlichen Delegations-Mitglieder Einfluß zu gewinnen: das Streikkomitee bestimmt die Zusammensetzung.

4.-6.1.70 Verhandlungsrichtlinien werden ausgearbeitet. Ein gewerkschaftliches Delegationsmitglied wird gegen ein anderes ausgetauscht, weil es als untauglich angesehen wird.

8.-9.1.70 Verhandlungen mit dem LKAB, die nach insgesamt knapp 4 Stunden ergebnislos abgebrochen werden.

13.1.70 Die Bergarbeitergewerkschaft beschließt, gegen die streikenden Mitglieder mit allen rechtlichen Mitteln, notfalls Ausschluß, vorzugehen.

18.1.70 Auf zwei nicht-öffentlichen Massen-Treffen wird beschlossen, die harte Linie fortzusetzen, d.h. bisherige Zusammensetzung der Delegation und nur direkte Verhandlungen mit LKAB in Kiruna.

18.-19.1.70 Der Vorstandsvorsitzende der LKAB - zugleich Reichsbankpräsident - lehnt Verhandlungen ab.

20.1.70 Großzügiges Angebot der Delegation an LKAB: Mittwoch (21.1.) Besprechung des Verhandlungsmodus, Donnerstag und Freitag Urlaubstage, Montag Beginn der Verhandlungen mit gleichzeitiger Arbeitsaufnahme. Die LKAB lehnt ab.

21.1.70 Die Gewerkschaften setzen durch, daß im Fall von Verhandlungen Wortführer der Delegation eine kleine Gruppe ist, der auch Gewerkschaftler angehören. Dies war von den Streikenden bisher strikt abgelehnt worden. Massen-Treffen: es wird beschlossen, das Streikkomitee auch nach Wiederaufnahme der Arbeit bestehen zu lassen. Es soll u.a. folgende Aufgaben haben: Kontrolle der Gewerkschaften und der Unternehmensleitung in allen die Arbeiter betreffenden Angelegenheiten; Materialsammlung; Archivierung des Streiks. Palme erklärt im Parlament: "Gesetz ist der Ausdruck für gegenseitige Rücksichtnahme und Solidarität unter den Bürgern." "Gesetz und Ordnung" seien die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiter ihre Interessen behaupten können. "Eine Gesellschaft baut darauf auf, daß man sich darauf verlassen kann, daß ein Handschlag ein Handschlag ist, eine Absprache eine Absprache und ein Gesetz ein Gesetz." (DN 22.1.).
Die LO verurteilt die wilden Streiks. Geheimverhandlungen in Parlamentsnebenräumen zwischen LO- und SAF-Vorsitzenden. Sie dementieren anschließend nicht, zu einem gemeinsamen Standpunkt gekommen zu sein.

20.-22.1.70 Bei Saab, den Telegraphenwerken, Elektrolux, ASEA (Wallenberg), Volvo und anderswo brechen wilde Streiks aus (insgesamt ca. 3.5oo Arbeiter und Angestellte). 900 Volvo-Arbeiter lehnen eine 12%ige Lohnerhöhung ab. Sie fordern 25% und stellen ein Ultimatum: wenn bis 1.2.70 nicht ein von den Arbeitern gebilligtes Resultat vorliegt, streikt die gesamte Belegschaft (2.800). Die Gewerkschaften setzen auf einem Massen-Treffen durch, daß "ihr Mann" in die Delegation aufgenommen wird. Ein Grubenarbeiter aus Kiruna fährt in die Universität von Lund und berichtet einem Doktoranden-Kolleg von Soziologen über die Erfahrungen der Streiks.

23.1.70 Repressivmaßnahmen seitens SAF:

1. Ohnen Genehmigung der SAF dürfen keine Übereinkommen zwischen Unternehmern und Streikenden mehr getroffen werden.
2. Keine Verhandlungen dürfen während eines Streiks oder einer Streikdrohung geführt werden.
3. Bestreikte Unternehmen erhalten aus einem Versicherungsfonds (1/2 Mill. kr.) vollen Ersatz des Produktionsaufalls.
4. Arbeiter, die wild streiken, sollen verklagt werden. Die bisherige Höchstschadenersatzsumme in solchen Fällen (200 kr.) soll erhöht werden, da sonst der gesetzgeb. Zweck unterhöhlt würde. Die LKAB-Arbeiter jedoch sollen davon ausgenommen werden.
5. Unternehmen, die gegen 1.-4. verstoßen, machen sich gegenüber SAF schadenersatzpflichtig.

SAF betont den politischen Charakter des LKAB Streiks. Die Gewerkschaftsmitglieder der Delegation erhalten erstmals Einblick in die 13-Punkte-Liste. Weitere kleine Streiks brechen aus.

24.1.70 Die LKAB-Arbeiter geraten in finanzielle Not. Sie beschliessen, dass Verhandlungsergebnisse von Massentreffen gebilligt werden müssen.

25.1.70 Der Chef der LKAB-Zentrale fährt nach Kiruna, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Die 13-Punkte-Liste wird der LKAB bekanntgegeben. Die Delegation will einer Arbeitsaufnahme erst zustimmen, wenn die wichtigsten Forderungen angenommen sind.

Die Metallarbeitergewerkschaft warnt die Volvo-Arbeiter, den Streik fortzusetzen: Es könnten sonst tausende Arbeiter von ca. 600 Zulieferbetrieben arbeitslos werden. Die Bergbauarbeiter Mittelschwedens (Grängesberg) lehnen großzügige Lohnerhöhungen und ein neues Lohnsystem (75 % Monats- und 25 % Akkordlohn) ab. Sie wollen die LKAB-Verhandlungen abwarten und lehnen eine Zusagefrist von wenigen Stunden als zu kurz ab. Die Unternehmensleitung wollte das Abkommen vor Inkrafttreten der Pflicht zur Genehmigung durch die SAF in Kraft treten sehen.

Pfaff/Wikhäll

Inzwischen ist in der Sozialistischen Correspondenz Info 30 Frankfurt ebenfalls ein Kalender der Streikereignisse erschienen zusammen mit zwei weiteren Artikeln. Wir werden im nächsten ROTEN FORUM auf das Thema zurückkommen. (Red.)

Der Kampf der marxistisch-leninistischen Befreiungsfront im Dhofar

Redaktionelle Vorbemerkung:

ZUR FRAGE DER NEUEN ARABISCHEN LINKEN

Der folgende Artikel von Jean-Pierre Viennot aus "Le Monde Diplomatique", Jan. 1970, beschreibt die bisher völlig unbeachtete Arbeit einer revolutionären Organisation in einem relativ kleinen, fast unbekannten Gebirge an der südarabischen Küste, dessen Isolation gegenüber auch den umliegenden arabischen Ländern schon daraus hervorgeht, dass es eines der letzten Rückzugsgebiete des Himyaritischen oder Südarabischen ist, einer dem Arabischen verwandten semitischen Sprache, die früher im ganzen Jemen gesprochen wurde, heute dort aber längst vom Arabischen verdrängt ist.

Der Artikel bezeichnet korrekt die Bedeutung der Guerrillas im Dhofar: ihr erfolgreicher Kampf bedroht heute schon unmittelbar die Erdölinteressen Großbritanniens und der USA und ihrer iranischen und arabischen Verbündeten. Darüberhinaus ist die Befreiungsfront für den Dhofar Teil der nach 1967 entstandenen revolutionären arabischen Linken, die heute schon die einander verfeindeten Fraktionen der arabischen herrschenden Klassen, die traditionellen Großgrundbesitzer, Stammesfürsten und die Nationalbourgeoisie, zwingt, zu versuchen, Kompromisse miteinander zu schliessen und "gesamtarabische Strategien" zu entwickeln, die sich, wie im Falle der Krise im Libanon, wohl weniger gegen den äußeren Feind (Israel), als gegen die stärker werdende marxistisch-leninistische Linke und ihre Verbindung zu den Massen richten.

Wenn auch die ursprünglichen organisatorischen Kerne dieser neuen revolutionären Parteien oder eine Parteibildung anstrebenden Gruppen alle aus der Arabischen Nationalistischen Bewegung stammen, ist ihre konkrete Praxis nur zu erklären aus den Widersprüchen, die die voneinander verschiedenen Gesellschaften in den einzelnen arabischen Ländern jeweils bestimmen. Als vereinheitlichendes Element mag am Anfang gestanden haben, dass der sich als panarabischer Nationalismus ausdrückende bürgerliche Antiimperialismus zu einer Kritik gerade auch der Klasse gezwungen war, der er selber entsprang, als für die sich entwickelnden Bourgeoisien die Festigung und Erweiterung der in einzelne Staaten gebundenen wirtschaftlichen und politischen Macht vorrangig wurde und die einzelnen Nationalismen (irakischer und syrischer Baathismus, Nasserismus usw.) zu Ideologien und Manipulationsinstrumenten verkamen, die ausschliesslich im Dienste regionaler Interessen stehen und antiimperialistisch nur sind, soweit es diesen Interessen dient.
Die Analyse der Entwicklung der Widersprüche zwischen den einzelnen Staaten, wie sie sich etwa bei der Gründung und Entwicklung der VAR oder innerhalb des Baathismus zeigten, ihre Unfähigkeit und mangelnde Bereitschaft, Bastionen der imperialistischen Fremdherrschaft, den Zionismus und die traditionellen arabischen Regime zu bekämpfen, führte die Linke innerhalb des panarabischen Nationalismus dazu, das Verhältnis von Imperialismus, traditionellen Herrschaftsapparaten und im Verlauf der imperialistischen Entwicklung stärker werdender nationaler Bourgeoisie genau zu untersuchen und sich mit den ausgebeuteten und in Unterentwicklung gehaltenen Massen zu verbinden, die immer das Objekt der Rivalitäten der Oberklassen untereinander sind. Die einzige Methode, die ihnen eine Kritik aller Teile der arabischen und internationalen herrschenden Klassen ermöglichte und zugleich den einzigen Weg zur tatsächlichen Überwindung imperialistischer Fremdherrschaft im ganzen arabischen Raum zeigte, war der Marxismus-Leninismus und das Studium der erfolgreichen antiimperialistischen Revolutionen in Russland, China, Vietnam und Cuba. Indem die linken arabischen Nationalisten so lernten, die eigene Klasse und Ideologie zu kritisieren und die nationalen Formen der Klassenherrschaft als mit der internationalen Herrschaft des Imperialismus eng verwoben zu verstehen, entwickelten sie den radikalen Internationalismus, der in Viennots Artikel beschrieben ist und der sich in Palästina z.B. zeigt, wenn die FPDLP als ihr wichtigstes Ziel den gemeinsamen Kampf von jüdischen und arabischen Proletariern gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion angibt.

Diese Gruppierungen bestanden zunächst hauptsächlich aus Intellektuellen und Kleinbürgern. Sie konstituierten sich selbständig vor allem unter dem Eindruck der Niederlage der arabischen herrschenden Klassen im Juni 1967 und der daraus folgenden Krise in den einzelnen, vor allem bürgerlichen Staaten (VAR). Ihre Verbindung mit den Massen und die fruchtbare Anwendung der Lehren, die sie aus dem Vorbild der anderen antiimperialistischen Revolutionen zogen, war nur möglich, wenn sie genau die Verhältnisse in den einzelnen Ländern studierten und die Frage der Bündnisse im revolutionären Kampf vom Verhältnis der einzelnen Klassen und Schichten zum Imperialismus abhängig machten. Von daher muss der mechanistische Versuch Viennots kritisiert werden, die revolutionäre arabische Linke nach dem Schema "kubanisch" oder "chinesisch" zu klassifizieren.

Wie Viennot selbst zeigt, stellt sich die Bündnisfrage in der nur schwach differenzierten Bauerngesellschaft des Dhofar kaum. In den Ölemiraten und Scheichtümern und in Saudi-Arabien ist der natürliche Verbündete der unterdrückten Bauernmassen die zahlenmäßig schwache Erdölarbeiterschaft, die man zwar durch eine relative Privilegierung zu bestechen versucht, die aber auchgerade deshalb im Konflikt mit der archaischen, durch eine formalisierte Staatsbildung und die Präsenz des Imperialismus verfestigten Gesellschaftsverfassung lebt, während sich eine Bourgeoisie bisher fast nur als parasitäre Handelsbourgeoisie herausgebildet hat. Das Bündnis von modernem Proletariat und unterdrückten Bauernmassen ist die Strategie der revolutionären Linken in diesen Ländern.

In Aden brachten die Arbeiter, Bauern und fortschrittlichsten Teile der Kleinbourgeoisie den revolutionären Flügel der FNL an die Macht. In den arabischen Ländern, in denen die Nationalbourgeoisie die Macht innehat, die Massen weitgehend polarisiert sind und Anfänge zu einer arbeitintensiven, (fast ausschliesslich) Konsumgüterindustrie gelegt sind, und wo diese Bourgeoisie ihre Interessen teilweise erst gegen den Imperialismus durchsetzen muss (Syrien, Ägypten), ist die Bündnisfrage für die Linke die bisher ein Bündnis mit dieser Bourgeoisie immer gesucht hat, in der Vergangenheit dadurch gelöst worden, dass ihre Kader im allgemeinen nur dann aus den Gefängnissen geholt wurden, wenn sich das aus aussenpolitischen Gründen gegenüber der SU empfahl. Die hat sich in ihrer Unterstützung für die "nationalen Demokratien" übrigens immer sehr verständnisvoll für solchen Umgang mit der inneren Opposition gezeigt. Die Massenhinrichtungen im Irak richten sich bekanntlich nur dem Schein nach gegen persische oder israelische Spione: "antinationale Elemente" sind meist Sozialisten. In Algerien tobt zur Zeit eine brutale Kommunistenjagd.

Als Beispiel für die Bündnispolitik der neuen arabischen Linken kann die Linie der FPDLP gelten, die aus den Fehlern der traditionellen KPs lernt und das Bündnis mit den fortschrittlichen Teilen der Bourgeoisie auf der Grundlage ihrer Verankerung in den Massen sucht und nicht die Massen über das Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie erreichen will. Die Entstehung der FPDLP selber war nur möglich, weil die Linke innerhalb der nationalistischen FPLP die Widersprüche zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Elementen in den bürgerlichen Organisationen Al Fatah und Al Saikah (syrisch-baathistisch) geschickt nutzte und sich im Aufbau einer selbständigen Organisation auf die Widersprüche, die die zunächst nur nationalistische Massenmobilisierung der Palästinenser mitsichbrachte, stützte. In der Libanonkrise und gegenüber der reaktionären Linie der "friedlichen Lösung", deren Durchsetzung der eigentliche Zweck der Anerkennung Yasir Arafats als quasi Staatschef auf der Gipfelkonferenz in Rabat war, hat sich dieses Bündnis bereits bewährt. Da die Politik der "friedlichen Lösung" nur gegen den erbitterten Widerstand der palästinensischen Linken und der palästinensischen Massen durchzusetzen sein wird, hängt die physische Fortexistenz der palästinensischen Genossen davon ab, ob sie es verstehen, relevante Teile gerade der bürgerlichen Organisationen für die Weiterführung des Widerstandes zu gewinnen. Für die arabische Linke hängt die Bündnispolitik also nicht von der Übernahme dogmatischer "kubanischer" oder "chinesischer" Konzepte ab, sondern von der konkreten Analyse der Klassenverhältnisse in den einzelnen Ländern und von ihrer Verbindung mit den Massen. Genau das haben sie von Mao Tse-tung gelernt.

Ähnliches gilt auch für die Frage des Parteiaufbaus. Die FPDLP etwa ist entstanden in einer Phase, in der die Masse der Palästinenser schon in einem antiimperialistischen Kampf unter bürgerlicher Führung organisiert war, also nicht durch einen kleinen Focus von Revolutionären. Das Kriterium für die Umbenennung der "Demokratischen Front" in eine revolutionäre Partei kann nicht eine subjektive Entscheidung sein, sondern der Aufbau einer revolutionären Kaderorganisation nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus und ihre dauerhafte Verankerung in den Massen, damit diese Organisation die Führung im revolutionären Kampf auch gegen die bürgerlichen Führungsansprüche durchsetzen kann. Die FPDLP hofft, diese Etappe in den nächsten Monaten zu erreichen.

Wir drucken Viennots Artikel hier nach, weil er deutlich macht, dass der antiimperialistische Kampf im Nahen Osten und die Herausbildung einer revolutionären Avantgarde in diesem Kampf schon längst nicht mehr auf Palästina beschränkt ist und dass der entscheidende Angriff auf den Imperialismus und die Quellen seiner Macht erst noch bevorsteht. Zugleich liefert der Artikel Anschauungsmaterial für die Strategien gerade des britischen Imperialismus. Die iranische Immigration in die Emirate am Arabischen Golf ist nur ein Beispiel für die künstliche Schaffung von sogenannten Nationalitätenproblemen, die die Herrschaft des Imperialismus sichern. Sie folgt dem gleichen Modell wie die Bevölkerungspolitik in Zypern, Israel, Rhodesien, Indien/Pakistan und Malaysia.

J. N.

Der Dhofar

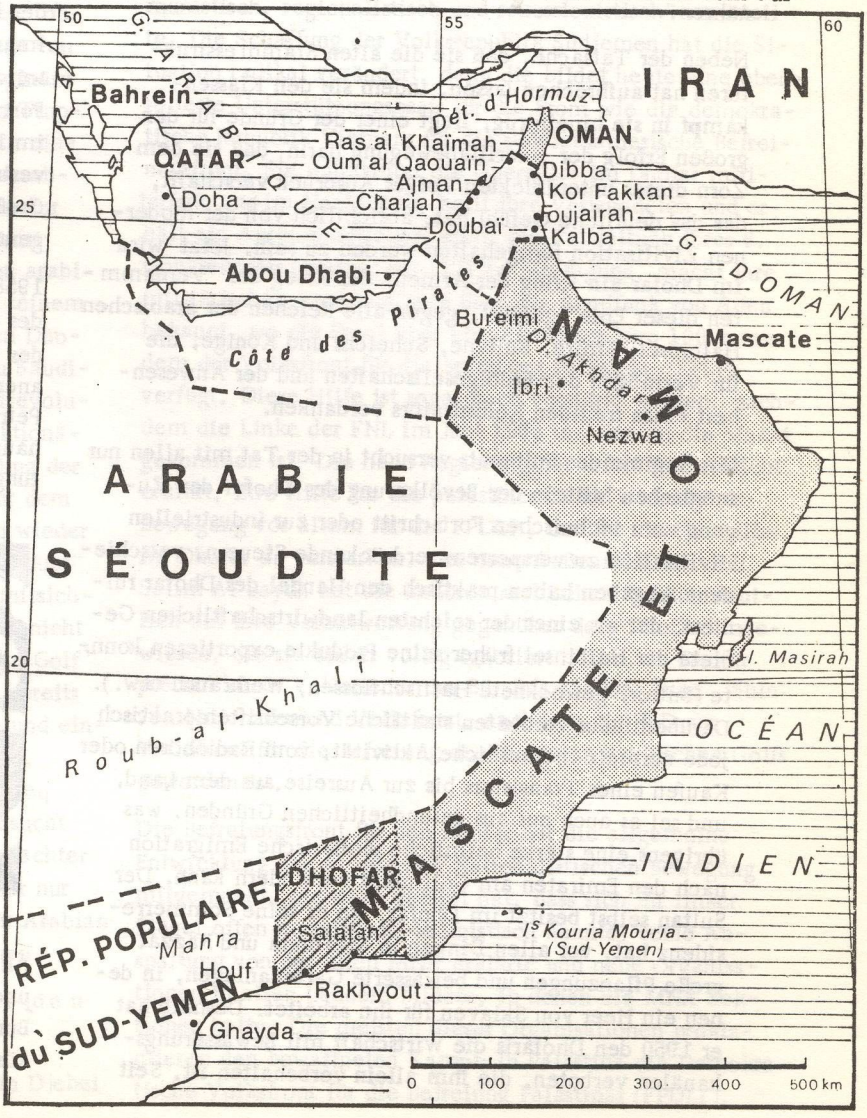
Die marxistisch-leninistische Guerrillabewegung im Dhofar bildet z. Zt. neben der palästinensischen Widerstandsbewegung die einzige heiße Zone in den arabischen Ländern, in der direkt Revolution und Archaismus zusammenstoßen. Man kann sie als den deutlichsten Ausdruck jener "arabischen neuen Linken" ansehen, die nach den Ereignissen vom Juni 1967 auf der Basis einer radikalen Kritik aller arabischen Regime entstand, deren Klassenstrukturen für die arabische militärische Niederlage in Palästina verantwortlich gemacht werden. Darüberhinaus ist sie eine Weiterführung der südjeminitischen Revolution vom 14.10. 1963, die in einem vor allem auf dem Land geführten Kampf erfolgreich die Stammes- und Feudalstrukturen der Emirate, der von den Briten etablierten Südarabischen Föderation auflösen konnte und nach einem "zweiten Widerstand" die linkeste aller arabischen Regierungen im Juni 1969 in Aden unter der Führung des revolutionären Flügels der Nationalen Befreiungsfront des Südjemen (FNL) an die Macht brachte(1). Das bedeutet, daß seit der Erklärung Großbritanniens, sich 1971 vom Arabischen (Persischen) Golf zurückzuziehen, ein regelrechtes Wettrennen zwischen den konservativen, traditionellen, von Riad, Teheran und der Föderation der Emirate am Golf repräsentierten Kräfte und der stärker werdenden revolutionären Bewegung um die phantastischen Erdölschätze dieses Gebietes eingesetzt hat.

Der Dhofar bildet nur einen sehr kleinen Teil des Sultanats von Maskat und Oman, einem weitausgedehnten Land von 500.000 km^2, dessen mitten in der Wüste verlaufenden Grenzen mit Saudi-Arabien nur ungenau bestimmt sind. Die Küste entlang des Meeres von Oman, einer Fortsetzung des Indischen Ozeans, erstreckt sich über 1.600 km von Salalah (ca. 10.000 Einwohner), Hauptstadt des Dhofar und neben Charja (Piratenküste), Bahrein und Masirah eine der wichtigsten britischen Basen, bis zur Halbinsel von Masendam, die die Meerenge von Hormus an der Öffnung des Arabischen Golfs beherrscht und deshalb von Grossbritannien an das Sultanat angeschlossen wurde.

Die Bevölkerung des Dhofar wird auf 150.00 - 200.00 geschätzt. An der Küste lebt sie ausschließlich vom Fischfang (v.a. Sardinen und Haie) und in den Bergen, die im Sommer vier Monate vom Monsun beregnet werden, von Ackerbau (Mais, Getreide) Kamel-, Rinder und Schafzucht und vom Sammeln von Weihrauch und Gummi Arabicum. Wegen des Monsun wirkt die Landschaft des Dhofar außerordentlich grün, wie man es sich kaum 200 km von der schrecklichen Rub-Al-Khali-Wüste, deren heisse Winde vom Djebel Quara aufgehalten werden, kaum vorstellen kann. Die Wiesen erinnern an die Normandie, das Land ist mit Bäumen aus gemäßigten Zonen bewaldet, die Küste ist felsig und nebelreich und erinnert mit dem bewegten Meer an die Bretagne. Nur an der Küste gibt es Dörfer mit Steinhäusern. Im Innern leben die Bauern und seßhaften Viehzüchter in Hütten aus Lehm und Zweigen oder noch häufiger in Höhlen.

Fiktive Unabhängigkeit

Das politische Regime des Dhofar und das Sultanat von Maskat und Oman allgemein ist eines der archaischsten und merkwürdigsten der Welt. Theoretisch ist das Sultanat ein unabhängiger Staat, d.h. daß es nach britischem Recht weder eine Kolonie noch ein Protektorat ist. In Wirklichkeit gehörtes zu den Territorien in diesem Raum, die am engsten militärisch und politisch von Großbritannien kontrolliert werden, und zwar mit Hilfe des "Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages", der 1951 zwischen dem Sultan und dem politischen britischen Repräsentanten am Arabischen Gold abgeschlossen wurde. Es ist in der Tat eine merkwürdige Unabhängigkeit eines Staates, die außer von Großbritannien von keinem anderen Staat anerkannt wird, dessen "Außenminister" ein Beamter des Colonial Office ist, dessen Armee ausschließlich aus britischen Offizieren und aus Soldaten aus dem iranischen Belutschistan besteht, der diplomatische Beziehungen nur mit zwei Staaten, Großbritannien und Indien unterhält und den kein Nicht-Brite betreten darf, weil Großbritannien nur für Vertreter von Erdölgesellschaften Visa ausgibt. Seit 1932 wird das Land vom Sul-



tan Said Ben Taymur regiert, einer unbedeutenden Persönlichkeit, von dem man nicht genau weiß, ob er tot oder lebendig ist, weil die Guerrillas im Dhofar behaupten, sie hätten ihn am 26.4.1966 umgebracht, und er seitdem nie in der Öffentlichkeit gesehen wurde. Großbritannien hat seinen Tod niemals bestätigt, weil es dann gezwungen wäre, einen neuen Sultan benennen zu lassen, und das wegen der Rivalitäten innerhalb der fürstlichen Familie schwierig ist. Tatsächlich herrscht in Oman einfach eine britische Militärregierung, während eine lokale Verwaltung praktisch nicht existiert.

Im ganzen Sultanat gibt es nur eine einzige Schule in der Hauptstadt Maskat, die Mitgliedern der Sultansfamilie vorbehalten ist. Im Dhofar gibt es außer der strategischen Straße zur Basis von Salalah keine Straße, keine Schule, keine Sanitätsstation, keinerlei soziale und kommunale Einrichtungen (Wasser, Elektrizität usw.). Der Reisende oder der Journalist, der die Guerilleros im Dhofar begleitet, befindet sich plötzlich in einer Gesellschaft, die die Vorgeschichte noch nicht hinter sich gelassen hat und die noch kaum in soziale Klassen differenziert ist. Er muß wohl oder übel unter freiem Himmel oder in Höhlen schlafen, zu Fuß reisen, weil das das einzig mögliche Fortbewegungsmittel ist, und sich ausschließlich von Reis und Kamelmilch ernähren.

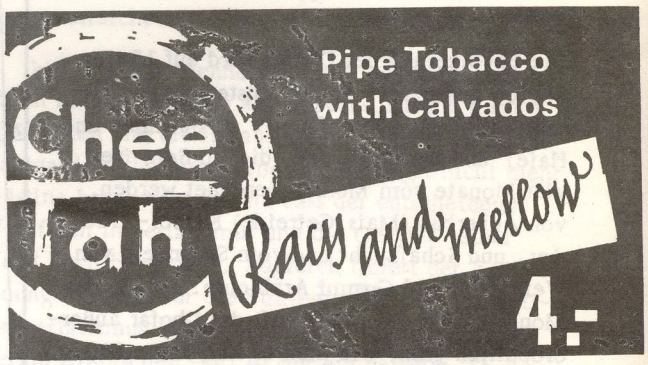
Neben der Tatsache, daß sie die alten Stammesstrukturen hat aufbrechen lassen, indem sie den Klassenkampf in sie hineintrug, liegt einer der Gründe für den großen Erfolg der Guerillabewegung darin, daß sie dem Zorn dieses unterdrückten Volkes Ausdruck verschafft, das das deutliche Gefühl hat, absichtlich von der modernen Zivilisation ferngehalten worden zu sein. Jetzt wird im Dhofar ein Krieg der Armen, der Krieg der "Verdammten dieser Erde" geführt, gegen alle Reichen der arabischen Halbinsel, Emire, Sultane, Scheichs und Könige, die ihr Vermögen den Erdölgesellschaften und der Anwesenheit eines fremden Kolonisators verdanken.

Das Regime des Sultanats versucht in der Tat mit allen nur möglichen Mitteln der Bevölkerung des Dhofar den Zugang zum technischen Fortschritt oder zur industriellen Zivilisation zu versperren: erdrückende Steuern, verschiedene Abgaben haben praktisch den Handel des Dhofar ruiniert, der als eines der reichsten landwirtschaftlichen Gebiete der Halbinsel früher seine Produkte exportieren konnte (Butter, getrocknete Haifischflossen, Weihrauch usw.). Darüberhinaus verbieten staatliche Vorschriften praktisch jede normale menschliche Aktivität, vom Radiohören oder Kaufen eines Transistors bis zur Ausreise aus dem Land, und sei es auch nur aus gesundheitlichen Gründen, was übrigens eine starke heimliche dhofarische Emigration nach den Emiraten am Golf nicht verhindern kann. Der Sultan selbst besitzt im Dhofar, wo er seine Sommerresidenz hat, vor allen Dingen in Maamura und Razzat große Pflanzungen und bewässerte Gartenanlagen, in denen ein Heer von Sklaven für ihn arbeitet. Deshalb hat er 1950 den Dhofaris die Wirtschaft mit Bewässerungskanälen verboten, die ihm allein vorbehalten ist. Seit dem Auftauchen der Guerillas 1965 ist der Verkehr zwischen den Städten verboten, und die von allen Seiten mit Stacheldraht eingezäunte Hauptstadt Salalah erinnert an ein riesiges Internierungslager: nur Personen, die dem Sultan bekannt sind und die eine schriftliche Erlaubnis besitzen, können die Stadt betreten oder verlassen. Seit 1953 sucht eine amerikanische Gesellschaft, die Dhofar Cities Service Petroleum Company, im Dhofar nach Öl. Aber seit Beginn des bewaffneten Kampfes mußte sie die Suche einstellen.

Die Revolten im Djebel Akhdar

Bis 1955 reichte die Autorität des Sultans nicht über die Küstenzone hinaus, da das Innere von Oman und besonders der Djebel Akhdar (das Grüne Gebirge, Hauptstadt: Nezwa) seit altersher vom Imam, dem geistlichen und weltlichen Oberhaupt der ibaditischen Karedjiten (2) kontrolliert wird, der ein traditioneller Gegner der Sultane von Maskat ist, die erst am Ende des 18. Jhdts. aufgetaucht sind, nachdem sie mit Unterstützung von Großbritannien ihre Unabhängigkeit vom Imamat proklamiert hatten. Die Briten konnten sich am Ende des 19. Jhdts. endgültig in der Gegend festsetzen, nachdem sie die Franzosen verdrängt hatten (3). Seit der Revolte gegen die abassidischen Kalifen 751-752 konnte die Bergfestung des inneren Oman ihre Unabhängigkeit unter der Führung der karedjitischen Imame verteidigen. Die Macht des Imams war übrigens weder erblich noch absolut, sondern wurde von einer Notablenversammlung kontrolliert. Die Portugiesen setzten sich in Maskat 1508 fest, wurden aber im 17. Jhdt. von den Omanis von den Bergen her wieder vertrieben. Durch den Vertrag von Sîf (1920) erkannte Großbritannien die Autonomie des Imam von Oman gegenüber dem Sultan von Maskat an.

1958 wurde Ghaleb Ben Ali al-Hana'i zum 58. Imam des Oman "gewählt". Er rief 1955 die Unabhängigkeit des Oman aus, die sofort vom Jemen und Saudi-Arabien anerkannt wurde, um sich gegen die Manöver der Iraq-Petroleum-Company (IPC) zur Wehr zu setzen, die behauptete, die Konzession, die der Sultan der IPC-Vertretung in Oman gegeben hatte, erstrecke sich bis Nezwa.



Angesichts dieser einseitigen Unabhängigkeitserklärung und des Konflikts mit Saudi-Arabien um die Oase von Bureimi entschloss sich England die Milizen der Piratenküste (aus den 7 Emiraten, Trucial-Oman) einzusetzen.

Die besetzten die Oase im Oktober. Das führte zum Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Saudi-Arabien, die dann allerdings im Anschluss an die jeminitische Revolution vom 26. September 1962 wieder aufgenommen wurden. Anschließend eroberten die gleichen Milizen Nezwa, die unbezwingbare Hauptstadt des inneren Oman. Nach einem von der IPC finanzierten Blitzkrieg konnte Said Ben Taymur(4) zum ersten Mal in seinem Leben den Djebel Akhdar betreten, während der Imam unter Hausarrest gestellt wurde und sein Bruder Taleb nach Saudi-Arabien floh. Im Sommer 1967 brach im Djebel Akhdar unter der Führung des Imam Ghaleb und seines BrudersTaleb eine neue Revolte aus. Mit Unterstützung von Kairo und Moskau wurde die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat der UNO gebracht, aber Nezwa wurde überrannt und fiel am 13. August nach der Bombardierung der Dörfer des Djebel Akhdar durch die RAF in die Hände der britischen Truppen.

Seitdem lebt der Imam im Exil in Al-Dammam in Saudi-Arabien in der Nähe der amerikanischen Basis von Zahran. Er hat einen "Kommandorat für die Revolution im Staat Oman" gebildet, unterhält diplomatische Missionen in den meisten arabischen Hauptstädten (Damaskus, Algier, Bagdad, Kairo, Beirut), in denen er eine eigene Flagge (5) führt, Pässe ausstellt und Propaganda-Bulletins veröffentlicht. In Wirklichkeit ist die Guerrillabewegung im Djebel Akhdar heute völlig erloschen, obwohl die Büros des Imam in den arabischen Ländern von Zeit zu Zeit militärische Kommuniques über imaginäre Zusammenstöße zwischen Feddayin und britischen Truppen veröffentlichen und obwohl die UNO jedes Jahr eine eigene Resolution zur Unabhängigkeit des Oman verabschiedet und sogar eine internationale Kommission zur Untersuchung der Frage gebildet hat. Der Imam reist heute auf Kosten der arabischen Liga zwischen den arabischen Hauptstädten hin und her, wenn er nicht in seinem Palast in Dammam residiert. Die Revolutionäre im Dhofar halten ihn wegen seiner engen Beziehungen zu Saudi-Arabien und den USA für "ein Element der Konterrevolution und den Repräsentanten einer religiösen, reaktionären Aristokratie." Mehr noch: die politische Führung der Guerrillabewegung glaubt, dass Großbritannien vor dem Rückzug aus dem Arabischen Golf 1971 den Imam wieder an die Macht bringen wird, um das "politische Vakuum" zu füllen,das dann entstehen kann, und das alles mitsichreißen kann, da der theoretisch unabhängige Oman nicht Mitglied der Föderation der Emirate am Arabischen Golf ist. Diese Hypothese wird dadurch bestätigt, dass bereits Beziehungen zwischen der Organisation des Imam und einzelnen Mitgliedern der Familie des Sultan bestehen, mit einem von dessen Vettern und seinem Sohn Tareq Ben Taymur, und das der Imam 1961 in Beirut versucht hat mit Großbritannien zu verhandeln. Einige Beobachter wollten in den beiden Aufständen im Djebel Akhdar nur eine verschleierte Phase des Kampfes zwischen der Arabian American Oil Company (Aramco) und der IPC sehen.

Die Schaffung der Befreiungsfront für den Dhofar.

Angesichts des Scheiterns der Guerrillabewegung in Djebel Akhdar entschlossen sich eine Reihe von Kämpfern, den Kampf auf einer neuen politischen Grundlage und in einer anderen Gegend,eben dem Dhofar, wieder aufzunehmen, wo die geographischen Bedingungen für den Guerrillakrieg besonders günstig sind (bewaldete Berge, sehr dichte Wälder, keine Straßen). Ende 1964 schlossen sich daher drei Organisationen zur Befreiungsfront für den Dhofar (FLD) zusammen: die Wohlfahrtsgesellschaft für den Dhofar, die Freien Soldaten des Dhofar und vor allem die lokale Sektion der Arabischen Nationalistischen Bewegung (MNA), eine panarabische nationalistische Organisation, die zu jener Zeit pronasseristisch war. Die neue Organisation führte ihre erste militärische Aktion am 9. Juni 1965 durch. Von Anfang an bestanden ausserordentlich enge Beziehungen zur Nationalen Befreiungsfront für das besetzte Südjemen (FNL), die ebenfalls aus einer lokalen Sektion der MNA hervorgegangen war, und die den Aufstand von Radfan vom 14. Oktober 1963 organisiert hatte. Die Beziehungen waren so eng, dass einige Mitglieder der FNL dem Dhofar für einen Teil von Südjemen hielten. Bis zur Unabhängigkeit von Aden Ende November 1967 war die Befreiungsfront für den Dhofar in den arabischen Ländern und international völlig unbekannt und isoliert, wenn man von einer gewissen militärischen Hilfe durch die Organisation des Imam über Saudi-Arabien am Anfang absieht, die dann aber später die Guerrillafront als "kommunistisch, regionalistisch und sezessionistisch" verurteilte. Die Schaffung der Volksrepublik Südjemen hat die Situation radikal verändert, denn die bildet heute eine ebenso feste Unterstützungsbasis für die Front wie die demokratische Republik Vietnam für die südvietnamesische Befreiungsfront. Sie unterstützt die Guerrillas im Dhofar militärisch und im Nachschub, heilt ihre Verwundeten und erhält ein Ausbildungslager, stellt die Verwaltung ihres 6. Gouvernorats (Mahra) der FLD zur Verfügung, macht ihre militärischen Kommuniques über den Rundfunk von Aden bekannt, wo die Front über ein offizielles Büro 100 m von dem der Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPLP) verfügt. Diese Hilfe ist sogar noch verstärkt worden, nachdem die Linke der FNL im Juni 1969 in Aden an die Macht gekommen ist. Die neue Regierung hat sofort ihre Absicht erklärt, ihre Hilfe für die palästinensische Widerstandsbewegung vor allem für die FPDLP, und für die Guerrillas im Dhofar zu verstärken. Der neue Außenminister, Ali Salim Al Baydh hat die anderen arabischen Staaten deutlich auf ihre Verantwortung gegenüber dem Dhofar hingewiesen, die sie bisher völlig ignoriert haben. In Dhofar preisen heute Volkslieder das Bündnis von'Qaf "und "Shin" von Nationaler-und Volksfront, nachdem die FLD zur Volksfront für die Befreiung des besetzten Arabischen Golfs geworden ist.

Die Befreiungsfront für den Dhofar hat die allgemeine Entwicklung der Arabischen Nationalistischen Bewegung mitgemacht, die dazu geführt hat, dass sich ihr linker Flügel offen marxistisch-leninistisch nannte, seine Abspaltung von der alten MNA erklärte und neue Organisationen in allen Ländern bildete, in denen die MNA Sektionen hatte. Die meisten dieser Organisationen proklamieren den bewaffneten Kampf: In Palästina die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLF),

eine linke Abspaltung der FPLP; im Irak die Arabische Sozialistische Bewegung, die dem revolutionären Flügel der irakischen KP nahesteht; im Libanon die Libanesische Sozialistische Organisation; in Saudi-Arabien die Demokratische Volksfront für die Befreiung der Arabischen Halbinsel, deren meiste Mitglieder heute bei der FPDLP kämpfen; in der Arabischen Jemenitischen Republik die Demokratische Jemenitische Revolutionspartei; im Südjemen der linke Flügel der FNL, der heute an der Macht ist; und schliesslich in Bahrein und in den Emiraten am Golf die Revolutionäre Volksbewegung in Oman und am Arabischen Golf. Der zweite Kongress der FLD vom 1. - 20. Sept. 1968 in Oued Hamrin, an dem auch Delegierte der revolutionären Organisationen der Emirate am Golf teilgenommen haben, bedeutete eine historische Wende im Leben der Front. Folgende waren die wichtigsten Entscheidungen und Konsequenzen:

1. Ausschaltung der alten Führung, in der einige an die Schaffung eines unabhängigen Staates im Dhofar dachten, und Umbe nenung der Front in Volksfront für die Befreiung des besetzten Arabischen Golfs.
2. Ausdrückliche Übernahme der marxistisch-leninistischen Ideologie und Ablehnung aller Formen von bürgerlichem Nationalismus.
3. Annahme des Prinzips des langandauernden Volkskriegs als grundlegende Kampfmethode und Schaffung neuer Guerrillafronten, vor allem im Inneren Oman; Ausdehnung des bewaffneten Kampfes auf alle Emirate am Golf.
4. Ausarbeitung einer globalen, langfristigen Strategie, die nicht die Unabhängigkeit des Dhofar oder auch nur des Sultanats von Maskat und Oman anstrebt, sondern die Errichtung eines einheitlichen arabischen Staates, der Arabischen Volksrepublik am Golf, die den Dhofar, Oman, die Emirate an der Piratenküste (Trucial Oman), Qatar, Bahrein und Kuweit umfassen würde.

Bewaffneter Kampf und politische Erziehung.

Um den Dhofar zu erreichen muß man von Ghayda, der Hauptstadt des 6. Gouvernorats, tausend Kilometer östlich von Aden mindestens 150 Kilometer zu Fuß marschieren, um die Westfront des Dhofar zu erreichen, die an Mahra angrenzt, über die Fischerdörfer Al Fatk, Damqut und Huf, dem letzten südjeminitischen Ort vor der Grenze und der wichtigsten Basis der Front in Südjemen, wo monatlich 250 Flüchtlinge vor den britischen Bombardierungen ankommen. Das erklärt vielleicht, warum bisher so selten Journalisten bis in den Dhofar gelangt sind, aber sicher nicht allein. Als ich einen der Leiter des Büros der Front in Aden fragte, wie er sich erkläre, dass kein arabischer Journalist eine Reportage über den Dhofar zustande gebracht habe, antwortete er mir lakonisch: "Es gibt keine fortschrittlichen arabischen Journalisten." Immerhin hat die Beiruter Zeitung Al Hurrya, offiziöses Organ der MNA und heute Sprecherin der "arabischen neuen Linken" die erste Reportage über den Dhofar in ihrer Nummer 398 (5.2.68) gebracht. Die kubanische Zeitschrift Tricontinental März/April 1969, die Presse der VR-China, die einen ständigen Korrespondenten im Aden hat (Neues China) und die syrische Presse folgten. Vor mir waren Gordian Tröller und Claude Deffargue die ersten westlichen Journalisten, die den Dhofar besuchten. Sie haben Reportagen (Stern, 3.5.69, Front, Sept. 69) und einen Film (RTF, Ende Juni 69) veröffentlicht.

Der Boykott der Guerrillabewegung im Dhofar durch alle arabischen Staaten außer Südjemen erklärt sich für die Führer der Befreiungsfront für den Dhofar aus "dem bürgerlichen Charakter aller arabischen Staaten, die daher keinerlei Interesse daran haben, dass ihre Völker die Erfahrung des ersten erfolgreichen Volkskrieges unter marxistisch-leninistischer Führung im arabischen Raum kennenlernen". Sie verzeihen vor allem Ägypten und dem Irak nicht, dass sie öffentlich die Bildung der Föderation der Emirate am Arabischen Golf, bestehend aus Qatar, Bahrein und den 7 Staaten an der Piratenküste unterstützt haben, die die Front in einem kürzlich erschienen Kommunique zum Tode verurteilt hat. In allen Gesprächen, die ich mit politischen Führern und mit Kämpfern an der Basis hatte, war das nasseristische Ägypten der Hauptangriffspunkt aller Kritiken, und ich habe gehört, wie in einem Wortspiel die Kairoer "Stimme der Araber" "Stimme des Ruins" genannt wurde. Die Front konnte ein Büro in Kairo eröffnen, als sie nasseristisch orientiert war. Aber seit ihrer Konversion zum Marxismus ist ihre Bewegungsfreiheit vollständig eingeschränkt und die ägyptischen Propagandaapparate schweigen sich über ihre Aktivität vollständig aus.

Daß Volkschina neben Südjemen der einzige Staat in der Welt ist, der den Guerrillas in Dhofar materiell hilft, hat eine Reihe von Beobachtern voreilig schliessen lassen, dass es sich um eine "rein maoistische Bewegung" handelt. Das könnte man auch auf den ersten Blick nach einer Reise in den Dhofar denken, tragen doch alle Kämpfer und sogar die Kinder Plaketten mit den Bildern Lenins und Mao Tse-tungs, studieren die Werke Maos über den Volkskrieg, bringen der Bevölkerung das Lesen an Hand des kleinen Roten Buchs bei und bewundern grenzenlos die VR China, "die große Verbündete und große Freundin". Wenn man genau hinschaut, liegen die Dinge etwas komplizierter. Die politische Orientierung der Front entspricht genau der der FPDLP, von der alle Publikationen, aber auch nur ihre, und keine von allen anderen Organisationen der palästinensischen Widerstandsbewegung, in der Guerrillaorganisation verteilt werden. Wie die FPDLP hat die Front sich geweigert, irgendeine Stellung zum chinesisch-sowjetischen Konflikt zu beziehen, was aber die Mitglieder an der Basis nicht hindert, den "Revisionismus" der UdSSR zu denunzieren. Es ist pikant, dass einige prochinesische Gruppen in Frankreich die FPDLP heute als linksradikalistisch und trotzkistisch ansehen. Nach der Lektüre der vollständigen Sammlung der Monatsschrift der Front "Die Stimme des Volkes" in ihrem Büro in Huf bin ich persönlich zu der Überzeugung gekommen, dass ihre politisch-militärischen Positionen den kubanischen Konzeptionen näher stehen als den chinesischen Thesen. Von denen unterscheiden sie sich vor allem in zwei wichtigen Punkten: die Rolle der Bourgeoisie im nationalen Befreiungskampf und in der Auffassung von der Natur der Revolution und der marxistisch-leninistischen Partei. Die Front führt gleichzeitig einen revolutionären Kampf um die nationale Befreiung und um eine radikale soziale

Revolution. Sie lehnt jede Form des Bündnisses mit irgendeiner Fraktion der Bourgeoisie ab, zumal diese praktisch im Dhofar nicht existiert, ausser als Handelsbourgeoisie in Salalah, und proklamiert den "Aufbau des proletarischen Staates der Armen auf den Ruinen des alten feudalstämmischen und bürgerlich-kolonialistischen Staatsapparats". Diese Haltung ähnelt der vollständig negativen Einschätzung Che Guevaras der Bourgeoisie in Lateinamerika. Der revolutionäre Prozess im Dhofar ist im übrigen eine Illustration der kubanischen These, dass die militärische Führung der Guerrillabewegung sich im Laufe des Kampfes zu einer proletarischen Partei entwickeln kann und dass es nicht notwendig ist, die Schaffung dieser Partei abzuwarten um den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Ein Artikel in der Ausgabe vom Januar 1969 (Nr. 9) unter dem Titel: " Was verstehen wir unter wissenschaftlichem Sozialismus?" bezieht sich ausdrücklich auf die Konzeption der "permanenten Revolution", während weiter unten an die maoistische These von der Permanenz des Klassenkampfs auf ideologischer Ebene auch noch lange nach dem Verschwinden der sozio-ökonomischen Basis der Ausbeuterklassen angeknüpft wird.

Internationalismus und Klassenkampf.

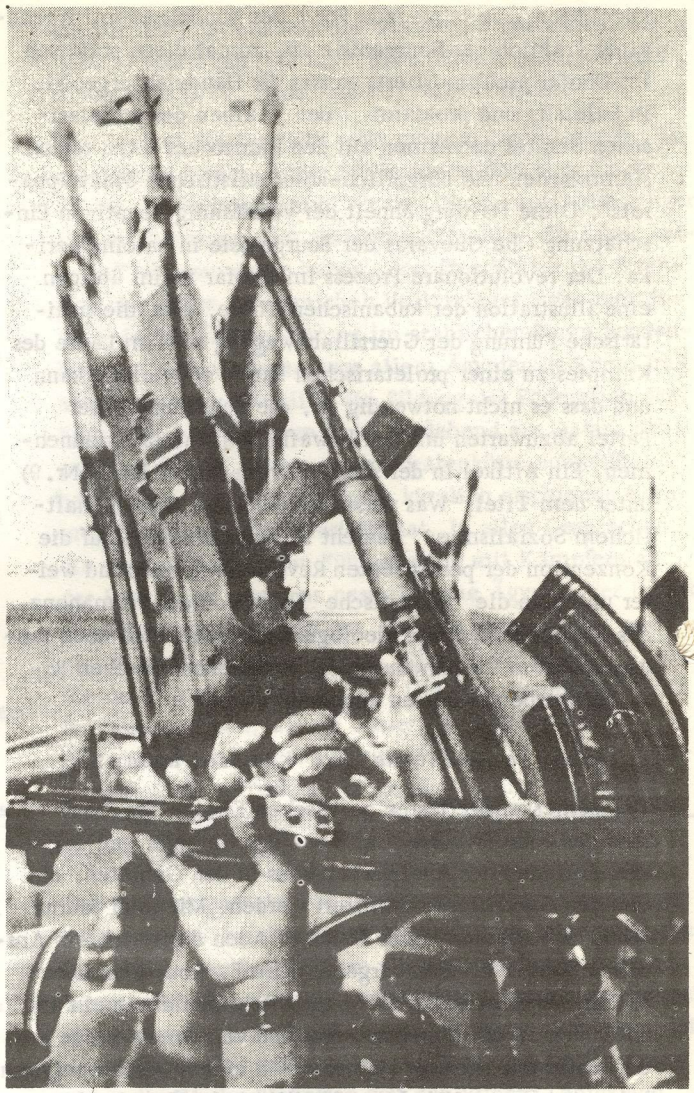
Die bemerkenswertesten politischen Erfolge der Front sind das hohe Bewusstseinsniveau der Kämpfer und das Verschwinden des Analphabetismus in den Gebieten, die von den Guerrillas kontrolliert werden. Mit zwei Journalisten der Agentur Neues China in Aden durfte ich ein Ausbildungslager der Front irgendwo im 6. Gouvernorat besuchen. Hier erhalten die jungen Rekruten,die meist im Alter von 15 bis 20 Jahren sind und von denen einige aus den Emiraten am Golf stammen, in einem beschleunigten Lehrgang eine politische und militärische Grundausbildung. Internationalismus und Klassenkampf sind die beiden Pole, um die sich die politische Ausbildung dreht. Jeder religiöse Aspekt ist aus der Ausbildung verbannt (ich bin im Dhofar Guerrilleros begegnet, die sich offen als Atheisten bezeichneten). In den politischen Heften für die jungen Kämpfer ist ein ganzes Kapitel der Verurteilung der Politik des "positiven Neutralismus" und der Blockfreiheit" gewidmet, die als "opportunistische Politik, die die Wahl zwischen demimperialistisch-kapitalsitischen Lager und dem sozialistischen Lager ablehnt" angesehen wird. An anderer Stelle werden die Verhaltensregeln des Guerrilleros gegenüber dem Volk in einer Art Moralkodex eingeführt, der stark an den des Soldaten der Roten Armee in China erinnert. Das Prinzip der Analyse der gesamten Realität mit Hilfe des Konzepts vom Klassenkampf wird soallgemein angewandt, dass ich mit einem Kämpfer eine lange Diskussion über den "Klassencharakter der ägyptischen Musik" führen konnte, und er der Meinung war, dass Um Kulthum die Rolle von "Opium für das ägyptische Volk" spielt. Ich mußte bis in den Dhofar reisen, um einer Flut von Fragen über die Bedeutung der Mai-Ereignisse 68 in Frankreich, über die Lage der französischen Linken und die Politik der kommunisitischen Partei unterworfen zu werden. Aber ich habe große Schwierigkeiten gehabt zu erklären, warum "die französische Arbeiterklasse nicht sofort die Revolution machen kann um die Macht in Frakreich zu übernehmen". Denn im Dhofar hat man keine Vorstellungen über die politische Situation eines hochentwickelten Industrielandes und man weiss nicht, was Kompromisse sind. Da der Klassenkampf dort täglich in reinster Form geführt wird.

Die internationalistische Ideologie der Front zeigt sich in ihrer sehr unabhängigen Haltung gegenüber der iranischen Immigration. Mohammed Abdullah, Mitglied des Hauptvorstandes der Front, erklärte mir in einem Gespräch in Huf: "Wir betrachten die Frage der iranischen Einwanderung in die Emirate am Golf nicht mit einer chauvinistischen Optik. Viele iranische Einwanderer sind Proletarier sehr bescheidener Herkunft, die aber beeinflusst sind durch die Ideologie der herrschenden iranischen Klassen, die die Annexion des Archipels von Bahrein durch den Iran fordern. Wir bemühen uns, einen internationalistischen, gemeinsamen Kampf von arabischen und iranischen Proletariern gegen den Imperialismus, die arabische Reaktion, die iranische Autokratie und den Erdölkapitalismus in den Emiraten zu entwickeln." Wie die nationalistischen arabischen Bewegungen hält die Front die Benennung "Persischer Golf" für eine Erfindung Großbritanniens, die"die annexionistischen Ansprüche des Schah-Regimes auf Bahrein und andere Gebiete am Golf ausdrückt, in denen versucht wird, beim Abzug der Briten eine ähnliche Situation wie in Zypern zu schaffen, indem die iranische Immigration systematisch gefördert wird". Aber im Gegensatz zu den Baathisten interessiert sich die Front wenig für die Frage von "Arabestan", Khuzestan nach der offiziellen iranischen Bezeichnung, wo eine starke arabische Minorität lebt. Der Hauptvorstand der Front (qiyada amma) setzt sich aus 25 Mitgliedern zusammen, von denen 24 an den Kämpfen teilnehmen. Er ist eingeteilt in 4 Kommissionen zu 5 Mitgliedern, für politische, militärische, ökonomische und Organisationsfragen und ein Exekutivkommitee zu 5 Mitgliedern. Militärisch ist der Dhofar eingeteilt in drei Fronten, Westen, Zentrum, Osten, mit einer Reihe von Brigaden (firqa) mit jeweils einem politischen Kommissar (murshid siyassi), die sich durch außerordentliche Mobilität und das völlige Fehlen von Bürokratie auszeichnet. An der Seite der Volksbefreiungsarmee haben die Volksmilizen,in denen auch Frauen sind, vor allem die Aufgabe, die Dörfer zu schützen und zu verwalten, Informationen zu sammeln und Verwundete zu transportieren. Die Bewaffnung ist russisch (Klaschinkow), chinesisch und britisch. Nach der Befreiung des Küstenortes Delkut und kurz darauf Rakhyut (23.8.69), das ich wenige Tage vor einem Terrorangriff der biritischen Luftwaffe (13.9.) besuchen konnte, und nach der Gefangennahme des dortigen Gouverneurs (Wali), den ich mit 15 belutschischen Söldnern in einem Lager der Front in Südjemen eintreffen sah,ist die Westfront vollständig befreit. Die Kämpfe toben jetzt täglich an der mittleren Front nördlich von Salalah. Die Guerrillas sind zur Offensive übergegangen und verstärken systematisch den Druck auf die Aussenlager der britischen Armee, die sie aufgeben muß wie das von Astat an der Westfront,das ich besucht habe. Die Verluste an Menschenleben sind relativ gering, denn die Bevölkerung flieht aus den befreiten Dörfern in die Ber-

ge und Höhlen um sich vor solchen Repressalien durch die britische Luftwaffe zu schützen, wie im Falle von Rakhyut. Aber die lokale Verwaltung versucht die Bevölkerung in den Gegenden, die in den Händen der Guerrillas sind auszuhungern und es gibt viele politische Gefangene in der finsteren Zitadelle von Djalali in Maskat. Es fehlt sehr an Ärzten und Sanitätern und die Verwundeten müssen auf dem Rücken in den Südjemen gebracht werden. In den befreiten Gebieten ist das Land Gemeineigentum und die Stammeschefs sind entmachtet. Der Großgrundbesitz ist selten und liegt in den Händen der Familie des Sultan. Die Front interessiert sich besonders für die Frauenemanzipation, die sie für ein entscheidendes Kriterium für jede wirkliche soziale Revolution hält.

Man könnte sich fragen, warum Großbritannien sich so erbittert im Dhofar festbeisst und dort seinen letzten Kolonialkrieg führt, nachdem es erklärt hat, dass es sich 1971 vom Golf zurückziehen wolle. Das liegt daran, daß die Volksfront für die Befreiung des besetzten Arabischen Golfs den gesamten status quo in diesem Gebiet bedroht. Sie hat offen ihre Absicht erklärt, den Guerrillakrieg auf alle Emirate am Golf auszudehnen und verfügt bereits über eine politische Schwesterorganisation, die Revolutionäre Bewegung im Oman und am Arabischen Golf, die besonders unter den Erdölarbeitern stark ist. Großbritannien will weniger die Guerrilla imDhofar vernichten, als diese "Rote Basis" vor den Toren von Saudi-Arabien von den immensen Erdölreichtümern am Golf fernhalten, um die längst der Kampf zwischen revolutionären und konservativen Kräften entbrannt ist. Die Reaktion bemüht sich jetzt angesichts der drohenden Gefahr, ihre zweitrangigen Rivalitäten auszugleichen, um den harten und verbissenen Kampf führen zu können.

Jean-Pierre Viennot



Anmerkungen:

(1) Zum Programm des linken Flügels der FNL vgl. die französische Zsch. "Orient", Nr. 43 und 44, 1967

(2) Kharedjismus: Vom sunnitischen Islam abgespaltene Sekte, die für ein Wahlsultanat anstelle des erblichen eintritt. Die Sekte ist heute noch in Djerba, im Djebel Nefussa (Lybien), in Uarfa und im Mzab (Algerien), in Oman und in Sansibar, das 1861 durch die Engländer von Oman abgetrennt wurde, vertreten. Der Exsultan von Sansibar war übrigens ein Vetter des Sultans von Maskat.

(3) Frankreich hatte bis 1920 ein Konsulat in Maskat.

(4) vgl.: James Morris, Sultan in Oman, London (Faber), 1957

(5) Weiß mit einem roten Schwert in der Mitte, über dem ein Koranvers steht:"Eine Hilfe Gottes, und der Sieg rückt nahe." Die Flagge des Sultans ist rot, die der Guerrillas im Dhofar schwarz, weiß, rot in Längsstreifen.

Bilanzanalyse der Schnellpresse (Heidelberger Druckmaschinen AG)

Die Bilanzanlyse der "Schnellpresse AG" wurde in den ROTEN KOMMENTAREN , einer regelmässig für die Heidelberger Betriebe erscheinenden Zeitung des SDS, veröffentlicht. Ein erfolgreicher Streik bei der "Schnellpresse ", der von uns durch informative Flugblätter vor allen Heidelberger Betrieben unterstützt worden war, ging diesem Artikel voraus. Wie wichtig objektive Information über Profit und Ausbeutung ihrer Betriebe für die Arbeiter sind, haben wir aus den Septemberstreiks gelernt. Diese Informationen zu erarbeiten ist die minimale Pflicht sozialistischer Intellektueller.

Es müssen aber nicht nur Informationen wie z.B. Bilanzanalysen erarbeitet werden; vielmehr müsste auch an der Darstellungsweise gearbeitet werden, um mittels solcher Informationen, die ja zum Teil auf komplizierten Daten beruhen, die Ausbeutungsverhältnisse transparent zu machen und Entwicklungstendenzen aufzuzeigen. Aus.diesem Grunde scheint eine überregionale Veröffentlichung sinnvoll.

Den Anstoss für eine Bilanzanalyse erhielten wir aus der ROTEN PRESSEKORRESPONDENZ Nr.42. Diese zu verbessern schien uns vor allem in einem Punkt nötig: Wenn man Schätzungen macht, und darauf sind wir angewiesen, dann müssen diese begründet sein. Dies gilt in Kritik des RPK-Artikels vor allem für die überhöhten Abschreibungen. Wir haben die zulässigen Abschreibungen geschätzt und begründet aus den Bedingungen der Produktion, d.h. Schätzung des tatsächlichen Verschleisses je nach Verschiedenartigkeit der Anlagen verschieden, und haben ausserdem versucht an Hand der ausgewiesenen Investitionen einerseits und der Verschuldung andererseits die Eigenfinanzierung herauszubekommen, die ungefähr den Abschreibungsüberhöhungen plus verschiedenen Rücklagen (Sozialfonds etc.) entsprechen müssen. Dadurch wird die Analyse glaubwürdiger und leichter verständlich. Wie die RPK-Analyse haben wir auf die Wert-Preis-Problematik verzichtet, was sowohl bei Einzelanalysen mittlerer Industriebetriebe und bei Globalanalysen gerechtfertigt erscheint.

Eine Woche vor Weihnachten traten die Arbeiter der Schnellpresse in den Streik, nachdem die Direktion sich nicht bereit gefunden hatte, 65 % des Lohnteils, der den Arbeitern nach Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung zustand, zu zahlen. Nachdem die Direktion 14 Monate lang diesen Lohnanteil zurückgehalten hatte, und die Arbeiter damit einen zinslosen Kredit zu leisten gezwungen waren, hatte die Unternehmensleitung gewagt, den Streik gegen diese Machenschaften mit einer Aussperrung zu beantworten. Aber die Unternehmensleitung konnte diesen Schritt nur einen halben Tag und eine Nacht durchhalten, weil die Arbeiter geschlossen Widerstand leisteten. Die Direktion mußte zahlen, auch den Streikausfall. Dass sie zahlen konnte, zeigt die Bilanzanalyse der Schnellpresse. Sie basiert zwar noch nicht auf den Zahlen von 1969, aber das Jahr 69 wird für das Unternehmen nicht schlechter gelaufen sein, als die Jahre davor. Die Bilanzanalyse soll die wirklichen Ausbeutungsverhältnisse und die gewaltigen Profite aufzeigen. Die Schnellpresse ist aber kein Sonderfall, vielmehr ein ganz durchschnittlicher, was wir anhand weiterer Bilanzanalysen Heidelberger Unternehmen noch beweisen werden.

Die kapitalistischen Unternehmungen, insbesondere Aktiengesellschaften, müssen Bilanzen erstellen und veröffentlichen, damit verhindert wird, daß die Kapitalisten sich untereinander bescheißen. Obwohl sie das natürlich auch tun, vornehmlich betrügen die großen die kleinen Kapitalisten, kann die Kapitalistenklasse als ganze ihren Profit nicht durch Betrug der Kapitalisten untereinander machen. Bilanzen dienen also dazu, den Kapitalisten untereinander mehr Sicherheit zu geben, vor allem den Aktionären, die ja kaum an den Betriebsentscheidungen beteiligt sind. Keinen Aufschluß aber geben die Bilanzen über die wirklichen Quellen des Profits: die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Für die Information der Arbeiter sind die Bilanzen nicht geschaffen, und in den Betriebsversammlungen, in denen die Unternehmer laut Betriebsverfassungsgesetz einen Überblick über die Wirtschaftslage des Unternehmens geben sollen, wird meist noch weniger gesagt, als in den Bilanzen steht.

Wenn wir nun versuchen aus den Bilanzen die wirkliche Ausbeutung der Arbeiter herauszufinden und die tatsächliche Höhe des Profits, müssen wir den Weg des Bilanzbuchhalters von den Verhältnissen der Produktion bis zum verschleierten Kunstgebilde der Bilanz wieder zurückgehen zu den tatsächlichen Ausbeutungsverhältnissen in der Produktion. Die Bilanz der Schnellpresse nehmen wir als Beispiel für einen florierenden Betrieb mittlerer Größe, und zwar die Bilanzen und Ertragsrechnungen der Jahre 1966/67/68. Die neueste Bilanz ist noch nicht veröffentlicht.

1. Besitzverhältnisse

Über die Hälfte des Aktienkapitals der Schnellpresse gehört der Rheinelektra, einem Elektro-Energie-Konzern, der wiederum zu über 60% der Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft gehört. Letztere wird

über Aktien mit erhöhten Stimmrecht von der öffentlichen Hand kontrolliert. Die Rheinisch-Westfälische-Elektrizitäts AG ist der mächstigste und expandierendste Elektro-Energie-Konzern der BRD. Seinen Aktionären zahlt er jährlich eine 16%ige Dividende auf das Grundkapital.

2. Gewinn

Die Schnellpresse weist in ihren Bilanzen jährlich einen Gewinn von 6,4 Mio DM aus. Dieser Betrag wird als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. Wie bei der Muttergesellschaft entspricht das 16% des Grundkapitals. Aber diese 6,4 Mio sind nur ein Bruchteil des tatsächlichen Profits.

3. Investitionen

Ein großer Teil des tatsächlichen Profits wird in das Unternehmen direkt investiert, was den tatsächlichen Wert des Aktienkapitals weit über den Wert des Grundkapitals erhöht. 1966 investierte die Schnellpresse 39,1 Mio, 1967 44,8 Mio und 1968 64,3 Mio DM.
Diese Investitionen teilen sich in Ersatzinvestitionen und Neuinvestitionen. Durch die Investitionen muß der Verschleiß der alten Maschinen und sonstigen Anlagen ersetzt werden (Ersatzinvestitionen). Was über diese Ersatzinvestitionen hinausgeht, sind Neuinvestitionen, d.h. sind akkumulierter Profit.

4. Abschreibungen

Abschreibungen sind die Beträge, die von den Gesamtinvestitionen abgezogen werden müssen für den Verschleiß der alten Anlagen, müßten also den Ersatzinvestitionen entsprechen. Die gesamten Investitionen, abzüglich der Abschreibungen, ergeben den akkumulierten Profit. Die Abschreibungen werden aber in den Bilanzen immer um ein Vielfaches zu hoch angegeben, um den Wert der Anlagen möglichst niedrig erscheinen zu lassen und den akkumulierten Profit, den Teil des Profits, der produktiv dem Unternehmen verbleibt, möglichst klein erscheinen zu lassen. Die Überhöhung der Abschreibungen wird außerdem durch Steuergesetze begünstigt. Für die Abschreibungen braucht der Unternehmer nämlich keine Steuern zu zahlen.
Sind die Abschreibungen erhöht, so wird damit der Verschleiß der Maschinen größer angegeben als er ist. Eine Maschine wird z.B. in fünf oder weniger Jahren abgeschrieben, obwohl mit ihr zehn Jahre produziert wird.
Sind die Abschreibungen nun fast ebenso hoch angesetzt wie die Investitionen, wie in den Bilanzen der Schnellpresse, so wird damit vorgetäuscht, die Investitionen ersetzten nur den Verschleiß der alten Anlagen, obwohl sie tatsächlich die Produktionsanlagen erweitern und technisch verbessern, wodurch mehr Arbeiter billiger ausgebeutet werden können.
In der Bilanz der Schnellpresse erscheint z.B. 1966 für Bauten und Grundstücke ein Wert von 1 DM. Wir wissen zwar, daß die Schnellpresse die meisten Erschließungskosten auf die Gemeinde Wiesloch abgewälzt hat, weshalb diese jetzt auch prozessiert; dennoch wird niemand sagen können, daß die Gebäude und Grundstücke 1966 nur noch 1 DM wert waren, nur weil sie die Schnellpresse so wenig gekostet haben. Im gleichen Jahr investiert nun die Schnellpresse 6,4 Mio in Bauten und Grundstücke und schreibt in der Bilanz diese 6,4 Mio im gleichen Jahr wieder voll ab, sodaß trotz der gewaltigen Investitionen nur wieder 1 DM für den Wert der Bauten und Grundstücke der Schnellpresse ausgewiesen ist.

5. Zulässige Abschreibungen

Rechnet man eine durchschnittliche Lebensdauer der Gebäude von 30 Jahren und sieht einmal davon ab, daß Grundstücke überhaupt nicht verschleißen und sogar ständig höhere Preise wegen der Bodenspekulation erzielen, so wurde in der Bilanz von 1966 bei Gebäuden und Grundstücken 6,2 Mio zuviel abgeschrieben und damit ein Profitanteil verschleiert, der schon fast genauso groß ist wie der ausgewiesene Gewinn von 6,4 Mio. Zulässige Abschreibungen bei Grundstücken und Gebäuden sind jährlich 1/30 des Wertes, also hier 0,2 Mio, wobei wir davon absehen, daß schon der Ausgangswert zu niedrig angesetzt ist und nur die hinzugekommenen Investitionen abgeschrieben werden.
Bei Maschinen sind wir in unserer Analyse von einer durchschnittlichen Lebensdauer von 10 Jahren ausgegangen. Zulässige Abschreibungen bei Maschinen wären also der zehnte Teil des Maschinenwertes und der Investitionen.
Für Werkzeuge und Geschäftsausstattungen haben wir eine durchschnittliche Lebensdauer von 5 Jahren angenommen, wobei die Werkzeuge wohl z.T. eine geringere Lebensdauer, die Geschäftsausstattungen höhere Lebensdauer besitzen (geschätzte Durchschnittslebensdauer).
Im Jahr 1966 hat die Schnellpresse insgesamt 34,5 Mio, 1967 32,6 Mio, 1968 42,1 Mio DM abgeschrieben. Nach unseren Berechnungen hätte sie 1966 nur 24 Mio, 1967 15,7 Mio und 1968 22,8 Mio DM abschreiben dürfen. Allein durch überhöhte Abschreibungen hat sie also 1966 einen Profitanteil von 10,5 Mio, 1967 von 16,9 Mio und 1968 von 19,7 Mio verschleiert und in dem Betrieb einbehalten.

6. Sozialfonds

Die Schnellpresse unterhätl einen Sozialfonds für Pensionszahlungen etc. Für Pensionen wendet sie jährlich zwischen 400.000 und 500.000 DM auf. In den Sozialfonds zahlt sie aber jährlich wesentlich mehr ein, als sie tatsächlich auszahlt. Über diesen Betrag kann sie verfügen. Er stellt einen Teil des Profits dar, der außerdem steuerbegünstigt ist, und diese Steuervergünstigung und nicht das "soziale Anliegen" sind der Grund für die Einrichtung eines Sozialfonds. Abzüglich der geleisteten Pensionszahlungen hat die Schnellpresse 1966 3,3 Mio, 1967 2 Mio und 1968 8,7 Mio an Profit durch die Erhöhung des Sozialfonds verschleiert und zur Verfügung des Betriebs einbehalten.

7. Rückstellungen

Sie sind ebenfalls einbehaltener Profit. 1968 waren es 2 Mio DM.

8. Überprüfung der Schätzungen

Ob unsere Schätzung der einbehaltenen und verschleierten Profite richtig ist, können wir durch folgende Rechnung überprüfen. Ziehen wir von den ausgewiesenen Forderungen (Schulden der Kunden und Lieferanten etc.)

	1966	1967	1968
Gesamtumsatz incl. Zinserträge etc.	252 163 325.-	254 807 306.-	304 504 128.-
- Materialeinsatz (c 1)+	98 299 085.-	89 615 229.-	102 287 992.-
	153 864 240.-	165 192 077.-	202 216 136.-
- zulässige Abschreibung (tatsächlicher Verschleiss der produkt. Anlagen) (c 2)+	24 025 856.-	15 733 762.-	22 870 466.-
- zulässige sonstige Aufwendungen (c 3)+	9 002 321.-	15 469 105.-	15 243 331.-
Neuwertschöpfung (v+m)	120 836 063.-	133 989 210.-	164 102 339.-
- Löhne und Gehälter + soziale Abgaben (v)+	73 990 411.-	76 234 402.-	89 894 730.-
Profit (m)	46 845 652.-	57 754 808.-	74 207 509.-
vom Profit gehen an:			
Aktionärskapitalisten, hauptsächlich Muttergesellschft.	6 400 000.-	6 400 000.-	6 400 000.-
an das Bankkapital	692 000.-	569 524.-	287 719.-
an den kapitalistischen Staat, (Steuern)	16 263 510.-	13 828 478.-	23 624 664.-
insgesamt nicht im Betrieb verbleibend A	23 255 510.-	20 798 002.-	30 312 383.-
Sozialfonds	3 300 000.-	2 000 000.-	8 700 000.-
Rückstellung		2 000 000.-	
Abschreibungsgewinn	10 600 000.-	16 800 000.-	19 200 000.-
insgesamt im Betrieb verbleibend B	13 900 000.-	20 800 000.-	27 900 000.-
Rest, verschleierte Einkommen u. ähnliche Kosten ca.	9 690 000.-	16 157 000.-	15 995 000.-
Mehrwertrate = Ausbeutungsrate $\frac{\text{Profit}}{\text{Löhne}} = \frac{m}{v}$	64 %	77 %	80 %
Das heisst:	40 %	43 %	45 % der

Arbeitszeit wird für den Profit der Kapitalistenklasse gearbeitet. Also fast die Hälfte der Arbeitszeit.

Profitrate $\frac{\text{Profit}}{\text{Kapitaleinsatz}} = \frac{m}{c+v}$	23 %	29 %	34 %

+ c 1 + c 2 + c 3 = konstantes Kapital
v = variables Kapital

die Verbindlichkeiten (Schulden bei Lieferanten und Kunden etc.) und die Bankkredite ab, so haben wir die Summe der Verschuldung des Unternehmens. Mit diesen Schulden konnte ein Teil der Investitionen finanziert werden. Der Betrag, der nicht durch die Schulden gedeckt ist, ergibt die Selbstfinanzierungssumme der Investitionen des Unternehmens. Er muß ungefähr so groß sein, wie die Summe der einbehaltenen und verschleierten Profite aus überhöhten Abschreibungen, Sozialfonds und Rückstellungen. Diese Überprüfung ergibt, daß unsere Schätzung noch für 1966 um ca. 2 Mio zu gering, 1967 um 8 Mio zu hoch und 1968 um 0,6 Mio zu niedrig waren. Für 1968 haben wir zumindest eine Schätzung, die 98% genau ist.

PROFIT UND AUSBEUTUNG

An Hand der Gewinn- und Verlustrechnung können wir jetzt die Verhältnisse etwas genauer bestimmen. (siehe Tabelle)

Vom Umsatz ziehen wir die Kosten ab, aber nur diejenigen, die wir als tatsächliche Kosten angenommen haben. Zunächst einemal ziehen wir den Materialeinsatz ab, sodann die geschätzten zulässigen Abschreibungen, also die Verschleißkosten der Produktionsmittel, die in der Produktion notwendig ersetzt werden müssen, und die Hälfte der sonstigen Aufwendungen.

9. Sonstige Aufwendungen

Sie sind in den Bilanzen meist sehr große Posten, die nicht näher aufgeschlüsselt werden. In diesem Posten sind Werbungskosten, die Spesen für Direktoren und Aufsichtsräte, die unbedingt zum Profit gerechnet werden müssen. Es sind zwar tatsächliche Kosten, aber Kosten, die untrennbar mit dem kapitalistischen System verbunden sind, die den Kapitalisten ihre Kommandoarbeit verschönern und beträchtlich zu ihrem Einkommen beitragen. Es erscheint daher realistisch die Hälfte dieses nicht aufgeschlüsselten Betrages dem Profit zuzurechnen.

10. Wertschöpfung

Haben wir diese Posten vom Umsatz abgezogen, die dem entsprechen, was bei Marx konstantes Kapital (c) heißt, so erhalten wir den Neuwert, der durch die lebendige Arbeit erzeugt worden ist. Dieser Neuwert wird im kapitalistischen System zwischen Kapital und Arbeit geteilt, wobei die Kapitalistenklasse den Arbeitern nur soviel zugesteht, wie zur Erhaltung der Arbeitskraft und ihrer Fortpflanzung vonnöten ist. Dieser Anteil freilich wechselt je nach dem kulturellen Niveau (Lebensstandard) und nach der Intensität des Klassenkampfes, der Stärke der Arbeiterklasse im Kampf mit dem Kapital. Freilich ist das Verhältnis von Lohn und Profit auch unterschiedlich je nach Größe und Ertragsfähigkeit des Betriebs.

11. Ausbeutungsrate und Profit

Bei der Schnellpresse ist die Ausbeutungsrate (das Verhältnis Profit zu Lohn) 1966 64%, 1967 77% und 1968 80%. Wie sehr die Produktivkraft der Arbeit erhöht und die Ausbeutung verschärft wurde, wird deutlich, wenn man errechnet, daß 1966 die Arbeiter 40% ihrer Arbeitszeit für den Profit des Kapitals, 1967 schon 43% und 1968 45% gearbeitet haben.

Der wachsende Anteil der Profite am Neuwert, erklärt sich durch die rapide Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, sowohl bedingt durch die Einführung neuer Maschinen, als auch der Intensivierung der Arbeit. Auch die Profitrate, also das Verhältnis von Profit zu gesamtem Kapitaleinsatz hat sich von 1966 23% bis 1968 auf 34% erhöht. Vergleicht man den tatsächlichen Profit mit dem in der Bilanz ausgewiesenen Gewinn von 6,4 Mio, so kann man erkennen, daß der ausgewiesene Gewinn 1968 schon weniger als 10% des wirklichen Profits ausmacht.

12. Profitanteile der verschiedenen Funktionen des Kapitals

Vom Profit erhalten zunächst die Aktionärskaptialisten einen Teil, sodann die Direktoren, Aufsichtsräte, sodann das Bankkapital in Form von Zinsen für vorgeschossenes Kapital.

Der kapitalistische Staat erhält auch seinen Teil. Er sorgt für die Sicherheit der Unternehmungen des Kapitals und schützt es vor den berechtigten Ansprüchen der Lohnarbeit. Dafür müssen die Lohnarbeiter selbst noch arbeiten, wobei festzuhalten ist, daß die Steuerbelastung der Lohnabhängigen weit schneller zunimmt, als die des Kapitals. Das kann man schon in der Bilanz erkennen. 1967 betrug der Steueranteil des Kapitals fast 3 Mio weniger als 1966, obwohl das Unternehmen sowohl seinen Umsatz als auch seinen Profit kräftig erhöhen konnte. Überhaupt kann man sagen, daß die Schnellpresse im Jahr der Rezession von der Krise durch Steuererleichterung und Lohnstop profitiert hat. Ähnlich wie die großen Monopole hat die Schnellpresse an der Krise nur gewonnen. Der Streik vor Weihnachten zeigte, daß die Arbeiter der Schnellpresse die Situation richtig einschätzen.

13. Die weitere Entwicklung

Sobald die Bilanz für 1969, wahrscheinlich Mitte Juni, veröffentlicht sein wird, werden wir die Analyse fortsetzen und vor allem die Auswirkungen der analytischen Arbeitsplatzbewertung untersuchen.

Burkhart Braunbehrens

Das "Gutachten" der Rechtsanwaltskammer gegen E.Becker und Richter Orlets Menschenwürde

I.

Nache einem einjährigen Verzögerungsmanöver (Beckers Antrag auf Zulassung wurde am 29.1.69 gestellt) hat sich nun die Anwaltskammer zu dem gesetzlich vorgeschriebenen "Gutachten über die Eignung des Antragstellers als Rechtsanwalt" durchgerungen. Die Anwaltskammer wäre zur Fertigung dieses "Gutachtens" (das dem Betroffenen überhaupt erst den Rechtsweg eröffnet) innerhalb von 2 Monaten nach dem Antrag auf Zulassung verpflichtet gewesen. Im Fall M. Becker ist dies "Gutachten" immer noch nicht angefertigt. Auf die Stellungnahme Beckers vom 1.6.69 gegen das Vorgehen der Anwaltskammer (Rotes Forum 4/69) hat das Justizministerium am 26.9.69 die Anwaltskammer ausdrücklich angewiesen, das Gutachten zu erstellen. Auf diese Anweisung hat der Kammervorstand mit einem bloßen Fragenkatalog an die Antragsteller geantwortet. In dem Antwortschreiben der Bewerber hatte es damals einleitend geheißen:

"Das Schreiben der Rechtsanwaltskammer vom 7.Nov. 69, für dessen Erstellung sie ganze 2 Monate und 2 Wochen benötigte, stellt dem Inhalt nach keine Mitteilung von Hinderungsgründen und kein Gutachten im Sinne des § 8 Abs. III BRAO dar. Wir erwarten daher, dass das Justizministerium die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ausspricht. Diese Erwartung jedoch kann leicht getäuscht werden; zumal das Justizministerium selbst schon den Strafcharakter des ganzen Manövers hervorhebt und vom 'Zulassungsverfahren gegen die Bewerberin' (Schreiben vom 26.8.69) spricht. Diese Skepsis veranlasst uns, auf die Fragen zu antworten, die zu beantworten uns die Rechtsanwaltskammer auffordert."

II.

Der Kammervorstand unterscheidet in seinem Gutachten zwischen "Vorfällen", die er beurteilen kann und solchen, die eine Berücksichtigung nicht gestatten. Die Vorfälle vom 10. Januar im AStA Heidelberg, die angebliche Begünstigung durch Begleitung der Stadthallenangeklagten zur Mensa am 9.1.69 sowie eine Demonstration vor dem Landesgefängnis Mannheim kann der Kammervorstand nicht beurteilen, weil keine rechtskräftigen Urteile vorliegen bzw. das Justizministerium den Sachverhalt noch nicht ermittelt hat. Das Gleiche gilt nicht für die übrigen Vorwürfe, obwohl auch dort wegen Beleidigung und wegen falscher Anschuldigung ebensowenig ein rechtskräftiges Urteil vorliegt wie wegen Landfriedensbruch (angebliches Werfen eines Eies an das Gebäude des Landgerichts).

Der Kammervorstand meint, "die Beschuldigung der Rechtsbeugung ist der schlimmste Vorwurf, der einem Richter überhaupt gemacht werden kann." "Schlimm" ist aber wohl weniger der Vorwurf, als Orlets Rechtsbeugung selbst und "schlimm" ist der Vorwurf des Kammervorstandes, der darauf hinausläuft, Becker habe die Anschuldigung der Rechtsbeugung erhoben, obwohl dies ein schwerer Vorwurf gegen einen Richter ist. Die Anwaltskammer hat die Möglichkeit - ja, die Pflicht, im Rahmen ihres gesetzlichen Ermittlungsauftrags - sich über die Verfahren durch Akteneinsicht zu informieren. Die Anwaltskammer hat sich mit der bloßen "Mitteilung" der Staatsanwaltschaft begnügt, es schwebe ein Ermittlungsverfahren wegen falscher Anschuldigung. Sie hielt es für ganz legitim, daß die Staatsanwaltschaft ein solches Ermittlungsverfahren anstrengt nur "deshalb, weil Eberhard Becker mit anderen den Amtsgerichtsrat Orlet der Rechtsbeugung bezcihtigt habe" ("Gutachten" I, 4). Natürlich war die Anzeige wegen Rechtsbeugung ausführlich begründet. Die begründete Anzeige gegen Orlet befindet sich in den Akten der Staatsanwaltschaft Heidelberg - 13 Js 4856/69 - gegen Orlet wegen Rechtsbeugung ebenso wie in den Ermittlungsakten wegen falscher Anschuldigung gegen Becker, die auch noch eine zusätzliche Begründung der Vorwürfe gegen Orlet enthalten.

III.

Zu der Anzeige wegen Rechtsbeugung kam es wegen des Verhaltens Orlets gegenüber 7 am 10. Januar 69 festgenommenen Studenten, denen gegenüber er als Haftrichter fungierte. Schon der Haftbefehl gegen die Studenten Mengel und Vatter war rechtswidrig ergangen. Der Vorwurf der Rechtsbeugung durch Orlet wurde u.a. wie folgt begründet (z.B. Schreiben v. 29.12.69):

"Hinsichtlich der Antragsteller Mengel und Vatter begründete der Beschuldigte (Amtsgerichtsrat Orlet) den dringenden Tatverdacht wie folgt:

> Der dringende Tatverdacht ergibt sich aus den Wahrnehmungen des POK Stetzelberger von der Schutzpolizei Heidelberg, der die Wegbringung durchgeführt hat, in Verbindung mit den Aussagen des POM Friedrich, des PM Ehrbacher und des PM Böhm, denen der Beschuldigte mit weiteren 6 vorläufig festgenommenen Mittätern übergeben wurde und die auch die Personalien der vorläufig festgenommenen Personen festgestellt haben.

Das heißt, der Beschuldigte hat die Tatsache der polizeilichen Festnahme als Verdachtsgrund gewertet. Der POK Stetzelberger hat insofern in seinem Bericht vom 10.1.69 ausgeführt:

> Bei zwei in das Landesgefängnis Mannheim - U-Haftanstalt - eingelieferten Personen war bei der Gegenüberstellung nicht abzuklären, gegen welche Beamten sie aktiven Widerstand geleistet hatten. Dazu wird festgestellt, dass nur Personen wegtransportiert wurden, die Widerstand geleistet haben. Über eine Befragung der am Einsatz noch beteiligten weiteren Beamten wird zu klären versucht, gegen wen der Widerstand geleistet wurde.

Der PM Friedrich hat am 10.1.69 vor der Kriminalpolizei ausgesagt:

Wir hatten den Auftrag, festgenommene Personen mit Einsatzfahrzeugen ins Landesgefängsnis Mannheim zu verbringen. Unmittelbar nach 6 Uhr wurden nacheinander 7 Festgenommene aus dem Gebäude des AStA gebracht und in die zum Abtransport bestimmten Fahrzeuge verbracht. Es wurde uns hierzu von POK Brömmer bindend erklärt, dass diese 7 Mann aktiven Widerstand bei der Durchsuchung der AStA-Räume geleistet hätten...

Der Polizeimeister Böhm bekundete in dieser Hinsicht am 10.1.69:

Etwa gegen 6:10 Uhr wurde uns zugerufen, dass Festgenommene zum Gefangenenfahrzeug gebracht werden. Kurz nacheinander wurden 4 männliche Personen zum Fahrzeug geführt, die im Fahrzeug untergebracht wurden. Von POK Thurmann erhielten PM Zimermann und ich den Auftrag, die wegen Widerstands festgenommenen 4 Personen in die Haftanstalt Mannheim zu verbringen. Diesen Auftrag führten wir auch durch.

Der PM Ehrbacher schildert seine Erlebnisse schliesslich wie folgt:

Etwa 10 Minuten nach Beginn des Einschreitens im Gebäude wurden nacheinander 7 Personen von Polizeibeamten zu uns geführt. Es wurde uns erklärt, dass diese Personen festgenommen sind und ins Landesgefängnis Mannheim eingeliefert werden sollen. 4 der Festgenommenen wurden in den Gefangenentransportwagen der Polizeidirektion Heidelberg und 3 in einem Kombiwagen weggefahren. Die Feststellung der Personalien erfolgte erst in Mannheim...

Dem Beschuldigten war auf Grund seiner jursitischen Ausbildung bekannt, dass die Tatsache der Festnahme durch die Polizei keinerlei Beweiswert hat und nicht einmal als Verdachtsmoment geeignet ist, da die Aufgabe des Haftrichters gerade darin besteht, die Maßnahmen der Polizeivollzugsorgane und der Strafverfolgungsorgane auf ihre Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen. Die Institution des Haftrichters ist gerade deshalb geschaffen worden, weil willkürliche Verhaftungen durch die Polizei die Regel bildeten und alle Bürger gleichermaßen durch diese willkürliche Polizeipraxis gefährdet waren. Selbst wenn der Beshuldigte nicht gewusst haben sollte, dass der von dem Zeugen Friedrich erwähnte POK Brömmer an dem Einsatz gegen den Heidelberger AStA überhaupt nicht teilgenommen hat, war ihm doch bei Erlass des Haftbefehls gegen ... Mengel und Vatter bewusst, dass gegen diese keinerlei Tatverdacht durch Tatsachen und Beweismittel belegt werden konnte. (...)

Am 16.1.69 fand im Landesgefängnis Mannheim durch den Beschuldigten eine Haftprüfung statt, in deren Verlauf ausweislich des Sitzungsprotokolls vom 16.1.69 der Verteidiger des ... (verhafteten Studenten) Bregler eine Kaution in Höhe von DM 10 000,-- bis DM 15 000,-- anbot und darauf hinwies, dass eine Fluchtgefahr schon deshalb ausscheide, weil... Bregler am 26.2.69 eine wichtige mündliche Prüfung für das Staatsexamen absolvieren müsse und im Falle der Versäumnis alle früheren Prüfungen hinfällig werden würden. Der Beschuldigte (AGR Orlet) bestätigte sämtliche Haftbefehle. (....!)

Dass weder die Staatsanwalt schaft noch der Beschuldigte die Bekundigungen der Zeugen Böhm, Friedrich und Ehrbacher als ausreichend im Sinne eines dringenden Tatverdachts erachteten ergibt sich mit aller wünschenswerten Klarheit aus dem Einstellungsbescheid vom 4.9.69, da heißt es:

Als dann auch die am 21.1.69 durchgeführte 2. Gegenüberstellung keine konkreten Verdachtsmomente (!) gegen die Beschuldigten Vatter und Mengel ergab, wurden diese unverzüglich auf freien Fuß gesetzt!

Wenn Worte einen Sinn haben, kann dieser Satz nur bedeuten, dass auch nach der Auffassung der Staatsanwaltschaft die Bekundungen der Zeugen Böhm, Ehrbacher und Friedrich hinsichtlich ... Mengel und Vatter keine "konkreten Verdachtsmomente" ergaben und eine Untersuchungshaft nicht rechtfertigen konnten.

Die Behauptung der Staatsanwaltschaft... dass keinesfalls Anhaltspunkte dafür ersichtlich seien, dass der Beschuldigte (Orlet) sich bei seinen Entscheidungen bewusst über irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen hinweggesetzt habe, ist für den Beschuldigten durchaus ehrenrührig. Ihm wird damit nämlich nicht nur völlige Unfähigkeit sondern auch noch Rechtsblindheit bescheinigt..."

IV.

Zurück zum "Gutachten" selbst: In der Tat kennt "der Bewerber... als Rechtskundiger die durch Verfassung und Gesetz eröffneten Wege zur Befürwortung einer Änderung der bisherigen rechtlichen Ordnung in eine von ihm für besser gehaltene." So hat er z.B. den "durch Verfassung und Gesetz eröffneten Weg" der Strafanzeige gegen einen der Rechtsbeugung im Rahmen der politischen Justiz Verdächtigen gewählt, um die politische Justiz zu bekämpfen. Diese hat darauf konsequent mit Berufsverbot und Anzeige wegen falscher Anschuldigung reagiert.

V.

Zum Vorwurf der Verletzung der Menschenwürde ist zu sagen: die "Verfassung", die die Vertreter der politischen Justiz zitieren, hat zum Artikel 1:

(1) Die Richter Orlets sind unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Rechtshilfefonds: Volksbank Heidelberg 9980

Rechtsanwaltskammer Karlsruhe
75 Karlsruhe
Erzbergerstr. 2 - Tel. 71997

An das
Justizministerium
7 Stuttgart 1
Schillerplatz 4

den 22. Dez. 1969

Pers. Akt.

Betr.: Zulassung zur Rechtsanwaltschaft;
hier: Assessor Eberhard Becker
in Heidelberg, Hans Thoma-Str.45

Dortiges AZ.: P 68/Becker Eberhard

Der Kammervorstand nimmt zum Antrag des Herrn Assessors Eberhard Becker auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht Heidelberg wie folgt Stellung:

I.

Die dem Kammervorstand überlassenen Akten und Mitteilungen ergeben nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen folgenden Sachverhalt:

1. Der Gesuchsteller war wegen Widerstandes vor dem Schöffengericht Heidelberg angeklagt. Gegen ihn und andere Angeklagte fand am 25.7.1969 die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht Heidelberg statt. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

   Gegen dieses Urteil hat die Staatsanwaltschaft Heidelberg Revision eingelegt. Diese ist gestützt auf die Entscheidung des BGH vom 8.8.1969 - NJW 1969, S. 17/170.

2. Zu den Ermittlungsakten der Polizeidirektion Heidelberg - Kriminalkommissariat - machte Kriminalrat Berg unter dem 21.1.69 eine dienstliche Äußerung. Danach wurde am 9.1.1969 beobachtet, wie die Angeklagten des sogenannten Stadthallen-Prozesses, gegen die Haftbefehl ergangen war, von einer Gruppe von ca. 30 Personen von dem AStA-Gebäude zur Mensa geleitet wurden. Aus den Verhalten der begleitenden Personen sei zu erkennen gewesen, dass diese den gesuchten Angeklagten wissentlich Beistand leisteten, indem sie die Angeklagten rundherum schützten und sich entsprechend umsahen, um sie einem Zugriff durch die Polizei zu entziehen. Kriminalrat Berg bekundete, er habe gesehen, dass dieser Cordon von zwei Personen angeführt worden sei; einer dieser Personen sein Eberhard Becker gewesen.

   Mit dem Verfahren wurde innegehalten mit Rücksicht auf ein anderes Verfahren, dessen Ausgang abgewartet werden soll.

   Der Gesuchsteller bemerkt dazu im Zulassungsverfahren, er wisse nicht mehr, mit wem er am 9.1.1969 in die Mensa gegangen sei.

3. Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft Heidelberg vom 7.10.1969 wird Herrn Eberhard Becker zur Last gelegt, am 2.7.1969 anlässlich einer Protestdemonstration gegen das Gebäude des Landgerichts Heidelberg ein Farbei geworfen zu haben. Eine rechtliche Prüfung sei noch im Gange.

   Der Antragsteller lässt sich im Zulassungsverfahren dahin ein, dass er kein Farbei an das Landgerichtsgebäude geworfen habe.

   Herr Landgerichtsrat Dr. Lindrat, Heidelberg, erklärt, selbst gesehen zu haben, dass der Gesuchsteller ein Ei an das Landgerichtsgebäude geworfen habe. Ob es ein Farbei geweses sei, wisse er nicht.

4. Die Staatsanwaltschaft Heidelber teilt weiter mit, es schwebe ein Ermittlungsverfahren wegen falscher Anschuldigung deshalb, weil Eberhard Becker mit anderen den Amtsgerichtsrat Orlet der Rechtsbeugung bezichtigt habe.

   Der Antragsteller bestätigt diese Anzeige. Sie sei erfolgt, weil begründeter Verdacht bestünde, dass Amtsgerichtsrat Orlet sich im Rahmen des AStA-Prozesses der bewusst falschen Rechtsanwendung schuldig gemacht habe. Wie diese Ansicht begründet wird, führt der Antragsteller nicht aus.

   Das Ermittlungsverfahren ist, soweit der Kammervorstand sieht, noch nicht abgeschlossen.

5. Weiter hängt ein Ermittlungsverfahren, AZ. 13 Js 6072/69, wegen Beleidigung gegen den Antragsteller an.

   Dieser habe in der Hauptverhandlung des AStA-Prozesses dem Zeugen Amtsgerichtsrat Orlet, der auf Aufforderung des Gerichtsvorsitzenden auf einem Stuhle Platz nehmen wollte, diesen weggerissen mit den Worten: "Dieser Zeuge braucht nicht zu sitzen".

Im Zulassungsverfahren bestätigt Assessor Becker diesen Vorgang und begründet ihn damit, dass Amtsgerichtsrat Orlet in einem anderen Verfahren seinen festen Willen ausgedrückt habe, dass Zeugen während ihrer Vernehmung vor Gericht zu stehen hätten.
Die zum Beweis dieser Tatsache vorgelegten Zeitungsberichte ergeben lediglich, dass Amtsgerichtsrat Orlet als Verhandlungsleiter in einem anderen Fall einen Angeklagten stehen und nicht sitzen liess.

6. Nach einem Bericht des Vorstands des Landesgefängnisses Mannheim vom 6.3.1969 haben bei einer Demonstration vor dem Landesgefängnis Mannheim am 25.1.1969 Assessor Becker und Herr Schmierer durch Megaphon mehrere Ansprachen gehalten.
"Es wurde bei diesem Anlass von den Sprechern Eberhard Becker und Hans Gerhart Schmierer angekündigt, dass die Gefängnisverwaltung von außen unter Druck gesetzt werde, um Änderungen innerhalb der Anstalt zu erzwingen. Die Gefangenen wurden aufgefordert..... die Isolierung der Zuchthäuser und Strafanstalten sowie die Justiz und die Strafanstalten selbst zu zerschlagen..."

Dem Kammervorstand ist nicht bekannt, was das Justizministerium auf einen dorthin gerichteten Bericht unternommen hat.

II.

Diese Vorfälle werden vom Kammervorstand wie folgt gewürdigt:

1. Das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Heidelberg vom 25.7.1969 ist nicht rechtskräftig. Infolgedessen ist dem Kammervorstand eine Begutachtung des Sachverhaltes zum gegenwärtigen Zeitpunkt, auf den es allein ankommen kann, nicht möglich.

2. Dasselbe gilt für den Vorfall vom 9.1.1969, soweit er zum Gegenstand der dienstlichen Äußerung des Kriminalrates Berg vom 21.1.1969 gemacht worden ist.

3. Ebenso muss der Bericht des Vorstandes des Landesgefängnisses Mannheim vom 6.3.1969 (vgl. oben I., 6) bei der dem Kammervorstand obliegenden Begutachtung ausser Betracht bleiben, da im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht übersehen werden kann, welchen Sachverhalt das Justizministerium in der Zwischenzeit ermittelt hat.

4. Jedoch müssen die oben unter I., 3, 4, und 5 geschilderten Vorgänge dazu führen, dem Gesuch des Antragstellers auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und als Rechtsanwalt bei dem Amts- und Landgericht Heidelberg entgegenzutreten:

Im Zulassungsverfahren kommt es gemäß § 7 Zif. 5 BEAO nicht darauf an, ob der Bewerber nach der objektiven und subjektiven Seite hin einen Straftatbestand verwirklicht hat. Entscheidend ist vielmehr, ob - wie der Gesetzes-Wortlaut des § 7 Zif. 5 BEAO sagt - er "sich eines Verhaltens schuldig gemacht hat, das ihn unwürdig erscheinen läßt, den Beruf eines Rechtsanwaltes auszuüben".

Die Vorschriften der BEAO geben einen Anhaltspunkt dafür, welches Verhalten man von einem Rechtsanwalt erwarten muß. Steht das bisherige Verhalten des Bewerbers im Gegensatz zu solcher Erwartung und zerstört er das Vertrauen in die vom Gesetz verlangte Erfüllung seiner beruflichen Pflichten, so kann einer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nicht zugestimmt werden.

Nach § 1 BEAO ist der Rechtsanwalt ein unabhängiges Organ der Rechtspflege. Deshalb hat die BEAO in § 43 den Grundsatz herausgestellt, dass der Rechtsanwalt sich innerhalb und außerhalb seines Berufes der Achtung und des Vertrauens würdig zu erweisen habe, welche seine Stellung von ihm fordern. Er hat nach § 26 BEAO einen Eid zu leisten, des Inhaltes, dass er die verfassungsmäßige Ordnung wahren und die Pflichten eines Rechtsanwaltes gewissenhaft erfüllen werde.

Die Vorfälle, die oben unter I, 3-5 geschildert werden, tragen das gemeinsame Kennzeichen einer systematisch geübten Zerstörung der öffentlichen Ordnung, einer in der Öffentlichkeit gezeigten Mißachtung gerichtlicher Anordnungen und einer Verletzung der Menschenwürde. Die Mißachtung der Menschenwürde wird besonders deutlich durch das Verhalten, welches der Gesuchssteller gegenüber dem Amtsgerichtsrat Orlet an den Tag gelegt hat. Wenn der Gesuchssteller in der Hauptverhandlung des AStA-Prozesses dem als Zeugen geladenen Amtsgerichtsrat Orlet den Stuhl wegzieht, so zeigt er, dass er bewusst darauf ausgeht, diesen zu diffamieren.

Noch schwerer wiegt dergegenüber Amtsgerichtsrat Orlet erhobene Vorwurf der Rechtsbeugung angesichts der Tatsache, dass der Gesuchssteller auch im Zulassungsverfahren hierzu keine Begründung gegeben hat. Die Beschuldigung der Rechtsbeugung ist der schlimmste Vorwurf, der einem Richter überhaupt gemacht werden kann. Wer eine solch schwerwiegende Anschuldigung gegenüber einem Richter erhebt, muß wissen, dass er diesen Vorwurf sorgfältig zu überprüfen hat. Dies gilt insbesondere für einen Bewerber, der die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft erstrebt.

Auch das Werfen eines Farbeis oder eines ähnlichen Gegenstandes gegen das Justizgebäude bestätigt eine Haltung des Gesuchstellers, welche deutlich eine Mißachtung gegenüber der Rechtspflege zur Schau trägt.

Der Bewerber kennt als Rechtskundiger die durch Verfassung und Gesetz eröffneten Wege zur Befürwortung einer Änderung der bisherigen rechtlichen Ordnung in eine von ihm für besser gehaltene. Nachdem der Antragsteller in mehrfacher Hinsicht gezeigt hat, dass er es ablehnt, solche Wege zu wählen, sondern die Autorität von Gesetz und gesetzlichen Institutionen zu vernichten sucht, zeigt er sich einer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft unwürdig. Es ist untragbar, ihm die Stellung eines unabhängigen Organs der Rechtspflege anzuvertrauen.

RECHTSANWALTSKAMMER KARLSRUHE

Der Präsident

gez. Dr. Kulzinger

Die theoretische Auseinandersetzung vorantreiben und die Reste bürgerlicher Ideologie entschieden bekämpfen

--DIE KRITISCHE THEORIE UND DIE STUDENTENBEWEGUNG

Die Sprecher und Theoretiker der Studentenbewegung haben immer wieder auf den Verlust der historischen Kontinuität in der Arbeiterbewegung und auf deren völlige Stagnation hingewiesen. Im allgemeinen wurde dieser Bruch mit den pauschalen Hinweisen auf Faschismus und "Stalinismus" erklärt. Daß dadurch auch die kontinuierliche Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie gebrochen wurde, ist nicht genügend reflektiert worden. Deshalb wurde zwar die Aufgabe der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung richtig erkannt, da sie aber nicht gleichzeitig als Rekonstruktion der marxistisch-leninistischen Theorie begriffen wurde(1), führte der Versuch der Lösung dieser Aufgabe zu höchst widersprüchlichen Strategien. Meist wurde die Notwendigkeit der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung hergeleitet aus der Tatsache, daß die Studentenbewegung in der Machtauseinandersetzung an ihre Grenzen gestoßen und ihre "Ausdehnung" über die Universität hinaus folglich unbedingt nötig sei. So wie die Notwendigkeit der Ausdehnung der Studentenbewegung über die Universität hinaus aus den immanenten Schwierigkeiten der Studentenbewegung abgeleitet wurde, so wurde sie inhaltlich als deren blosse Verlängerung in den "proletarischen Bereich" begriffen. Die Arbeiterbewegung sollte als Studentenbewegung rekonstruiert werden. Über das Ansetzen an Herrschaftskonflikten und die Agitation von Jungarbeitern als noch nicht voll integrierten Proletariern, sollte schließlich zum Grundwiderspruch vorgestoßen werden: D.h. die jungen Arbeiter sollten zunächst zu Pseudo-Studenten gemacht werden, um dann als Pseudo-Studenten die Einsicht zu gewinnen, daß sie eigentlich Proletarier, d.h. Ausgebeutete sind, die im Betrieb die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung einzuleiten hätten (1a). Diese Politik ist gänzlich gescheitert und hat außer der psychischen Verunsicherung einiger Jungarbeiter nichts zustande gebracht. Wenn sie überhaupt den ökonomischen Kampf als das eigentliche Feld der Spontaneität der Arbeiterklasse mit in ihre strategischen Überlegungen aufnahm, dann wollte sie ausgerechnet diesen von außen in Bewegung setzen, indem sie die Arbeiter darauf hinwies, wie beschissen sie dran seien. Vielfach aber führte der Angriff auf die Gewerkschaften zu einer mehr oder weniger ausdrücklichen Ablehnung des ökonomischen Kampfes selber. Diese Auffassung, die sich aus bürgerlich-ideologischen Theoremen über die Integration der Arbeiterklasse herleitete, wird durch manche ML-Gruppen in ihrer Einschätzung der Septemberstreiks noch heute tradiert, wenn sie beim ersten spontanen Massenstreik seit langem, dessen "bloß" spontanen Charakter diffamieren (S. Rebell, Organ des KAB (ML) und der RJ(ML), 15 und 16 und die Kritik von G. Mangold in Rotes Forum 6, S.12 ff.)

Während also die Aufgabe der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung abgeleitet wurde aus der Notwendigkeit und Möglichkeit der Ausdehnung der Studentenbewegung über die Universität hinaus, wurde überhaupt nicht reflektiert, dass die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung auch eine Rekonstruktion des Marxismus-Leninismus voraussetzen würde, und statt dessen die kritische Theorie, die einzige Theorie über die die Studentenbewegung verfügte,

(1) Vgl. das Schulungsprogramm der Rotzeg, Rote Presse Korrespondenz Nr. 48 (16.1.70), S. 5 f.

(1a) Vgl. etwa meinen Artikel in NK 50, S.10 ff., wo es im Rahmen einer richtigen Kritik der Studentenbewegung und anarchistisch-kleinbürgerlicher Tendenzen im SDS, dennoch heißt: "Offensichtlich wurden hier die Schwierigkeiten des SDS, sich mit der Arbeiterklasse zu verbinden, auf die Mobilisierungsbedingungen der Arbeiterklasse selbst projeziert."

zur Grundlage dieses Versuchs der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung gemacht. So unsinnig es nachträglich erscheinen muß, die Studentenbewegung einfach in den "proletarischen Bereich" ausdehnen zu wollen, so folgerichtig ergibt sich dieser Versuch aus der "kritischen Theorie".

Die kritische Theorie und die Studentenbewegung.

Unter den Bedingungen der Stagnation der Arbeiterbewegung und der Verschüttung der Tradition der marxistischen Theorie, also der Unmöglichkeit sich an Theorie und Praxis der Arbeiterklasse anzuschließen, bot die kritische Theorie viele Anknüpfungspunkte für die Studentenbewegung, um sich über die eigene Motivation und Perspektive aufzuklären. In die kritische Theorie war von vornherein die Skepsis an den Organisationsformen der Arbeiterklasse eingegangen, sie betonte die Relevanz des Einzelnen und des Theoretikers und sie war genau deshalb in dem antikommunistischen Milieu der Bundesrepublik nicht in dem Maße verfemt wie Marx und Lenin, sondern als Philosophie anerkannt und an den Universitäten zugelassen. Sie zog die linken Studenten an, die Vereinzelte waren, ohne sie zum Bruch mit den bürgerlichen Wertmaßstäben zu zwingen und ihnen die Einsicht in dem Zusammenhang zwischen Praxis und Organisation aufzudrängen. Sie war die spezifische Ideologie von Intellektuellen, die die bürgerliche Gesellschaft satt hatten und die Fähigkeit des Proletariats bezweifelten, die bürgerliche Gesellschaft umzustürzen, und konnte so bruchlos zur Ideologie einer Studentenbewegung werden, die antibourgeois motiviert sich auf keine Praxis der Arbeiterbewegung beziehen konnte. Ausserdem schien die kritische Theorie zu erklären, warum die Arbeiterklasse integriert war, und zu versprechen, dass die kapitalistische Gesellschaft dennoch erfolgreich bekämpft werden könne: Integration der Arbeiterklasse und möglichen Aufstand der Vereinzelten leitete sie ab aus dem Begriff des autoritären Staates.

Der autoritäre Staat.

Die kritische Theorie ist die geschwätzig gewordene Resignation über den Faschismus, der mit der Sphäre der Zirkulation und damit der Krise auch die Arbeiterklasse unter Kontrolle gebracht haben soll. Der Kapitalismus endet nicht mit seinem Zusammenbruch, sondern vegetiert im "autoritären Staat" dahin: "Dass der Kapitalismus die Marktwirtschaft überleben kann, hat sich im Schicksal der proletarischen Organisationen längst angekündigt. Die Parole der Vereinigung in Gewerkschaften und Parteien war gründlich befolgt, aber die führten weniger die unnatürlichen Aufgaben der vereinigten Proletarier durch nämlich den Widerstand gegen die Klassengesellschaft überhaupt, als dass sie den natürlichen Bedingungen ihrer eingenen Entwicklung gehorchten. Sie fügten sich den Wandlungen der Wirtschaft ein." (2) Die Arbeiterorganisationen gehorchen den Gesetzen der Bürokratisierung, selbst gegen die "Maximalisten" (Bolschewiki) behält "die schmähliche Soziologie des Parteiwesens am Ende noch Recht": "Der führende Mann und seine Clique wird in der Arbeiterorganisation so unabhängig wie in dem anderen, dem Industriemonopol, das Direktoriat von der Generalversammlung. ... Was unter der Herrschaft gedeihen will, steht in Gefahr die Herrschaft zu reproduzieren ... Die Institutionalisierung der Spitzen von Kapital und Arbeit hat denselben Grund: die Veränderung in der Produktionsweise. Die monopolisierte Industrie, welche die Masse der Aktionäre zu Opfern und Parasiten macht, verweist die Masse der Arbeiter auf Warten und Unterstützung. Sie haben nicht soviel von ihrer Arbeit wie von der Protektion und Hilfeleistung der Vereine zu erwarten." (3) Aus dieser Beschreibung, die durch den vagen Hinweis auf die Veränderung in der Produktionsweise nicht den Anspruch auf Analyse erheben kann, werden weitgehende Schlüsse gezogen: "Opposition als politische Massenpartei konnte eigentlich nur in der Marktwirtschaft existieren." (4) An die Stelle der ökonomischen "Naturgesetze", denen die Menschen in der konkurrenzkapitalistischen Gesellschaft unterworfen waren, tritt die unmittelbare Unterdrückung. Aus dem Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, der sich periodisch in Krisen niederschlug, wird ein reines Herrschaftsverhältnis, das nicht mit der realen Entwicklung der Produktivkräfte in Widerspruch gerät, sondern mit deren Möglichkeiten, die bewusst unterdrückt werden: "Die maßlose Vergeudung wird nicht mehr durch ökonomische Mechanismen im klas-

(2) Autoritärer Staat/ Juden in Europa, Raubdruck, S.2
(3) a.a.O. S.3
(4) a.a.O. S.4

Ergänzung zu Anm. 2

Die folgende Analyse der "kritischen" Phase der Studentenbewegung verzichtet auf eine explizite Auseinandersetzung mit dem Buch von Helms, Fetisch Revolution, 1969. Dieser Literat, der vorgibt immer schon auf dem Standpunkt des Proletariats gestanden zu haben, steht in Wahrheit halt auf dem Standpunkt des Literaten, d.h. außerhalb der praktischen Kämpfe, die er bloß beurteilt, statt in sie einzugreifen. Kein Wunder, daß er sich bei der DKP wohlfühlt.

sischen Sinn bewirkt; sie entsteht jedoch aus den unverschämten Bedürfnissen des Machtapparats und aus der Vernichtung jeglicher Initiative der Beherrschten: Gehorsam ist nicht so produktiv ... Der Zustand bleibt weiterhin absurd. Freilich wird die Fesselung der Produktivkräfte von nun an als Bedingung der Herrschaft verstanden und mit Bewusstsein ausgeübt." (5)

Die kritische Theorie macht so aus den immanenten Widersprüchen des Kapitalismus, den Widerspruch von autoritärem Herrschaftssystem und menschlichen Möglichkeiten jenseits dieses Systems. Die immanenten Widersprüche des Systems sind sistiert, aber jeder Einzelne gerät in Widerspruch zum System als Ganzem; da er gerade als Einzelner in Widerspruch zum System gerät, ist eine Massenpartei von vornherein als revolutionäre Organisationsform ausgeschlossen: "So unerwartet nach Ort und Zeit das Ende der letzten Phase kommen mag, es wird kaum durch eine wiedererstandene Massenpartei herbeigeführt; sie würde die herrschende bloß ablösen. Die Aktivität politischer Gruppen und Vereinzelter mag zur Vorbereitung der Freiheit entscheidend beitragen; gegnerische Massenparteien hat der autoritäre Staat nur als konkurrierende zu fürchten. Sie rühren nicht ans Prinzip. In Wahrheit ist der innere Feind überall und nirgends." (6) Wenn der Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften sich verwandelt hat in den Widerspruch zwischen Herrschaftsverhältnissen, die die Produktivkräfte willkürlich manipulieren können, und den Möglichkeiten dieser Produktivkräfte, wenn sie nicht beherrscht würden, dann gibt es zwar nach wie vor das Proletariat, aber nicht mehr als revolutionäre Klasse. Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der ja nur ein anderer Ausdruck für den Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften ist (7), ist auf Dauer "in Latenz" geraten und hat seine systemsprengende Kraft verloren. An die Stelle des Proletariats treten die Einzelnen. Zwar hält Horkheimer fest: "Auch der Staatkapitalismus ist eine antagonistische Form. Das Gesetz seines Zusammenbruchs ist ihm leicht anzusehen: es gründet in der Hemmung der Produktivität durch die Existenz der Bürokratien" (8), aber dieser Antagonismus wäre dem Staatskapitalismus gerade nicht mehr immanent, sondern könnte bloß wurzeln in einem Selbstbewusstsein der Produktivkräfte, das der Staatskapitalismus gerade verhindert, indem er den immanenten Widerspruch des Kapitalismus in den Widerspruch zwischen gefesselten Produktivkräften und jenseits des Systems potentiell entfesselten Produktivkräften verwandelt hat. Der Staatskapitalismus hätte demnach aufgehört der "lebendige Widerspruch" zu sein (9), der für Marx das Kapitalverhältnis war. Entsprechend könnte eine revolutionäre Theorie nicht mehr aus den ersten spontanen Organisations- und Kampfformen des Proletariats abgeleitet werden, die nichts sind als die bewusste Wendung der Organisation des Proletariats durch das Kapital gegen das Kapital (10), sondern nur noch aus der Einsicht Einzelner in die Unerträglichkeit des Herrschaftsverhältnissen gemessen an den Möglichkeiten einer herrschaftsfreien Gesellschaft: die Versuche, "wirkliche Freiheit" herzustellen, "die ihrem Wesen nach keine Bürokratie dulden, können nur von Vereinzelten kommen. Vereinzelt sind alle. Die verdrossene Sehnsucht der atomisierten Massen und der bewusste Wille der Illegalen weist in dieselbe Richtung." (11) Wie freilich zwischen dem bewussten Willen der "Illegalen und der verdrossenen Sehnsucht der atomisierten Massen" organisatorisch vermittelt werden könnte, wird nicht gefragt und kann auch garnicht gefragt, geschweige beantwortet werden, wenn vorausgesetzt ist, dass der Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften innerhalb des Staatskapitalismus sistiert wird, denn eben in der Entfaltung dieses Widerspruches kann das Proletariat sowohl seine Atomisierung überwinden als auch seine Berufung erfahren, die Produktionsverhältnisse zu zerschlagen. Horkheimers Hoffnung auf Zerschlagung des autoritären Staates kann deshalb auch nicht aus seiner Analyse desselben abgeleitet werden. Sie bleibt Beschwörung: "Das ewige System des autoritären Staats, wie furchtbar es auch droht, ist nicht realer als die ewige Harmonie der Marktwirtschaft." (12) Eine revolutionäre Strategie und Organisation könnte nur aus den Widersprüchen des Staatskapitalismus selbst abgeleitet werden. Der aber hat seine Widerspüche sistiert und ist bloß noch der leibhaftige Gegensatz zum nebelhaften Reich der Freiheit, das der Wille des Vereinzelten erstrebt und der "Eingriff des Menschen herstellt: "Bankrott ist der Glaube daran, dass man etwas hinter sich hat. Ihm huldigten auch nicht wenige Marxisten. Ohne das Gefühl, mit einer großen Partei, einem allverehrten Führer, der Weltgeschichte oder wenigstens der unfehlbaren Theorie zu sein, funktioniert ihr Sozialismus nicht... Der Vereinzelte aber, der von keiner Macht berufen oder gedeckt ist, hat auch keinen Ruhm zu erwarten. Dennoch ist er eine Macht, weil alle vereinzelt sind. Sie haben keine Waffe als das Wort. Je mehr es von den Barbaren drinnen und den Kulturfreunden draussen zerschachert wird, umso mehr kommt es doch wieder zu Ehren. Die ohnmächtige Äusserung im Totalitären Staat ist bedrohlicher als die eindrucksvollste Parteikundgebung unter Wilhelm II." (13)

Ergänzung zu Anm. 4

Wenn Horkheimer unter "Massenpartei" die sozialdemokratischen Parteien meinte, wäre seine Aussage richtig. Doch offensichtlich soll seine Kritik die Partei überhaupt treffen, auch die leninsche Kaderpartei. Eine Kritik an ihr könnte sich jedoch gerade nicht auf die Prognose der Überwindung der Marktwirtschaft berufen, denn die Marktwirtschaft und der ihr entsprechende Parlamentarismus haben mit der Begründung des Prinzips der revolutionären Kaderpartei, die sich mit den Massenkämpfen verbindet, nichts zu tun.

(5) a.a.O. S.7
(6) a.a.O. S.8
(7) "Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst", Marx, Elend der Philosophie, Berlin 1960, S.192.
(8) a.a.O. S.13
(9) Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S.324
(10) Kommunistisches Manifest, Berlin 1967, S.52 f.
(11) Horkheimer, a.a.O. S.11
(12) a.a.O. S.14
(13) a.a.O. S.16

Damit ist die revolutionäre Aktion zum "Sesam öffne dich", die revolutionäre Organisation zur unio mystica aller als Vereinzelter und die Frage der Revolution selbst zur Pascalschen Wette verkommen. Nachdem sich der Kapitalismus zum "autoritären Staat" gemausert hat, der in sich widerspruchsfrei in unvermitteltem Gegensatz zum Reich der Freiheit steht, wird die materialistische Dialektik von den Füßen wieder auf den Kopf gestellt und zum reinen Idealismus. Revolutionäre Theorie entfaltet dann nicht mehr die Widersprüche des Kapitalverhältnisses, um sie zum offenen Ausbruch zu bringen, sondern reduziert sich auf das Wissen um das "schlechthin Andere", dessen Widerschein in der Vergangenheit aufgesucht werden muß: "Die kritische Theorie hat es im bisher nicht gekannten Maße mit der Vergangeheit zu tun, gerade sofern es ihr um die Zukunft geht." (14)

Der endgültige Bankrott...

Aus dem II. Weltkrieg hat die kritische Theorie gerade nicht den Schluß gezogen, daß der Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften dem Kapitalverhältnis nach wie vor immanent ist, sondern die Entwicklung der Produktivkräfte endgültig dem sich verschärfenden Herrschaftsverhältnis des Kapitals zugeschlagen. Wellmer charakterisiert diese definitive Abwendung vom marxistischen Ansatz durch Horkheimer/Adorno in der "Dialektik der Aufklärung" folgendermaßen: "Die Kritik der instrumentellen Vernunft tritt tendenziell an die Stelle der Kritik der Politischen Ökonomie; die Kritik der politischen Ökonomie geht in eine Kritik der technischen Zivilisation über. Das ist ein Vorgang von großer theoretischer Tragweite. Die von Marx erkannte Dialektik von Entfremdung und Emanzipation wird nun so in allen ihren Konsequenzen entfaltet, daß die theoretische Auflösung dieser Dialektik in einer Revolutionstheorie nach dem Muster von Marx unterbunden wird." (15) Mit dem Übergang von der Kritik der Politischen Ökonomie, die aus dem Doppelcharakter der Ware die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt und den Grundwiderspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen entdeckte, zur Kritik der technischen Zivilisation wird aber keineswegs die Dialektik von Entfremdung und Emanzipation entfaltet, wie Wellmer behauptet, sondern die fortschreitende Entfremdung zum unaufhebbaren Prozeß erklärt, der in der zunehmenden Beherrschung der Natur durch die Menschen seine eigentliche Grundlage hat. Damit wird die Kritik Marxens, die gerade im Aufweis des historischen Charakters der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestand, zurückgenommen, und die ahistorische Weise der kapitalistischen Warenproduktion, die Aneignung und Verwandlung von Naturprodukten, die sie mit jeder Produktion gemeinsam hat, zur Grundlage der Entfremdung und diese selbst damit für unaufhebbar erklärt. Die Frage nach dem revolutionären Subjekt konnte sich gar nicht mehr stellen und die "kritische Theorie" mußte zur adressatenlosen Hinterlassenschaft einer aussterbenden Menschenart, eben der kritischen Theoretiker, werden: "Wenn die Rede heute an einen sich wenden kann, so sind es weder die sogenannten Massen, noch der Einzelne, der ohnmächtig ist, sonder eher ein eingebildeter Zeuge, dem wir es hinterlassen, damit es doch nicht ganz mit uns untergeht." (16) Dieses Ende, dem in den späteren Frankfurter Ereignissen, bloß noch die Farce folgte (17), ergab sich zwingend aus der Analyse des Faschismus als als "autoritärem Staat", der den Grundwiderspruch des Kapitalismus sistiert habe (weshalb der Faschismus überhaupt erst mit dem "integralen Etatismus" der Sowjetunion unter ein und denselben Begriff subsummiert werden konnte) und nur noch vom Begriff des ganz anderen her durch Vereinzelte in Frage gestellt werden könne. Es war gleichzeitig die Konsequenz jener heroischen Stilisierung der Position des kritischen Theoretikers, der zunächst stolz auf seine Distanz zur Arbeiterklasse hinwies, um im tragikomischen Selbstgespräch zu enden. (18) An die Stelle des lebendigen Widerspruchs des Kapitalverhältnisses ist ein "geschlossenes Universum technischer Rationalität" getreten (19), das nur noch von außen durchbrochen werden kann, aber nicht mehr in sich durch die notwendige Entwicklung der Produktivkräfte die eigene Negation herausbildet. Der revolutionäre Standpunkt ist nicht mehr der Standpunkt des Proletariats, dessen Klassenkämpfe der subjektive Ausdruck der objektiven Widersprüche des Kapitalverhältnisses selbst sind und das in den Klassenkämpfen von der Klasse an sich zur Klasse für sich werden kann (20), sondern der Standpunkt solcher Einzelner, die sich außerhalb des geschlossenen Universums technischer Rationalität stellen, um dann ihrer Schwäche als Einzelner bewußt zu werden und der Möglichkeit der gesellschaftlichen Umwälzung schließlich überhaupt zu entsagen. Der Übergang von der Kritik der politischen Ökonomie zur Kritik der technischen Zivilisation ist der Übergang von der revolutionären Wissenschaft zur mystischen Frömmelei. Er wurde in dem Maße vollzogen, wie die

(14) Marcuse, Philosophie und kritische Theorie, in: Kultur und Gesellschaft I, 1965, S.126

(15) Albrecht Wellmer, Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus, Fft/M 1969, S. 138

(16) Dialektik der Aufklärung, 1944, S.307

(17) gemeint ist die unter den Augen von Adorno durchgeführte Festnahme und "Verbringung" Frankfurter Genossen, die das Institut für Sozialforschung besetzt hatten. Die "eingebildeten Zeugen" waren Realität geworden und hatten "es" falsch verstanden.

Ergänzung zu Anm. 17

Erstaunlich ist die naive Empörung der Frankfurter Genossen, die darauf bestanden, die kritische Theorie bloß in die Praxis umzusetzen und sich über den "Verrat" ihrer Lehrer empörten. Aber die arrivierte kritische Theorie ist ebensowenig zufällig fromm, wie die studentische Praxis zufällig anarchistisch ist. Ein Höhepunkt des komischen Mißverständnisses war die Podiumsdiskussion anläßlich der Buchmesse 1968, an der u.a. Krahl, Adorno, Habermas und Friedeburg teilnahmen und auf der Krahl die kritischen Autoritäten an ihre revolutionären Pflichten erinnerte (s. "ad lectores", 8, 1969, S.25 f).

(18) Zur Stellung des "Theoretikers" vgl. "Traditionelle und kritische Theorie" in: Kritische Theorie II, 1968, S. 162 ff., wo dem Theoretiker eine Art Überwachungsfunktion gegenüber der Arbeiterklasse zugeschrieben wird.

(19) Wellmer, a.a.O. S.137

(20) Marx, Elend der Philosophie, S.190 ff.

zunehmende Überwindung der inneren Widersprüche des Kapitals im autoritären Staat als Gegenpart der "technischen Zivilisation" nur den einzelnen kritischen Theoretiker übrigzulassen schien. Von dessen isoliertem Standpunkt aus war nur noch Entsagung möglich. Die spätere Entwicklung Horkheimers ist kein Bruch mit seiner theoretischen Vergangenheit, sondern deren Konsequenz.(21)

Objektiv liegen dieser Entwicklung der kritischen Theorie bestimmte Tendenzen der imperialistischen Phase des Kapitalismus zugrunde, die aber in der Analyse der kritischen Theorie isoliert und verabsolutiert wurden, so daß das Kapitalverhältnis zum schlechthin reaktionären Herrschaftssystem wird, das gerade deshalb die radikale Zerschlagung jeder Herrschaft, deren Möglichkeit sich in der Entfaltung des Kapitalverhältnisses nach Marx zunehmend herausbildet, immer unmöglicher macht. Die kritische Theorie ist eine kulturpessimistisch resignative Fassung der kautskyschen Theorie des "Ultraimperialismus" und wird durch Lenins Kritik an dieser durchaus getroffen. Anders als die kautskysche Theorie jedoch überschätzt sie nicht die friedlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Imperialismus, sondern unterschätzt dessen widersprüchliche Entwicklung selbst, indem sie seinen parasitären Aspekt ausschließlich hervorhebt, aus dem auch Lenin die Versumpfung immer größerer Teile der Kapitalistenklasse und privelegierter Fraktionen der Arbeiterklasse erklärte. (22) Lenin aber, der seine Analyse nicht auf die Auswirkungen des Kapitalismus beschränkte, sah in diesem parasitären Aspekt keineswegs den entscheidenen Zug des Imperialismus, sondern legte in seiner Analyse vor allem Nachdruck auf die Verschärfung und die Ausdehnung der Widersprüche des Kapitalismus auf den ganzen Erdball, die die Sprengkräfte des Kapitalismus nicht länger auf das Industrieproletariat der Metropolen beschränkte, und betonte, daß durch die zunehmende Monopolisierung die Zirkulationssphäre keineswegs aufgehoben würde, sondemdie Konkurrenz als Vollstrecker der Zwangsgesetze des Kapitalismus zwischen den verschiedenen Monopolen und vor allem dem monopolisierten und dem nichtmonopolisierten Bereichen erbittert fortwirke und den Krisencharakter der kapitalistischen Entwicklung weiter bestimme.(23) Folgerichtig mußten denn auch die Vertreter der kritischen Theorie, wenn sie ihre diversen Strategien "wissenschaftlich" ausweisen wollten, gerade die ökonomische Erklärung des Imperialismus bekämpfen (24)und mit der Baran/Sweezyschen Imperialismustheorie ein Bündnis eingehen, die den immanenten Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften ebenfalls in den metaphysischen Widerspruch von kapitalistischer Unvernunft und menschlicher Vernunft aufgelöst haben.

Gerade der Vergleich der kritischen Theorie und der Theorie Kautskys, weist auf die gemeinsamen Ursprünge dieser beiden defaitistischen Antworten auf aktuelle Niederlagen des Proletariats hin: das Mißverständnis des Marxismus als objektivistischer Formulierung von "Naturgesetzen" des revolutionären Prozesses selbst statt als Analyse der "Naturgesetze" des Kapitalverhältnisses, das in der Ausdehnung und Entwicklung seiner Herrschaft auch die Möglichkeiten seiner Umwälzung hervorbringt, So verlangt jede aktuelle Niederlage des Proletariats eine Neuformulierung der Theorie, die jeweils zur Rechtfertigung anarchistischer oder opportunistischer Abweichungen herhalten muß. Die kritische Theorie eignet sich zu beiden.

Bei Habermas ist der saekulare Pessimismus eines Horkheimer und Adorno zum bedingten Optimismus einer Reformpolitik der kleinen Schritte verkommen, in der (Frankfurter) Studentenbewegung aber wurden der kritischen Theorie ihre anarchistische Konsequenz vorgespielt.

... und die Auferstehung der "kritischen Theorie".

Die kritische Theorie ist eine Intellektuellenideologie in einer Phase der Ohnmacht des Proletariats. Ihre Pra-

---

(21) vgl. DER SPIEGEL, Nr.2, Interview mit Horkheimer

(22) Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Ausgewählte Werke, Berlin 1966, S.763-900; hier S. 847 ff.

(23) vgl. a.a.O. S.864; dass Monopol und Konkurrenz gerade keine sich ausschliessenden Gegensätze sind, stellte Marx in Elend der Philosophie fest: "In der Praxis des Lebens findet man nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit, sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten... Die Synthese ist derart beschaffen, dass das Monopol sich nur dadurch aufrechterhalten kann, dass es beständig in den Konkurrenzkampf eintritt." a.a.O. S.170; zu Monopol und Konkurrenz vgl. auch "Grundrisse", S.542 ff.: "Solange das Kapital schwach ist, sucht es sich selbst noch nach den Krücken vergangner Produktionsweisen. Sobald es sich stark fühlt, wirft es die Krücken weg, und bewegt sich seinen eigenen Gesetzen gemäß- Sobald es anfängt sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und bewusst zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind." S. 544 f.

(24) vgl. Habermas, Die Scheinrevolution und ihre Kinder, in: Die Linke antwortet Habermas, Fft/M 1968, S.10 f.; vgl. Wellmer, a.a.O. S. 128. Der Wellmerschen und Habermasschen Behauptung liegt ein willkürliche Einschränkung der Kritik der politischen Ökonomie zugrunde., die z.B. die Frage der imperialistischen Ausbeutung auf die Frage der Extraktion von Rohstoffquellen reduziert, um dann festzustellen, dass diese Rohstoffausbeutung nur selten vorliegt und deshalb die ökonomischen Grundlagen des Imperialismus negieren. Als ob die Notwendigkeit der Erweiterung des Marktes, des Kapitalexports und billiger Arbeitskräfte keine ökonomischen Bedingungen wären.

xisferne mochte deshalb als Ausdruck der historischen Situation verstanden werden, nicht als Implikat der Theorie selbst. Aus diesem Mißverständnis erklärt sich z.T. die Hinwendung jener Studenten zur kritischen Theorie, die diese zur Rechtfertigung ihrer Aktionen gegenüber dem heruntergekommenen Revisionismus und der bürgerlichen Öffentlichkeit heranzogen. Da die Niederlage des westdeutschen Proletariats im Faschismus und in der Nachkriegszeit die Tradition der marxistisch-leninistischen Theorie selbst verschüttet hatte, war ein direktes Anknüpfen an diese schon aus ideengeschichtlichen Gründen nicht möglich. So konnte die kritische Theorie für die linken Studenten jene Funktion erfüllen, die für die russischen Sozialisten der "legale Marxismus" vor der Jahrhundertwende gespielt hatte. Die entscheidende Ursache für die Verbindung zwischen "kritischer Theorie" und linker Studentenbewegung lag jedoch in dem Zusammenhang zwischen den Inhalten der Theorie und der sozialen Stellung und politischen Motivation der mobilisierten Studenten. Diese rebellierten gegen die heruntergekommenen Inhalte der ideologischen Wissenschaften, gegen die "Entdemokratisierung" der BRD und gegen den Vietnamkrieg, der ihnen überhaupt zur Chiffre des Zerfallprozesses der bürgerlich-demokratischen Werte wurde. Die Studentenrevolte hatte so ihren eigentlichen Ort in der philosophischen Fakultät. Napalm, Goethe statt Brecht und Notstandsgesetze waren die Punkte an denen sich der Protest festmachte. Die Ablehnung einer Gesellschaft, in der selbst der Protest zur Ware wird, motivierte sie zu Aktionen, die vor der manipulativen Integration sicher sein sollten. Gleichzeitig sollten diese Aktionen ihre Entschlossenheit bekunden, sich selbst dieser Warengesellschaft zu verweigern. Sie waren ihrer Privilegien überdrüssig, weil diese Privilegien sowohl ihre Sicherheit als auch ihre ideologische Rechtfertigung verloren hatten. Dieses Sammelsurium von Motivationen bestimmt die Studentenbewegung bis heute und ist gerade in ihren subkulturellen Ablegern nachzuweisen. Sie war zu Beginn nicht Offensive gegen eine obsolet gewordene Fraktion der herrschenden Klasse, die Professoren, wie Karl Heinz Roth meint (s. S.42), sondern Verfallsprodukt gerade eines spezifischen Teils der herrschenden Klasse, deren Symbol die Professoren bloß sind, des Bildungsbürgertums. Diese Motivationen konnten mit sozialistischen Inhalten nur scheinbar vermittelt werden: diese scheinbare Vermittlung leistete die kritische Theorie. Aus zwei Gründen: einerseits weil sie, nachdem der Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften als im autoritären Staat nicht existent erklärt worden war, die "technische Zivilisation" selbst zum Objekt ihrer Kritik gemacht hatte und andererseits weil sie den Angriff auf diese als individuelle Tat beschrieb, die Revolution nicht als Prozess sondern als Sprung charakterisierte. Vor einem völligen Abgleiten in diese kulturpessimistisch-anarchistische Konsequenz bewahrte die Studentenbewegung gerade die Rezeption der Habermasschen Weiterentwicklung der kritischen Theorie, die den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen insofern wiederaufnahm, als sie die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft erklärte und andereseits auf die potentiell emanzipatorischen Kräfte der Wissenschaft insistierte. So wurden beide Theoriepartikel, die die Taktik und Selbstreflektion der Studentenbewegung bestimmten aus der Tradition der kritischen Theorie abgeleitet, wobei die reformistische Version und die anarchistische Version sich in der Alltagssituation zu einem unentwirrbaren Theorieknäuel verfilzten. Dieses Theorieknäuel hatte die Funktion die Studenten als mögliche revolutionäre Avantgarde zu konstituieren, und sie dadurch vor der Resignation zu bewahren, in die sie die anarchistische Version getrieben hätte, wenn ihr nicht gleichzeitig die Theorie der emanzipatorischen Möglichkeiten der Wissenschaft entgegengearbeitet hätte.

Das Ende dieser ersten wirren Phase der Studentenbewegung führte gleichzeitig zu einer Auflösung dieses Theorieknäuels, wobei sich folgende Fraktionierungen abzeichnen: eine anarchistische Fraktion, die sich endgültig von den Fesseln des Habermasschen Reformismus befreit hat und im Kult des individuellen Terrors und der Subkultur zugrunde gehen wird; eine breite Fraktion Habermasianischer Reformisten, die im Bündnis mit den Technokraten emanzipatorisches Geschwätz als Ornament zu deren Werk beisteuern wird und eine dritte Fraktion, die sich in der Auseinandersetzung zwischen ML-Genossen und selbstkritischen SDS-Genossen noch herausbilden muß, um die Rekonstruktion der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis allererst organisiert in Angriff zu nehmen, wenn sie in sektiererischen Beschwörungen nicht zum bloßen Wurmfortsatz der antiautoritären Revolte werden will, wie es sich in manchen ML-Gruppen anzubahnen scheint.

Krahls Apologie der Studentenbewegung.

In dieser Auseinandersetzung bringt uns der Aufsatz des Genossen Krahl nicht weiter, da er aus der Studentenbewegung, von deren Genese aus der Krise einer Fraktion der herrschenden Klasse er völlig absieht, schlicht den kollektiven Theoretiker des Proletariats machen will. Sein Aufsatz läuft in der Apologie der bisherigen Studentenbewegung auf eine verschämte Variation des Wellmerschen Resumés der Übersicht über die Entwicklung der kritischen Theorie hinaus, wonach die "neue Linke" "der lebende Beweis dafür" ist, "daß die Kritik der politischen Ökonomie keine Antwort mehr gibt auf die Frage nach den tendenziell politisierbaren, d.h. nach den emanzipatorischen Potentialen der Gesellschaft, und das heißt zugleich: nach den spezifischen Reproduktions- und Transformationsmechanismen sowie nach den Systemprobleme n der spätkapitalistischen Gesellschaft." (25) Zwar gibt sich Krahls Aufsatz der Terminologie nach Kritik der politischen Ökonomie, doch setzt er diese bloß ein zu einer völlig unvermittelten Apologie der Studentenbewegung. Nachdem er richtig durch ein Zitat von Marx belegt hat, daß Marx das Proletariat nicht schlicht mit den Handarbeitern gleichsetzt, sondern dessen Begriff aus der Teilnahme an der Mehrwertproduktion gewonnen und so festgestellt hat, daß mit zunehmender Entwicklung des Kapitalverhältnisses "mehr und mehr Funktionen von Arbeitsvermögen unter den unmittelbaren Begriff der produktiven Arbeit und ihre Träger unter den Begriff der produktiven Arbeiter, direkt von Kapital ausgebeuteter und seinen Verwertungs- und Produktionsprozess untergeordneter Arbeiter einrangiert wird" (26) fährt er fort: "Wenn die Wissenschaften nach Maßgabe ihrer technischen Umsetzbarkeit und ihre Träger,

(25) a.a.O. S.146

(26) Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frft/M 1969, S.66

die geistigen Arbeiter, in den produktiven Gesamtarbeiter integriert sind, dann ist nicht anzunehmen, dass sozialrevolutionäre Strategien sich in der klassischen Weise nahezu ausschließlich aufs Industrieproletariat beziehen können. Nicht ist die Frage zu stellen, ob wissenschaftliche Intelligenz im traditionellen Sinn industrieproletarisches Klassenbewusstsein entwickeln kann, sondern wie umgekehrt der Begriff der unmittelbaren Produzenten und damit der arbeitenden Klasse sich insgesamt verändert haben." (27) Nun geht und ging es aber nie um die Frage des "industrieproletarischen Klassenbewusstseins" im Sinne des Bewusstseins von Handarbeitern, sondern um die Frage, inwiefern die wissenschaftlich Ausgebildeten "unter dem Begriff der produktiven Arbeiter, direkt vom Kapital ausgebeuteter und seinem Verwertungs- und Produktionsprozess untergeordneter Arbeiter einrangiert" und inwiefern sie dann ihre Interessen als direkt Ausgebeutete dem Kapital unmittelbar entgegensetzen, ein Bewusstsein dieses Gegensatzes entwickeln und revolutionär artikulieren können. Krahl tut so, als wäre mit der richtigen Rezeption des Marxschen Begriffs der unmittelbaren Produzenten auch das Problem der Studentenbewegung und die Frage des Klassenbewusstseins der wissenschaftlich Ausgebildeten gelöst. Damit hat er die Frage vom Tisch gewischt, ob die Fraktionen der Studenten, die die Bewegung bisher artikulierten und trugen, tatsächlich potentiell zum produktiven Gesamtarbeiter gehören und aus dieser Stellung ihr Bewusstsein entwickelten, und sich die Möglichkeit der kritischen Analyse der Studentenbewegung ebenso verbaut, wie die Möglichkeit der Analyse der Faktoren, die ein adäquates Bewusstsein selbst in den Fraktionen der wissenschaftlich Ausgebildeten verhindern, die objektiv zum produktiven Gesamtarbeiter gehören; ganz abgesehen davon, dass der Ausbildungsbereich ohnehin nicht einfach mit der Produktionssphäre gleichzusetzen ist, weil sonst überhaupt nicht erklärt werden könnte, wieso die Revolte auf den Universitäten und nicht z.B. in den oberen Rängen der Hierarchie des Produktionsprozesses begonnen hat. Die Krahlsche Analyse macht tendenziell Einen und Jeden zum Teil des produktiven Gesamtarbeiters, über dem der autoritäre Staat thront. Gerade daraus erklärt sich wohl auch die Ablehnung zentralisierter und disziplinierter Organisation so als ob deren Notwendigkeit aus einer abstrakten Übertragung leninscher Prinzipien auf den Spätkapitalismus und nicht vielmehr aus den Erfahrungen der Studentenbewegung in der Auseinandersetzung mit diesem entstanden wäre. Richtig weist Krahl auf den Zusammenhang von politischer Spontaneität und Produktion hin (S. 9) und weil er vorher alle zu Teilen des produktiven Gesamtarbeiters gemacht hat, glaubt er nun auf Organisation ebenso verzichten zu können, wie er vorher unterstellt hat, Spontaneität und Organisation seien bei Lenin ein schlichter Gegensatz. Mag aber sein, dass sich das Organisationsproblem den linken Studenten gerade deshalb so scharf stellt, und von daher zu sektiererischen Lösungen in dieser Frage geneigt wird, weil die Träger der Studentenbewegung eben nicht Teil des produktiven Gesamtarbeiters sind, sondern sich viel eher dagegen wenden, in ihn eingereiht zu werden. Von daher ist die Studentenbewegung auch nicht schlicht zu verlängern, bis sie dann zum kollektiven Theoretiker des Proletariats geworden ist: es möchte sonst die falsche Theorie entstehen (27a). Bei Krahl sind alle Probleme schon gelöst, weil sie sich nach seinen Prämissen gar nicht stellen können. Tatsächlich haben aber jene Teile der Studentenbewegung, die politisch weiterarbeiten wollen, gerade ihre problematische Stellung zum und im Produktionsprozess zu reflektieren. Gerade die Trennung vom Produktionsprozess ist ja die Ursache warum die Studenten das Kapitalverhältnis so schwer als "lebendigen Widerspruch" begreifen und stattdessen sich einem "geschlossenem Universum technischer Rationalität" gegenüber glauben, in das man sich bloß integrieren kann, wenn man sich nicht gleich ganz raushält. Diese Trennung vom Produktionsprozess ist selbst projektiv schwer durchbrechbar, weil der größere Teil der ideologischen Fächer als Berufsperspektive bloß die Fesselung der Produktivkräfte enthält, während jene Studenten, die für eine Funktion im produktiven Gesamtarbeiter ausgebildet werden, also die Naturwissenschaftler, TH-Ingenieure, etc. die neue Arbeiteraristokratie bilden werden und schon an der Universität von der Industrie vielfach als solche behandelt, d.h. mit objektiv läppischen, subjektiv aber bedeutsamen "Stipendien" bestochen werden, und deshalb nur schwer mobilisierbar sind.

In dieser Trennung vom Produktionsprozess liegen sicher die Gründe, die es uns bisher so schwer machten, die Dialektik von Reform und Revolution zu entfalten. Die Ursachen dieser Isolation sind durch Organisationsprinzipien nicht zu beseitigen; dennoch wäre diese in einer proletarischen Organisation zu überwinden, genau wie die theoretischen und praktischen Schwankungen, die sich aus ihr ergeben bekämpft werden würden. Diese Isolation ist aber derzeit nicht aus der Welt zu schaffen. Zu verhindern ist, dass sie sich in der Theorie verfestigt und

---

(27) Sc-info 25, S.7

(27a) Krahl macht aus dem isolierten "kritischen Theoretiker", der die Theorie auch gegenüber dem Proletariat rein hält, den "kollektiven Theoretiker", der aufgrund seiner Ausbildung und privilegierten Stellung im Produktionsprozeß, die Führung im Klassenkampf übernimmt.
Aber ließe man selbst die unsinnige Behauptung gelten, die Intelligenz gehöre tendenziell zum produktiven Gesamtarbeiter, so würde immer noch gelten, was Lukacs gegen frühere ähnliche Führungsansprüche der "geistigen Arbeiter" einwandte:
"Es zeugt einerseits also von oberflächlicher Betrachtung, von den 'geistigen Arbeitern' als von irgendeiner einheitlich gegliederten Klasse zu sprechen, da auch bei diesen eine Gliederung in Unterdrücker und Unterdrückte, in Ausbeuter und Ausgebeutete festzustellen ist; andererseits ist nicht einzusehen, weshalb die Gruppe der ausgebeuteten Lohnschreiber oder 'Rechtspraktizierer' dazu berufen sein sollte, die geistige Führung der der gleichen Klasse Angehörenden zu übernehmen, zumal das einzige wirkliche Charakteristikum ihrer Lage die Verschleierung ihres Klassenbewußtseins ist."
(Das Problem geistiger Führung und die 'geistigen Arbeiter', in: Lukacs, Frühschriften II, Werke 2, S.55).

damit eine weiterführende Praxis von vornherein unmöglich macht, oder dass sie durch einen bloß gedanklichen Gewaltstreich beseitigt wird. Die Partei als revolutionäre Organisation des Proletariats ist keineswegs, wie Krahl behauptet,aus den spezifisch russischen Bedingungen abgeleitet, sondern aus dem Klassenkampf des Proletariats "gegen einen mächtigeren Feind, gegen die Bourgeoisie, deren Widerstand sich durch ihren Sturz (sei es auch nur in einem Lande) verzehnfacht und deren Macht nicht nur in der Stärke des internationalen Verbindung der Bourgeoisie besteht, sondern auch in der Macht der Gewohnheit, in der Stärke der Kleinproduktion." (28) Nur die letzte dieser Bedingungen ist nicht mit dem Wesen des Kapitalismus verbunden, sondern wird durch den Kapitalismus wenigstens in den Metropolen zunehmend abgeschafft. Nach wie vor bleibt die Disziplin der Partei des Proletariats die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung der Bourgeoisie. Bloß wird weder die Partei noch deren Disziplin aus dem Boden gestampft: "Wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? Wodurch wird sie kontrolliert? Wodurch gestärkt? Erstens durch das Klassenbewusstsein der proletarischen Avantgarde und ihre Ergebenheit für die Revolution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung, ihren Heroismus. Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik unter der Bedingung, dass sich die breitesten Massen durch eigene Erfahrung von dieser Richtigkeit überzeugen. Ohne diese Bedingungen kann in einer revolutionären Partei, die wirklich fähig ist, die Partei der fortgeschrittenen Klasse zu sein, deren Aufgabe es ist, die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten, die Disziplin nicht verwirklicht werden. Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce. Diese Bedingungen können aber andererseits nicht auf einmal entstehen. Sie werden nur durch langes Bemühen, durch harte Erfahrung erarbeitet; ihre Erarbeitung wird erleichtert durch die richtige Theorie, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung Gestalt annimmt." (a.a.O. S. 396 f)

Gerade die Differenzierung innerhalb des produktiven Gesamtarbeiters, die nicht nur die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit verschärft, sondern die geistige Arbeit, sofern sie in die Produktion eingeht, selbst der Dequalifizierung der lebendigen Arbeit durch das Kapital und einer zunehmenden Trennung von untergeordneter und leitender Tätigkeit unterwirft, führt zu vielfältigen Widersprüchen innerhalb des produktiven Gesamtarbeiters selbst, die bloß durch eine kommunistische Partei in einer einheitlichen Praxis richtig behandelt werden können. Aber Die zunehmende Kapitalisierung der Gesellschaft, deren Grad an der Konzentration des Kapitals abgelesen werden kann, unterwirft zwar alle Schichten und Zwischenklassen der Herrschaft des Monopolkapitals, reiht sie deshalb jedoch noch lange nicht dem produktiven Gesamtarbeiter ein. Das Monopolkapital leistet sich vielmehr einen ganzen Heerhaufen von Handlangern zur Fesselung der Produktivkräfte, die es aus dem Mehrwert und den imperialistischen Extraprofiten aushält. Diese Handlanger sind so zwar vom Kapital oder vom kapitalistischen Staat abhängig geworden, aber keineswegs mit dem Proletariat in einen Topf zu werfen, von dessen produktiver Arbeit im Gegenteil das Kapital abhängig ist. Dieses Handlangerheer wird in seinen höheren Rängen durch die Universitäten reproduziert, so dass auf diesen ebenso die Aristokratie der Lohnarbeiter als auch die privilegiertesten Vasallen des Kapitals ausgebildet werden, die zum kapitalistischen Staat in einem quasi feudalen Verhältnis stehen.

Die zunehmende Kapitalisierung der ganzen Gesllschaft bringt also keineswegs eine einheitliche Masse von produktiven Lohnarbeitern hervor, obwohl das Kapital ausschliesslich von der Ausbeutung der Lohnarbeit lebt. Weder wird der produktive Gesamtarbeiter zunehmend vereinheitlicht, noch nimmt der produktive Gesamtarbeiter relativ zu den Schichten und Klassen, die vom Mehrwert leben oder bezahlt werden, quantitativ zu. In dieser Entwicklung zeigen sich zwar die zunehmenden Widersprüche das Kapitalverhältnisses und die Schwierigkeiten sowohl in der Fesselung der Produktivkräfte als auch in der Realisierung des Mehrwerts, aber von einem naturwüchsig entstehenden "breiten antimonopolistischen Bündnis" (DKP) lässt sich ebensowenig reden wie von einer tendenziellen Einbeziehung der Intelligenz in den produktiven Gesamtarbeiter oder einer unmittelbaren Interessenidentität zwischen jenen Teilen der Intelligenz, die am unmittelbaren Produktionsprozess beteiligt sind, und den übrigen Produzenten (was Krahl nahelegt). Daraus lässt sich ersehen, dass Lenins Organisationsprinzipien, die auf der Einsicht in die mangelnde Einheitlichkeit des Proletariats und der Notwendigkeit von Bündnissen mit schwankenden nichtproletarischen Schichten ausgehen, keineswegs überholt sind, sich aber auch nicht schlicht auf den Spätkapitalismus übertragen lassen, weil sowohl die Bündnispartner des Proletariats, als auch das Proletariat selbst in den spätkapitalistischen Metropolen mit der Entwicklung des Kapitalverhältnisses sich verändert haben. Den Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao-tse-tungs richtig anwenden,heißt also die Organisationsprinzipien Lenins und Maos mit den gegenwärtigen Bedingungen in den Metropolen verbinden, statt sie bloß zu übertragen. Sonst würde der Marxismus-Leninismus auf den seiner Zeit verstehbaren Voluntarismus der Anfänge der Studentenbewegung herunterkommen und bloße Mode bleiben.
Wir müssen die Grenzen unserer eigenen Erfahrungen einsehen und dürfen uns nicht mit den Erfahrungen der russischen und chinesischen Revolution großtun, statt sie sorgfältig zu studieren und auf die Bedingungen unserer Arbeit anzuwenden. Das setzt die theoretische Auseinandersetzung voraus, deren Vernachlässigung in die Sektiererei und den Sumpf führt, auch wenn man die Bilder der großen Führer des Kommunismus vor sich her trägt.

(28) Lenin, Linksradikalismus, AW III, S. 355 f.

Joscha Schmierers Marsch in die syndikalistische Sackgasse

Redaktionelle Vorbemerkung

Wir drucken hier den Aufsatz des Genossen Roth ab, der ursprünglich in apo-press, Informationsblatt der Studenten, Schüler und Arbeiter in Hamburg, Nr. 22/23 erschienen ist, in der auch der Artikel "Zur Analyse der Studentenbewegung" aus Rotes Forum 5 nachgedruckt worden war. Solche Nachdrucke sind sinnvoll, da sonst bei der regional und quantitativ verschiedenen Verbreitung der einzelnen Zeitschriften eine kontinuierliche Diskussion der verschiedenen theoretischen und analytischen Ansätze im breiten Rahmen nicht möglich ist.

Genosse Roth unternimmt den Versuch, die Kapitalisierungstheorie der Wissenschaft, die in dem Artikel im Roten Forum kritisiert worden ist, "aus dem Stadium der 'Hilfskonstruktionen' herauszubringen". Das entspricht der Intention der Kritik an der Verwendung der Kapitalisierungstheorie als Rechtfertigungsideologie für die Studentenbewegung, eine Funktion, die sie in den Krahlschen Thesen (1) z.B. nach wie vor hat. Die wichtigste Voraussetzung für eine Destruktion dieses ideologischen Charakters der Kapitalisierungstheorie ist der Verzicht auf den Versuch, den Begriff der "Produktivkraft Wissenschaft" schlicht auf alle an den Hochschulen tatsächlich gelehrten Wissenschaften und die ihr entsprechenden Berufe anzuwenden; ein Versuch, dem zwei Intentionen zu Grunde liegen können:

1.) Die Intention, die gegenwärtige Studentenbewegung zur Avantgarde der Arbeiterbewegung zu erklären.

2,) Die Intention, die Reformwerkelei im Rahmen der Hochschulgesetze als Beitrag zur Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse zu propagieren.

Beide Intentionen mögen letztlich auf dasselbe hinauslaufen: auf die "revolutionäre" Drapierung der unmittelbaren Interessenvertretung der Studenten. Sie zu bekämpfen war die Absicht des Artikels "Zur Analyse der Studentenbewegung", weil vorauszusehen ist und schon belegbar ist, dass auf dieser Linie die entscheidende Fraktionierung innerhalb der Studentenschaft sich vollziehen wird. Dies ist umso wahrscheinlicher, als alle bisherigen hochschulpolitischen Forderungen diesen Intentionen entsprachen, auch wenn sie noch so militant vorgetragen wurden: Bekämpfung der Studienzeitbegrenzung, "Demokratisierung" der Hochschule, Schaffung von studentischen Freiräumen etc..

Welche dieser Forderungen grundsätzlich falsch waren und welche bloß falsch wurden, weil sie global und ohne Differenzierung innerhalb der Wissenschaften vorgetragen wurden, lässt sich erst ausmachen, wenn einerseits die Notwendigkeiten des Kapitals gegenüber der wissenschaftlichen Ausbildung konkret analysiert werden, und damit die verschiednen Fraktionen im Ausbildungssektor materialistisch erklärt und ihre widersprüchlichen Interessen richtig behandelt werden können. Der Beitrag des Genossen Roth ist in dieser Richtung ein Schritt vorwärts, wenngleich auch hier der Eindruck geweckt wird, als leiste die abstrakte Analyse der Kapitalisierung der Wissenschaften schon die genetische Erklärung der tatsächlichen Studentenbewegung. Zu ihr tragen aber die Punkte 1 bis 3 und 4 der eigentliche Kern des Aufsatzes nichts bei. Gerade in der Behauptung, die Kapitalisierungstheorie leiste schon die Erklärung der tatsächlichen Studentenbewegung, und die direkte Anwendung abstrakter Aussagen über die Kapitalisierungstendenzen der Wissenschaften auf die Studentenbewegung, liegt der ideologische Aspekt, den diese Theorie in der Agitation und Strategie der sozialistischen Studenten angenommen hat. So wurde ihre Vermischung mit der Theorie des "autoritären Staates" ebenso ermöglicht, wie die Rechtfertigung anarchistischer Aktionen oder reformistischer Praxis. Sie schiebt den oben beschriebenen Intentionen keinen Riegel vor, sondern kann zu deren Rechtfertigung herangezogen werden, weil die schwierige Vermittlung zwischen Kapitalisierungstheorie und Analyse der tatsächlichen Studentenbewegung nicht historisch-konkret geleistet werden.

Roths historische Analyse der Studentenbewegung ist einerseits ökonomistisch und andererseits in ihrer Phaseneinteilung willkürlich. Der Vorwurf der Datenverwechselung ist insofern irrelevant, weil sich die Daten auf die Heidelberger Studentenrevolte bezogen und diese auf die Universität selbst erst in der Abwehr des baden-württembergischen Hochschulgesetzes (ab zweite Hälfte des WS 67/68) übergriff, während zuvor ausschliesslich antiimperialistische Aktionen gemacht wurden, die zu Auseinandersetzungen mit der Stadtbürokratie führten, aber keine Auseinandersetzung in der Universität hervorriefen.

Die Auswirkungen der Konzentration und Monopolisierung des Kapitals auf die politische Ideologie der Freiheit und Gleichheit, die den Trägern der Studentenbewegung eben erst mühsam eingetrichtert worden war, muß bei der Analyse berücksichtigt werden. Diese Ideologie wurde im Bewußtsein der Oberschüler und Studenten verwurzelt, als sie längst ihre objektive Basis verloren hatte.

Die Studentenbewegung kristalisierte sich in der politischen Abwehr von "Entdemokratisierungs"erscheinungen des Staates und der Offensive auf die vordemokratische Organisation der Universität, die auch demokratisiert werden sollte. Sie war verbunden mit der traditionellen Abwehr des deutschen Bildungsbürgertums gegen die kapitalistische Gesellschaft für sich selbst, was sich in der Abwehr der Ausbildung für den Beruf zeigte. Aus dieser Motivation erklärt sich die beharrliche Weigerung vieler Studenten, die sozialistische Wendung der Studentenrevolte praktisch mitzumachen und die ausgedehnte Subkultur, die sich am Rande der Schüler- und Studentenbewegung entwickelt. So sicher ist halt keineswegs, was in der RPK 49, S. 3 behauptet wird, dass nämlich die Angehörigen dieser Schichten (u.a. Beamte und akademisches Kleinbürgertum) wüssten, "dass sie im Sozialismus produktive Arbeit leisten könnten, was sie gegen raktionäre Ideologien immun macht". Die Studentenbewegung hat ambivalente Motive, die zwar die mangelnde Bereitschaft breiter Studentenschichten bedeuten, offene Herrschaft auszuüben, aber keinesfalls eine direkte Interessenidentität jener Studentenfraktionen, die die Bewegung derzeit tragen, und der Arbeiterklasse. Die Fraktionen der Studenten, die für den unmittelbaren Produktionsprozess ausgebildet werden und langfristig am wichtigsten sind, sind derzeit am unbeweglichsten und auf ihre handfesten Privilegien (relativ zu anderen Fraktionen des produktiven Gesamtarbeiters) versessen. Insofern sind

die derzeitigen strategischen Schwierigkeiten durch die abstrakte Analyse des Kapitalisierungsprozesses der Wissenschaften nicht aus der Welt geschafft.

J.S.

Theoretische und kritische Anmerkungen zur "Analyse der Studentenbewegung" von J.Schmierer, SDS Heidelberg

In einem vielbeachteten Artikel "Zur Analyse der Studentenbewegung" (in: Rotes Forum, Heidelberg Nr. 5/69) hat sich J. Schmierer mit den beiden theoretischen Grundsätzen der Studentenrevolte, der Theorie von der Kapitalisierung der Wissenschaft und dem Modell des "autoritären Staates", auseinandergesetzt. Dabei hat er sich von der Auffassung, der "autoritäre Staat" sei zum Zentrum der tendenziellen Aufhebung der Klassenwidersprüche im Sinn einer zunehmenden Polarisierung des Individuums und der es dirigierenden anonymen "Apparate" geworden, rasch distanziert. Aber auch der erste Legitimationsversuch zeichnet sich laut Schmierer "dadurch aus, daß (er) keine adäquate Bestimmung des Verhältnisses von Studenten und Arbeiterbewegung (zulasse) und deshalb immer wieder zu akzidentiellen Hilfskonstruktionen (zwinge)" (S.5.). Trotzdem kommt Schmierer dann zu folgender, die Kapitalisierungstheorie favorisierender Feststellung: es "kann eine Analyse der Funktion der Wissenschaft im kapitalistischen Produktionsprozess dann zu einer Einschätzung der Studentenbewegung führen, wenn die Wissenschaft in ihrem widersprüchlichen Verhältnis zum Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital diskutiert wird, statt bloß als Widerspruch von Kapital und Wissenschaft dem Grundwiderspruch schlicht zugeschlagen zu werden." (S.5). Diese prinzipiell richtige Forderung wäre vor allem dahingehend zu ergänzen, daß die Rolle der Wissenschaft nicht nur abstrakt als integraler Bestandteil der antagonistischen Beziehungen zwischen lebendiger und vergegenständlichter Arbeit untersucht werden darf, sondern daß diese Untersuchung zugleich in den vorgegebenen historischen Rahmen eingeordnet werden muß, in dem die Kategorienbildung der Kritik der politischen Ökonomie grundsätzlich ihre Grenze findet. Auf Grund der in der Studentenbwegung noch immer recht kümmerlichen Einsichten in die bundesrepublikanische Geschichte der Entfaltung des Widerspruchs zwischen Arbeits- und Verwertungsprozess kann jede Diskussion über die Funktion von Wissenschaft und Bildung unter dem Aspekt der Selbstverwertung des Kapitals zunächst nur historisch-materialistisch sein (vgl. dazu meine vorläufigen "Thesen zu einer Analyse der Wissenschafts- und Bildungspolitik des bundesrepublikanischen Machtkartells", hrsg. v. AStA der Universität Hamburg, 1969). Trotzdem sollen im folgenden einige Verallgemeinerungen versucht werden, die geeignet scheinen, die Kapitalisierungstheorie aus dem Stadium der "Hilfskonstruktionen" herauszubringen, und ihre Ergebnisse mit den Auffassungen des Genossen Schmierer zu konfrontieren.

1. (Wissenschaft als "Gratisproduktivkraft" im vormonopolistischen Kapitalismus)

Schon seit Jahrhunderten ist die Produktion wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse eng mit dem materiellen Produktionsprozess verbunden. Keiner dieser beiden Faktoren ist in der kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte ohne den anderen denkbar. Ohne die Entwicklung des Welthandels wäre die Entstehung der Astronomie nicht möglich gewesen, die Anwendung der Dampfmaschine bedingte das Aufkommen der Thermodynamik und der klassischen Physik. Aber erst die allgemeine Einführung des Maschinensystems, die den manufakturellen Kapitalismus schrittweise industrialisierte, machte Wissenschaft und Technik als Produktionspotenzen des Kapitals bedeutsam. Die Wissenschaft wurde zur "Gratisproduktivkraft" (Marx) des Kapitals, die eine der vielen Produktivkräfte darstellt, welche sich das Kapital im Verlauf seiner Entwicklung einverleibt, und welche neben der Teilung der Arbeit und der Kooperation zu dem mit "der historischen Entwicklung der Gesellschaft sich entwickelnde(n) Kräfte(n) der Arbeit" (K. Marx, Manuskript über Technik, unveröffentlicht, Archiv des ZK der KPdSU) zu zählen ist. Trotzdem behält die Wissenschaft bis zum Ende der konkurrenzkapitalistischen Periode ihren relativ eigenständigen Charakter; sie geht nur spontan und anarchisch mit ihren Erkenntnissen in den Produktionsprozess ein. In der vormonopolistischen Phase seiner erweiterten Reproduktion schafft das Kapital "die Wissenschaft nicht, aber es exploitiert sie, eignet sie dem Produktionsprozess an" (Marx, ebd.), und macht sie zu einem wichtigen Bestandteil seiner Herrschaft über die Arbeit. Hat die Steigerung der Arbeitsintensität bereits durch die einfache Kooperation und die Teilung der Arbeit erhebliche Ausmaße angenommen, wächst sie mit der Einführung der Maschinerie weiter an, wie etwa "im mechanischen Atelier mit der regelrechten Gleichmäßigkeit und Unermüdlichkeit einer toten Naturkraft, eines eisernen Mechanismus" (Marx, ebd.). So wird die "Wissenschaft, die die unbelebten Glieder der Maschinerie zwingt durch ihre Konstruktion zweckmäßig als Automat zu wirken" (Marx, Grundrisse), allmählich integraler Bestandteil der Beherrschung der lebendigen Arbeit durch die vergegenständlichte, statt daß die lebendige Arbeit sich mit Hilfe der Produktionspotenz Wissenschaft die vergegenständlichte Arbeit ihren gesellschaftlichen Bedürfnissen unterwirft. Folglich existiert die Wissenschaft im Kapitalismus zunächst "nicht im Bewusstsein des Arbeiters, sondern wirkt durch die Maschinen als fremde Macht auf ihn, als der Macht der Maschine selbst" (Marx, ebd.). Erst mit ihrer massenhaften und kontinuierlichen Einverleibung in die Mehrwertproduktion verliert wissenschaftliche Arbeit ihren privilegierten, d.h. nur akzidentiell und zufällig durch die Selbstverwertung des Kapitals bestimmten Charakter. Der Autarkievorstellung einer herrschaftsfreien Erkenntnis durch Wissenschaft wird der Boden erst entzogen, sobald der längst vollzogenen Unterjochung der mauellen Arbeit unter das Kommando des Kapitals die Diktatur des Kapitals über die geistige auf dem Fuße folgt.

2. (Die Einverleibung der "Gratisproduktivkraft" in den Widerspruch zwischen Arbeits- und Verwertungsprozess - oder

wie die Wissenschaft aufhört, autonome Produktivkraft zu sein)

Der Prozess der konsekutiven Unterordnung der geistigen lebendigen Arbeit unter die vergegenständlichte fällt mit dem Übergang des Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus zusammen, wobei bestimmte wissenschaftliche Erkenntnisse (vor allem in Chemie, Elektrotechnik und Maschinenbau) zur entscheidenden materiellen Basis des die Monopolisierungsprozesse antreibenden Kampfes um den Monopolprofit werden, welcher den bisherigen Ausgleich der Profitraten im Sinn des konkurrenzkapitalistischen Durchschnittprofits beseitigt. Von den Funktionären der sich allmählich verfestigenden Monopole werden Forschungs- und Entwicklungsmittel, wissenschaftlich-qualifizierte Arbeitskräfte angewandt mit dem Ziel, Wissenschaft zu schaffen, kontinuierlich wissenschaftlich-technische Neuerungen zwecks Steigerung der Arbeitsproduktivität zu verwerten. Voraussetzung dafür ist das kapitalistische Monopol, das die zunehmende Entwertung der Waren zulässt, ohne den Unternehmer zu ruinieren, weil die Wert-Preis-Beziehung innerhalb eines definierten Spielraums entkoppelt ist. Schliesslich werden in einem weiteren Schritt immer größere Teile der Wissenschaftseinrichtungen des wilhelminischen Staats zu Rekrutierungsinstanzen hochqualifizierter Arbeitskraft und zu Basiseinrichtungen der Konzernforschung umgebaut, soweit sie nicht überhaupt erst auf Initiative des Monopolkapitals eingerichtet werden (z.B. Gründung der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft", des Vorläufers der "Max-Planck-Gesellschaft" im Jahr 1887 auf Betreiben der chemischen und elektrotechnischen Industrie). Unter spezifischen historischen Bedingungen, modifiziert insbesondere durch 2 imperialistische Kriege, schlägt dieser zunächst nur in einem kleinen Sektor wirksame Prozess der mit Hilfe des kapitalistischen Superfetischs Staat systematisierten Einverleibung der Produktionspotenz Wissenschaft in den Widerspruch zwischen Arbeits- und Verwertungsprozess allmählich in eine neue Qualität um. Im Bereich der "Gratisproduktivkraft", der sich selbst immer weniger auf die Produktionswissenschaften im engeren Sinn beschränkt, bildet sich der gleiche Grundwiderspruch aus, dem die materielle Produktion schon seit Jahrhunderten unterworfen ist. Wissenschaftliche Arbeit wird in der Phase ihrer mittelbaren oder unmittelbaren Anwendung im Produktionsprozess zur Lohnarbeit, die Zeit, in der sich der wissenschaftliche Arbeiter qualifiziert (Qualifikationszeit im Gegensatz zur Periode der Vergegenständlichung), dient fortan ausschliesslich der Erzeugung der vom Kapitalisten nachgefragten spezialisierten Arbeitskraft, damit sie sich unter seinem Kommando im Produktionsprozess mit ihren wissenschaftlich-technischen Erkenntnis- und Praxisinhalten vergegenständlicht. Ebenso wie die weniger kompliziert zusammengesetzte Arbeit leistet auch die wissenschaftlich-technisch qualifizierte Arbeitskraft heute Mehrarbeit, sie ist an der Produktion eines unbezahlten zusätzlichen Waren quantums beteiligt, in welchem Mehrwert enthalten ist. Dieses zusätzliche Warenquantum ist jedoch nicht isoliert fassbar: vielmehr schafft die kompliziert zusammengesetzte Arbeitskraft die Produktionsbedingungen, die erforderlich sind, damit die einfach zusammengesetzte Ware Arbeitskraft in der gegebenen Zeiteinheit ein größeres zusätzliches Warenquantum produziert. Dabei ist, wie Marx selbst schon ansatzweise nachwies, jede hochkompliziert zusammengesetzte Arbeit auf einfache Durchschnittsarbeit reduzierbar; die unterschiedlichen Wertquanta, die von den unterschiedlich qualifizierten Arbeitskräften im Produktionsprozess auf die Waren übertragen werden, können dementsprechend in Korrelation mit der jeweils verausgabten Arbeitszeit aufgeschlüsselt werden. Insofern ist wissenschaftlich-technische Arbeit weder eine neue "primäre Mehrwertquelle" (Habermas), noch kann sie künstlich aus dem eigentlichen materiellen Produktionsprozess als eingenständige "Entwicklungsarbeit" (Janossy) abgesondert werden. Durch die Einverleibung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in dem kapitalistisch gesteuerten Produktionsprozess hat sich das Wertgesetz nicht etwa geändert, es hat sich nur der Spielraum erweitert, innerhalb dessen es zur Wirkung kommt. Manuelle und geistige Arbeit, bis tief in die monopolkapitalistische Reproduktionsperiode hinein voneinander getrennt, werden tendenziell wieder - wenn auch nur in Formen koordinierter Arbeitsteilung - zur produktiven Gesamtarbeit verschmolzen, ohne dass sich am Oberkommando des Kapitals über die Summe der unterschiedlich qualifizierten Arbeit das geringste ändert. Je größer die Zahl der in den Produktionsprozess und dessen Vorstufen eingehenden Wissenschaftler und Techniker, desto geringer für sie die Möglichkeit, auf der Basis der vom Kapitalismus zunächst hervorgebrachten Trennung der Arbeit in manuelle und geistige Arbeit ihre bisherige Privilegierung zu motivieren. Diese Umstrukturierung im Produktionsprozess wirkt notwendig auf die diesem vorgeschaltete Qualifikationsperiode zurück. Gegenwärtig zeigt sich ganz deutlich, dass die Prdouktionswissenschaftler und Ingenieure schon in ihrer Ausbildungsphase "auf Grund ihrer Stellung zur unmittelbaren Produktion, wenn sie ihre ständischen Interessen durchbrochen haben, sich wesentlich konsequenter politisieren als die Überbauberufe und ihren intelligenzlerischen Eskapismus viel leichter überwinden!" (Schmierer, ebd. S. 9). Objektive Voraussetzung dafür ist, dass die im Produktionsprozess durch die kombinierte manuelle und geistige Arbeit geschaffenen Warenquanta ein zusätzliches Warenquantum enthalten, welches sich der Unternehmer gratis aneignet, und dass dieses sich aus der Summe der von den unterschiedlich qualifizierten Arbeitskräften geleisteten Gesamtmehrarbeit schlüssig herleiten läßt. Wenn die sogenannte technische Intelligenz ihre bisherige subjektive Klassenlage überwinden soll, muß sie erst einmal ihre objektive Klassenlage, die gekennzeichnet ist durch zunehmende Beteiligung an der Mehrwertproduktion, erkennen lernen.

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:

EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

3. (Zusammenfassung; Hinweise auf einige Sonderprobleme der Kapitalisierungstheorie)

3.1.

Wir können zusammenfassend feststellen, daß sich immer größere Gebiete der Wissenschaft vom Stadium der spontan und anarchistisch angeeigneten "'Gratisproduktionskraft"' zu

integralen Kapitalbestandteilen weiter entwickelt haben, in denen sich der Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital genauso reproduziert wie im eigentlichen materiellen Produktionsprozeß. Dabei müssen der materielle Produktionsprozeß und der Prozeß der kapitalistisch-staatlich organisierten Erzeugung von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen und hochqualifizierten Arbeitskräften als einheitlicher entfalteter materieller Produktionsprozeß definiert werden, den sich das Kapital, ausgehend von den von ihm beherrschten Produktionsprozessen im engeren Sinn bis hinüber zu den außeruniversitären Forschungszentren, Hochschulen und Fachhochschulen, gegenwärtig in seiner Gesamtheit unterstellt. Um den entfalteten Produktionsprozeß zu garantieren und sich Waren anzueignen, die infolge ihrer technologischen Monopolstellung auf den internationalen Märkten möglichst hohe Profite garantieren, kombiniert der Kapitalfunktionär (unter zunehmender Verwendung von über dem Staatshaushalt umverteilter Revenue) konstantes Entwicklungs- und Produktionskapital mit gewissen Quanten unterschiedlich zusammengesetzten Kapitals (Anlernarbeiter, Facharbeiter, HTL-Ingenieure, TH-Ingenieure und Naturwissenschaftler). Der Verkäufer der kompliziert zusammengesetzten Arbeitskraft ist somit genauso Bestandteil der Arbeiterklasse wie der Arbeiter, der lediglich gewisse manuelle Durchschnittsfähigkeiten verkauft. Mit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte nimmt der Anteil der hochqualifizierten Arbeit, der gegenwärtig noch verhältnismäßig gering ist (im Durchschnitt 5-6% der Gesamtbelegschaften, von diesen 5-6% wieder ca. 25% TH- und 75% HTL-Ingenieure), weiter zu. Wie empirische Untersuchungen über die aktuelle Struktur der Arbeiterklasse zwigen, hat sich dieser Umschichtungsprozeß im letzten Jahrzehnt erheblich beschleunigt. Mag dieser im einzelnen noch so heterogen und unübersichtlich erscheinen: die hochqualifizierten Arbeiter werden, soweit sie nicht noch vorübergehend Kapitalfunktionen erfüllen, wie z.B. die REFA-Ingenieure, genauso ausgebeutet wie der Fließbandarbeiter und die unterschiedlichen Interessenkonflikte, die sich aus der Stellung im Arbeitsprozeß, aus dem unterschiedlichen Qualifikationsgrad und den unterschiedlichen Entlohnungstechniken ergeben, stellen in Anbetracht des Grundwiderspruchs nur Nebenwidersprüche dar. Nicht zufällig macht sich sogar in solchen Forschungs- und Entwicklungszentren, die nicht unter dem direkten Kommando des Kapitals stehen, aber auf dessen wissenschaftlich-technische Verwertungsinteressen hin entstanden sind, die Tendenz bemerkbar, den Ausbeutungsprozeß der qualifizierten Arbeiter den Methoden der Ausbeutung des klassischen Industrieproletariats anzupassen. Wenn die Heidelberger "Studiengruppe für Systemforschung" vor einigen Jahren empfahl, für das Entlohnungsverfahren der Wissenschaftler in den Großforschungszentren eine modifizierte Form der "analytischen Arbeitsplatzbewertung" einzuführen, wirft dies ein bemerkenswertes Schlaglicht auf die objektiven Bewegungsprozesse innerhalb der entfalteten materiellen Produktion, die in der nächsten Zeit detailliert aufgearbeitet werden müssen.

3.2.

Freilich sollten wir die Nebenwidersprüche nicht unterschätze... die zwischen den wissenschaftlich-technisch qualifizierten und den klassischen Schichten des Proletariats bestehen. Überall dort, wo die hochqualifizierte Arbeit noch nicht im Produktionsprozeß kollektiv organisiert auftritt - also außerhalb der forschungsintensiven Großkonzerne mit ihren Planungsstäben, Entwicklungsabteilungen, Computerzentren usw. -, manifestiert sich die Wissenschaft noch immer als Macht der Maschine über den lohnabhängigen Produzenten. Dem von der vergegenständlichten Arbeit arbeitsteilig angewandten Lohnabhängigen wird noch nicht bewußt, daß es nicht unmittelbar die eigene Arbeit ist, die ihm in der Maschine als unverstandene Macht über seine eigene Tätigkeit gegenübertritt. Hier ist Wissenschaft noch das "Privileg einer gesonderten Schicht, zu der Arbeiter nur in seltenen Fällen aufzusteigen vermögen" (Tomberg, in: Das Argument 52, S.198). Tritt ihnen die Technologie dagegen personifiziert gegenüber, z.B. in Gestalt des REFA-Ingenieurs, wird sie zu Recht als Kapitalbestandteil begriffen. Demzufolge kann nur über die vom forschungsintensiven Großkapital beherrschten Produktionsprozesse im Sinn ihrer wissenschaftlich entfalteten Form gesprochen werden, während für die meisten mittleren und kleinen kombinierten Kapitale die Wissenschaft nach wie vor eine mehr oder weniger akzidentielle "Gratisproduktivkraft" ist. Aus diesem Tatbestand ergeben sich einige außerordentlich komplizierte Sonderprobleme, die zu lösen zweifellos die Existenz einer erfahrenen Organisation des klassenbewußten Proletariats voraussetzen würde: die Klassenkampfstrategie muß für den Kampf gegen die unterschiedlichen, in ihrer Struktur verschiedenen historischen Epochen entsprechenden

politische buchhandlung
ökonomie
befreiungsbewegungen
materialismus
arbeiterbewegung
lehrerbildung
erziehung
psychologie
soziologie
hochschulpolitik
recht
faschismus
zeitschriften
schiffgasse 3 - an der mensa
ca. 11 - 18.30 uhr tel. 46153

Kapitalgruppen zwar einheitlich, ihrer Taktik aber unterschiedlich sein; die historische Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Kapitalakkumulation und der organischen Zusammensetzungsraten muß hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Wirtschaftszyklus untersucht werden; die gegenwärtigen Strukturveränderungen der Arbeiterklasse dürfen nicht nur sozialempirisch konstatiert, sondern müssen aus dem Bewegungsprozeß des Grundwiderspruchs zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen abgeleitet werden usw. Hier hat eine dem Proletariat dienende Wissenschaft wichtige Aufgaben zu erfüllen: nur auf der Basis detaillierter Analysen der Schichten der Arbeiterklasse und einer exakten Abgrenzung der Arbeiterklasse gegenüber den unproduktiven Mittelschichten auf der einen und der herrschenden Klasse auf der anderen Seite läßt sich gegenwärtig die Herstellung einer materialistisch (und nicht nur verbal zur Verdeckung eines revisionistischen Standpunkts) fundierten Einheit der Gesamtarbeiterklasse leisten.

3.3.

Ein weiteres Sonderproblem ergibt sich aus der Tatsache, daß jegliche kompliziert zusammengesetzte Arbeit im Gegensatz zur einfachen Arbeit in zwei deutlich voneinander abgegrenzte Entfaltungsperioden aufgegliedert werden muß: in die Periode ihrer Qualifikation und ihrer nachfolgenden Vergegenständlichung innerhalb der entfalteten materiellen Produktion. Die Qualifikationsperiode, die in ihrer Zeitgröße mit dem am Ende erreichten Qualifikationsgrad annähernd korreliert, wird in den spezifischen Institutionen des Ausbildungs- und Sozialisationssektors (Sekundärschulen, Fachhochschulen, Universitäten, Ausbildungszentren der Konzerne usw.) absolviert. Dabei kann man allgemein feststellen, daß die Vorbestimmung der Qualifikationsinhalte und Qualifikationsgrenzen umso stärker von den Anforderungen der späteren Verwertung beherrscht wird, je näher die Qualifikationsphase dem Kern der entfalteten materiellen Produktion, der eigentlichen Mehrwertproduktion im Arbeitsprozeß, ist. Weitet sich, wie wir oben nachgewiesen haben, die Sphäre der Mehrwertproduktion aus, muß das Kapital, welches sie organisiert, konsequenterweise auch neue Bereiche der Qualifikationsphase für kompliziert zusammengesetzte Arbeit erfassen. An einem konkreten Beispiel ausgedrückt: das bundesrepublikanische Kapital bereitet sich gegenwärtig darauf vor, auf breiter Front von der vollmechanisierten zur halbautomatischen Produktion überzugehen. Dabei stellen seine Funktionäre fest, daß bestimmte Schichten der Arbeiterklasse, nämlich Facharbeiter und Meister, freigesetzt werden müssen, während gleichzeitig der Bedarf an mittelqualifiziertem Steuerungspersonal (Fachhochschul-Absolventen) steigt. Da die Einführung neuer Informations- und Kommunikationssysteme in die Konzernforschung gleichzeitig die quantitative Reduktion höchstqualifizierter wissenschaftlicher Arbeitskräfte bei steigenden Qualitätsanforderungen zur Folge hat, werden die Ausbildungsgänge oberhalb des Fachhochschulbereichs entsprechend komprimiert. Die Umschichtung der Arbeiterklasse, Konsequenz der von den Kapitalfunktionären vorgenommenen strukturellen Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, spiegelt sich in der Qualifikationssphäre ihrer hoch- und mittelqualifizierten Schicht also nur entsprechend wider. Ihr adäquater Ausdruck ist die "Technokratische Hochschulreform". Mit ihrer Hilfe verwandelt das Kapital einen Teil der sogenannten Intelligenz schon in ihrer Ausbildungsphase in eine hochqualifizierte Schicht der Arbeiterklasse. Das heißt, daß jeder Versuch der autonomen, hochspezifischen Organisation dieses Teils der Arbeiterklasse syndikalistisch ist und notwendig in opportunistisch-elitäre Vorstellungen à la "technische Intelligenz" führen muß; ihre revolutionäre Organisation kann nur als Zusammenfassung mit den übrigen Schichten der Arbeiterklasse zu definieren sein. Die Projektgruppe für Produktionswissenschaften und Technologie als historisch legitimer Ausdruck der Vororganisation hoch- und mittelqualifizierter Arbeiter in ihrer Qualifikationsperiode müßten dementsprechend in ihrer Perspektive auf eine revolutionäre Organisation der Gesamtarbeiterklasse ausgerichtet werden. Dabei wird letzten Endes die sogenannte Berufspraxis (Praxis der Phase der Vergegenständlichung in der entfalteten materiellen Produktion) die Praxis der Ausbildungsphase (sozialistische Hochschulpolitik) bestimmen, nicht aber die Hochschulpraxis die "Berufspraxis" in der illusionären Hoffnung, letztere könne spontan revolutionäre Prozesse vermitteln, die letzten Endes doch nur als Fortsetzung syndikalistischer Hochschulpolitik unter anderen Bedingungen zu verstehen sind.

3.4.

Es versteht sich von selbst, dass wir mit unserer Analyse bis jetzt nur die objektive Klassenlage eines Teils der Studenten herausgearbeitet haben, die an den Universitäten für etwa 1/3, an den Technischen Hochschulen zu etwa 2/3 und nur an den Fachhochschulen in der überwiegenden Mehrzahl gegeben ist. Diese grobe Einteilung kann und will die detaillierte Klassenanalyse nicht ersetzen. Ihr eigentlicher Wert liegt denn auch mehr darin, dass sie die Ausbildungssphäre für hoch- und mittelqualifizierte Arbeitskräfte kategorial zusammenfasst und gleichzeitig auf die Phase der Vergegenständlichung im entfalteten materiellen Produktionsprozess bezieht.

Trotzdem findet die Kapitalisierungstheorie mit der Definition und Zielsetzung eines Projektbereichs Produktionswissenschaft und Technologie keinesfalls schon ihre Grenze. Für den Kapitalfunktionär bedeutet die Verwertung von Wissenschaft und Technik, dass er sich mit ihrer Hilfe und unter Anwendung ihrer Methoden die Kräfte der Natur und des Menschen verfügbar macht und auf diese Weise den Mechanismus der Selbstverwertung des Kapitals möglichst optimiert: Die Technik wird zur Effektivierung und Rationalisierung des konstanten und des variablen Kapitalbestandteils eingesetzt. Dabei wird oft übersehen, welche ungeahnte Bedeutung in diesem Zusammenhang gerade die "Verfügbarmachung der Kräfte des Menschen" (Konstanzer Technologie Papier) zu Zwecken der Steigerung der Rate des relativen Mehrwerts gewonnen hat. Schritt für Schritt werden gegenwärtig die bisherigen "Geistes"- und Kulturwissenschaften zugunsten des Primats der Leistungsoptimierung der verschiedenen Qualifikationsschichten der Arbeiterklasse herangezogen, ein Prozess, der als Anpassung an die seit längerem schon kapitalisierten Methoden der Erfahrungswissenschaften imponiert. So traditionsreiche Fachsparten kleinbürgerlicher Pseudowissenschaft

wie Psychologie, Soziologie, Erziehungswissenschaften bis hinüber zur Literaturwissenschaft operieren mehr und mehr zugunsten der "Aufstellung eines Katalogs gesicherter Wenn-Dann-Beziehungen über das Verhalten des Menschen, der es gestattet, vorgegebenes, nicht auserlesenes Menschenmaterial ebenso zuverlässig für vorgegebene Zwecke einzusetzen, wie dies die traditionelle Technik mit konventionellen Materialien zustande bringt. "Genaugenommen bemüht sich die moderne Wissenschaft vom Menschen... darum ",auf die offenen, leicht als klassenbedingt ausweisbaren Herrschaftsstrukturen "zu verzichten und (den Menschen) dank umfangreicher Kenntnisse seiner Eigenschaften genauso zu verwerten, wie ein Ingenieur sein Material nicht nach seinem Vollkommenheitsgrad disqualifiziert, sondern je nach seinen verschiedenen Eigenschaften einsetzt und verändert" (ebda. S.3). Das heißt allerdings nicht, dass es derlei Ansätze der "Objektivierung" der Gesellschafts- und Geisteswissenschaften nicht auch schon in den frühen Phasen der Technik- und Wissenschaftsgeschichte gegeben hätte: Schon in den 20er Jahren hatte man von der Psychologie die "Betriebspsychologie", von der Soziologie die "Betriebssoziologie" und von der Medizin die "Arbeitsmedizin" als Disziplinen zur Erforschung der Bedingungen möglichst konfliktloser Steigerung der relativen Mehrwertsraten abgespalten. Mehr und mehr werden jedoch die Gesellschaftswissenschaften in ihrer Gesamtheit als Verwertungswissenschaften gehandhabt, und ihre Resultate werden nicht nur zur Erhöhung der Ausbeutung aller Schichten der Arbeiterklasse, sondern gleichzeitig als Herrschaftswissenschaften verwendet, deren Ergebnisse bei Bedarf sogar auf die angewendet werden, die diese selbst studieren.

Es ist gegenwärtig noch nicht möglich, den aktuellen Stand der Transformation der Gesellschaftswissenschaften exakt auszumachen. Jedoch spricht vieles dafür, daß diese gerade dabei sind, ähnlich wie die produktionsbedingten Technologien vor 6o Jahren über das Stadium akzidentieller " Gratisproduktivkräfte" des Kapitals hinauszuwachsen, die bisher nur in Teilbereichen als Informationslieferant über die Möglichkeiten der konfliktlosen Steigerung der Raten des relativen Mehrwerts herangezogen worden waren. Dabei wird sich der qualitative Sprung keinesfalls so vollziehen, wie er für den Bereich der Produktionswissenschaften und -technologien nachgewiesen worden ist: eine zur kapitalistischen Bildungsökonomie gewandelte Erziehungswissenschaft beispielsweise wird erst recht Herrschaftswissenschaft, innerhalb ihrer kann sich der Widerspruch zwischen Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß nicht einmal ansatzweise entfalten, weil durch sie nur der Exploitationsgrad der Arbeit anderer, nämlich der sich qualifizierenden Schicht der Arbeiterklasse, optimiert wird, die dazu geleistete wissenschaftliche Arbeit aber selbst keinen direkten materiellen Bezug zur Mehrwertproduktions gewinnt. Dasselbe gilt für die übrigen Gesellschaftswissenschaften, die in der Phase ihrer allmählichen Transformation zwar in enger Beziehung zum Kapital treten, aber grundsätzlich nicht in ein materiell ausgewiesenes widersprüchliches Verwertungsverhältnis: die werden lediglich als Herrschafts- und Ausbeutungstechniken optimiert und diejenigen, die innerhalb dieser Sphäre revolutionär arbeiten wollen, vermögen dies nur als kleinbürgerliche Bündnispartner und Agenten des Proletariats, das sie darüber informieren und aufklären, wie die Manipulationswissenschaften permanent dem latenten Bewußtsein entgegenarbeiten, daß die Beseitigung des Kapitalismus möglich und gesellschaftlich notwendig ist.

4. Zur Kritik der hochschulpolitischen Konzeption J. Schmierers

Es soll nicht bestritten werden, daß der bisher geleistete Versuch, den allmählich in Gang kommenden Prozeß der Differenzierung der objektiven Klassenlage der Studenten aus der Analyse von Wissenschaft und Technik als integralem Bestandteil des Grundwiderspruchs zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß abzuleiten, noch weitgehend hypothetisch ist. Es ist jedoch nicht Aufgabe dieser Arbeit, die in ihr entwickelten theoretischen Positionen bis ins letzte Detail analytisch nachzuweisen. Ihre Funktion wäre schon erfüllt, wenn glaubhaft nachgewiesen wäre, daß die von Schmierer als "Kapitalisierungstheorie" gekennzeichneten Ansatzpunkte ausreichen, um eine "adäquate Bestimmung des Verhältnisses von Studenten- und Arbeiterbewegung zu(zu)lassen" (Schmierer, aaO S.5) ohne permanent zu "akzidentiellen Hilfskonstruktionen" zu zwingen. Solange die "Kapitalisierungstheorie" die beiden zentralen Ansatzpunkte der kapitalistischen Organisation und Verwertung von Wissenschaft: als integraler Bestandteil des Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital und als Herrschafts- und Manupulationswissenschaft, nicht reflektierte und sich stattdessen ausschließlich auf den nur begrenzt wirksamen direkten Kapitalisierungsmechanismus berief, produzierte sie in der Tat eine kategoriale Scheintotalität, die der realen Totalität der Klassenherrschaft nicht entsprach. Sie war infolgedessen unfähig, die seit längerem anstehenden Fragen der Analyse und der Perspektiven der Studentenbewegung auf einen dialektisch-materialistisch-ausgewiesenen Denkansatz zurückzubringen.

Im folgenden sollen zwei Überlegungen Schmierers kritisch beleuchtet werden, die in seiner Arbeit eine hervorragende Rolle spielen: die Einschätzung der Studentenrevolte als kleinbürgerliche Defensivbewegung der Studenten der philosophischen Fakultäten, und die Frage, in welche Richtung die Studentenbewegung weiterentwickelt werden soll. (Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, daß die Arbeit Schmierers weitere wichtige Denkansätze enthält, die sich mit meiner Auffassung decken und deshalb in diesem Zusammenhang nicht zur Debatte stehen).

4.1.

(Die Studentenrevole als 'Defensivbewegung' gegen die Formierungstendenzen des Kapitals - oder historisch bewußtlose Offensive gegen eine herrschaftsunfähig gewordene Fraktion der herrschenden Klasse?)

In seiner Arbeit versucht Schmierer u.a. zu klären, warum die Studentenrevolte der Jahre seit 1966/67 weitgehend auf die Studenten der philosophischen Fakultäten beschränkt geblieben ist. Er stellt darüberhinaus die Frage, warum sich die Revolte der Überbaustudenten nicht friktionslos auf die produktions- und ingenieurwissenschaftlich orientierten Institutionen des Ausbildunssektors übertragen ließ. Alles in allem hat sich Schmierer dazu nur

sehr oberflächlich geäußert: er führt den Ausbruch der Revolte an den philosophischen Fakultäten darauf zurück, daß der bundesrepublikanische Kapitalismus angesichts der Verschärfung seiner immanenten Widersprüche seine ideologischen Manipulations- und Formierungsversuche intensiviert habe, worauf es bei den Studenten der geisteswissenschaftlichen Fächer zum Ausbruch einer schon seit längerem latent vorhanden gewesenen Protestbewegung gekommen sei. "Dieser allgemeinen Tendenz (der Formierung, d.Verf.), die sich in der Spiegelaffäre, der Verabschiedung der Notstandsgesetze und der Hetze gegen jede oppositionelle Regung vor allem in der Springer-Presse zeigte, kontrastierte die Koexistenzpolitik der Sowjetunion, was eine antikommunistische Legitimation der Formierung erschwerte. Die Einsicht in die versteckte Aggressivität des kapitalistischen Systems, die sich in Notstandsgesetzen und Pressehetze offenbarte, wurde durch die offenen Gewaltmaßnahmen der USA gegen das vietnamesische Volk erleichtert, zumal nach 1945 gerade die USA als Friedensgarant den Köpfen eingebleut worden war." (S.6) Offensichtlich merkt Schmierer selbst, daß die Aufzählung der verschiedenen Ansatz- und Praxispunkte der antiautoritären Rebellion noch keine Aufzählung der Ursachen für den merkwürdigen Tatbestand ist, daß sich diese Rebellion 66/67 mehr und mehr auf die philosophischen Fakultäten als Kristallisationskern konzentrierte. Er bringt deshalb das Zusatzargument, zu dieser Zeit habe das "ganze Machwerk autoritärer Disziplinierung" als Ausfluß der Formierungstendenzen des Kapitals gerade die Studiengänge an den philosophischen Fakultäten erfaßt: "An der phil.Fak. aber wurde eine Wissenschaft 'rationalisiert', deren Unsinnigkeit schon weithin durchschaut war und die als einzige Kompensation bis dahin wenigstens den individuellen Eskapismus geboten hatte. Mit diesem Eskapismus wurde durch die Studienreform und die Hochschulgesetze aufgeräumt. Gleichzeitig wurde einleuchtend klar gemacht, daß Wissenschaft nur als Herrschaftswissenschaft und nicht als emanzipatorische Praxis einleitende zugelassen wird, wurde doch in allen Hochschulgesetzen vor allem auf ein politisches Disziplinarrecht Wert gelegt." Schmierer schließt seine Argumentationskette mit folgenden, reichlich lax gehaltenen Formulierungen ab: "Weil der ganze geistesgeschichtliche Kram schon vorher wenig befriedigt hatte, und nun auch die antibourgeoise Kompensation verwehrt wurde, brachen die allgemeinen Widersprüche im Bewußtsein eines Teils der Phil-Fak.-Studenten auf, und führten zu einer latenten Aktionsbereitschaft der Phil.-Fak.-Studenten." (S.6) Diese "latente Aktionsbereitschaft" war, Schmierer zufolge, kleinbürgerlich-defensiv: die revoltierenden Studenten bekämpfen nicht grundsätzlich die Warengesellschaft, sondern wehren sich dagegen, daß sie selbst zur Ware werden ... Die Studenten können nicht durch die Bewegung als solche zu Sozialisten werden, denn diese ist durch die Ablehnung der Warengesellschaft für sich selbst aber nicht durch ihre generelle Bekämpfung gekennzeichnet." (ebenda, S.12) Für jeden, der seit 1965 in die Studentenbewegung integriert gewesen ist, ist klar, daß Schmierer mit seinen hier kurz zusammengefaßten Überlegungen die Ursache der Revolte keinesfalls erklärt und darüberhinaus die banalsten historischen Daten durcheinandergeworfen hat. Bis 1968 war, wenn man von einigen papiernen Versuchen des "Wissenschaftsrats" und des "Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft" absieht, von einem "Machwerk autoritärer Disziplinierung" nichts zu spüren, und für individuellen Eskapismus war, wie die Revolte selbst zeigt, bis 67/68 noch genug Platz. Auch kann bis weit in das Jahr 1968 von einer tatsächlich durchgeführten "Studienreform", geschweige denn von "Hochschulgesetzen", nicht die Rede sein. Man hat den Eindruck, als habe Schmierer die tatsächlichen materiellen Veränderungen der Studienbedingungen der Phil.Fak., wie sie spätestens Mitte 1968 wirklich einsetzten, unwillkürlich in die erste Phase der Rebellion projiziert, weil ihm die auslösenden Faktoren dieser ersten Phase nach wie vor unverständlich bleiben. So werden Ursachen mit Folgen verwechselt, d.h. die Folgen zu den Ursachen erklärt, was dann zur falschen Auffassung führt, die Revolte sei von Anfang an eine 'Defensivbewegung' gewesen.

Demgegenüber tun wir gut daran, die Hochschulrevolte in zwei qualtitativ unterschiedliche Phasen einzuteilen. Die erste Phase (1965/66 bis zu den Osterunruhen) war die Periode historisch-bewußtloser Offensivpolitik gegen eine die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten weitgehend noch kontrollierende, aber im Sinn der neuen Bedingungen der Kapitalexpansion schon anachronistisch gewordenen Fraktion der herrschenden Klasse; die zweite Phase, mit dem Zusammenbruch der Notstandskampagne beginnend und bis heute fortdauernd, ist gekennzeichnet durch den allmählichen Übergang zur antikapitalistischen, antitechnokratischen Defensivbewegung gegen die großkapitalistische Fraktion der herrschenden Klasse, die die im Verlauf der Rebellion verschlissene ordinarial-industrielle Zweckkoalition herkömmlicher Art weitgehend entmachtet hat und inzwischen den Prozeß der Kapitalisierung der Produktions- und Gesellschaftswissenschaften mit ungeheurer Intensität vorantreibt.

Die Gesellschafts- und Kulturwissenschaften waren bis in die Mitte der sechziger Jahre in Verkehrsformen organisiert, die man in vorsichtiger Annäherung als die Verkehrsform einfacher Produzenten von Pseudowissenschaft bezeichnen könnte, welche monopolkapitalistische Herrschaft zwar ideologisch verschleiert, aber nicht inhaltlich vermittelt hat. Wir wissen alle, welche teils lächerlichen, teil barbarisch polizeistaatlichen Erscheinungsformen die universitäre Ordinarienherrschaft, abgedeckt durch die regionalen Ministerialbürokratien und das mittlere Kapital, im Fall ihrer Provokation zutage brachte. Diese studentische Provokationspolitik, die besonders in Westberlin, bedingt durch die dort noch voll erhaltenen Funktionen der Ost-Westkonflikt-Legitimation, zu teilweise rabiaten Unterdrückungsversuchen seitens der Ordinarien und der Staatsgewalt führten, hatte ihre Ursache in der Tatsache, daß die kleinbürgerlich-mittelständische Ordinarienfraktion der Universitäten in ihrem Aktivitätsbereich für den letzten Studenten sichtbar herrschaftsunfähig geworden war (Versagen der Ideologie der "Einheit von Forschung und Lehre" angesichts der universitären Wirklichkeit-Massenbetrieb, Konflik-

te in der Lehr-Hierarchie usw.). Sie stand lange vor dem Ausbruch der Studentenrevolte auf der Abschußliste des großen bundesrepublikanischen Kapitals, das sich die universitären Produktions- und Ingenieurwissenschaften längst einverleibt und darüberhinaus riesige außeruniversitäre Forschungszentren geschaffen hatte. Das Großkapital benötigte eine "Reform" der Gesellschaftswissenschaften, die in der Lage war, die neuen Qualitäten seiner Herrschaft über die eigentliche Produktionssphäre hinaus im oben dargestellten Sinn zu vermitteln. Insofern konnte ihm eine Studentenrevolte nicht schaden, die ihm den disfunktional gewordenen "Muff von tausend Jahren" zu beseitigen half. Nur mußte es darauf achten, daß die Revolte unter Kontrolle blieb und Versuche, sie über die Universitäten hinaus auszuweiten, scharf geahndet wurden. Für den universitären Bereich gebot sich dagegen eine gewisse "Demokratisierung", d.h. Abbau der ordinarialen Hierarchien zugunsten eines neuen Repräsentationssystems, das es den Studenten möglich macht, die Kapitalisierung ihrer Ausbildungsleistungen zu verinnerlichen, d.h. konfliktlos als "Erfolg" der Revolte hinzunehmen.
Meines Erachtens können wir heute ruhig zugeben, daß ein gerüttelt Maß unserer Forderungen bis hin zum Westberliner OSI-Modell der neuen Verwertungsstruktur des grossen Kapitals konform gewesen ist, und daß die 'antiautoritäre' Theorie in dem Augenblick versagte, als die neue Qualität kapitalistischer Herrschaft sich allmählich gegen die traditionelle industriell-ordinariale Machtfraktion durchzusetzen begann. Nichtsdestoweniger ist die offensive Provokationspraxis der ersten Phase der Studentenrebellion objektiv unumgänglich gewesen; nur fehlte beim Übergang in die zweite Phase eine von der Avantgarde der Rebellion, dem SDS, ausgearbeitete Strategie, die den Umschlagspunkt der Revolte rechtzeitig definierte und die Masse der Studenten befähigte, den Kampf "dagegen, daß sie zur Ware werden", zum integralen Bestandteil der "generellen Bekämpfung der Warengesellschaft" zu machen. Solange die Strategie für die antikapitalistische Defensivphase der Studentenbewegung fehlt, wird diese theoretisch wie praktisch auf ihre überholten konzeptionellen Prämissen fixiert bleiben und bestenfalls in einen müden Syndikalismus einmünden.
In diesem Fall wird die rhetorische Frage, warum die Produktionswissenschaften bis heute von der Studentenbewegung verschont geblieben sind, auch in Zukunft folgenlos bleiben.

4.2.
(Joscha Schmierer zur Organisationsfrage)

Ist sich Schmierer nicht über den Doppelphasencharakter der Studentenbewegung im klaren - was bedeutet, dass ihm die unterschiedliche Klassenlage der Studenten genauso wie die Grundbedingungen der hochschulpolitischen Fraktionierung der herrschenden Klasse verborgen geblieben ist - können wir von ihm kaum relevante Hinweise zur Organisationsfrage erwarten. Er wird über die Gemeinplätze nicht hinauskommen, die seit einiger Zeit diesbezüglich in den Spalten der Roten Presse Korrespondenz und des SDS-info in monotoner Wiederholung nachzulesen sind. Darüber hinaus wird uns seine Position bestenfalls verständlich machen, warum der SDS Heidelberg trotz seiner in dieser Frage hartnäckig durchgehaltenen Kritik der Konkursmasse der ersten Phase der antiautoritären Studentenrebellion, der wildgewordenen tabula rasa Gruppe im SDS/VDS-Bundesvorstand bis heute treu geblieben ist.

Tatsächlich hat sich auch bei Schmierer der völlig inhaltlose und damit keinen Pfifferling werte Gemeinplatz breitgemacht, dass sich die aktive Minderheit der Studenten bei ihrer künftigen Praxis nicht mehr nur auf die Universität beschränken dürfe. "Die Sozialisten müssen" Schmierer zufolge "weiterhin versuchen im studentischen Abwehrkampf die Führung zu übernehmen und alle Fragen aufgreifen, die die Studenten beunruhigen, um durch ständige Aufklärung über den Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital, die Studenten theoretisch auf ein Bündnis mit der Arbeiterklasse vorzubereiten" (S.13). Die Ziele dieses, die Interessen der studentischen Kleinbürger wahrenden "Abwehrkampfes"sind entsprechend bescheiden. Die sozialistischen Studenten haben im studentischen Abwehrkampf die aufklärerische Aufgabe, möglichst viele Studenten für die kommenden Klassenkämpfe zu neutralisieren und eine Minderheit aus der bürgerlichen Klasse endgültig herauszubrechen. Diese Minderheit... hat ... die Aufgabe, jene Fraktionen der Arbeiterklasse, die sich nicht länger hinters Licht führen lassen wollen, in ihrem Kampf im Betrieb zu unterstützen. Die Praxis der sozialistischen Studenten in- und außerhalb der Universität muß deshalb eine permanente Entlarvungspraxis sein." (S.13)

Diese Sätze lesen sich wie die besonnenen Worte eines von nicht ganz relevanter Seite befragten Parteisekretärs. Aus nicht näher definierten Gründen besteht das Defensivbewusstsein der Studenten fort, das die Aufrechterhaltung des SDS als Organisator einer syndikalistischen Interessenvertretung leider erforderlich macht. Diese etwas zurückgeschraubte Interessenvertretung bietet sich auch in Zukunft als permanente Mobilisierungsquelle für nicht näher klargemachte "Defensivaktionen" an, nur mit dem Unterschied, dass die Studenten jetzt zusätzlich für die künftigen Kämpfe des Proletariats "bündnisfähig" gemacht werden sollen. Über der Defensivbewegung trohnt der SDS, der sich von ihr dadurch unterscheidet, dass er es ist, der für mehr Verständnis für die Arbeiterklasse wirbt, sich in allen praktischen wie theoretischen Fragen auf die Seite des Proletariats stellt und es in nicht näher definierter Weise bei seinen betrieblichen Kämpfen unterstützt. Das reicht immerhin, um dem SDS eine Avantgarde-Funktion gegenüber den kleinbürgerlichen Studentenmassen zu erhalten.
Die politische Substanz dieser Doktrin ist schnell aufgezählt: die Studenten sind kleinbürgerlich weil sie Studenten sind und die Proletarier sind proletarisch weil sie Proletarier sind und generell zur "Bekämpfung der Warengesellschaft" tendieren, während die Studenten in borniert-kleinbürgerlicher Beschränktheit weiter dagegen angehen, "dass sie zur Ware werden". So unkompliziert sieht es im Gehirn eines Genossen aus, der qua SDS die kleinbürgerlichen Studenten als Bündnispartner des Proletariats vermittelt. Der Genosse Schmierer möge es mir nicht übelnehmen wenn ich behaupte, daß seinem Vorschlag in der Praxis die in abgeschwächter Form fortgesetzte antiinstitutionelle Studentenrebellion nur mit dem Zusatzfaktor "Bündnisfähigkeit mit dem Proletariat" versehen, entspricht. Die Universität bleibt Rekrutierungsfeld für

den Unmut einer sozialen Schicht, den diese äußern mag, solange sie mit dem Begriff "Student" zu etikettieren ist. Was mit denen geschehen soll, die nach ihrer - nicht unbedingt universitäten !- Qualifikationszeit objektiv zur hochqualifizierten Schicht der Arbeiterklasse gehören werden, kümmert Schmierer vielleicht nicht, weil diese neue Schicht in den Werken der Klassiker noch nicht beschrieben ist. Dass das große Kapital über die Universitäten hinaus den gesamten Qualifikationssektor für materielle Produktion, Dienstleistung und Klassenherrschaft schrittweise neuen Verwertungskriterien unterwirft. bleibt notwendig unberücksichtigt, solange man nicht bereit ist, den SDS-Standpunkt zugunsten der Perspektive einer Kampforganisation des Proletariats in seiner heutigen Struktur und mit seinen heute relevanten Bündnispartnern aufzugeben. Den richtigen Ansatz zu finden, wird angesichts der diffusen Verbreiterung dessen, was 1966/67 als Studentenrebellion begonnen hat, nur auf regionaler Basis möglich sein. Auf keinen Fall aber darf die sozialistische Hochschulpolitik sich nach Strukturen richten, die seit der Beseitigung der letzten materiellen Substrate des in der Tat kleinbürgerlichen Ideologems von der Einheit von Forschung und Lehre Schall und Rauch geworden sind. Entsprechend ihrer unterschiedlichen objektiven Klassenlage werden sich die sozialistischen Studenten in übergreifende Projekte einordnen, die der Totalität der Klassenherrschaft in ihrem Aktivitätsbereich entsprechen (z.B. Projektbereich Produktionswissenschaft und Technologie, Projektbereich Bildungsökonomie-Sozialisation, Projektbereich Herrschaftswissenschaft) und ihnen deshalb eine Basis vermitteln, welche nicht ein für alle Mal nur kleinbürgerliche Defensivbewegung ist. In der Universität als arbeitsteiliger Produktionseinheit für Herrschafts- und Produktionswissen ist sozialistische Praxis genauso möglich wie in einem industriellen Großbetrieb - vorausgesetzt allerdings, dass man den Verbindungen zwischen beiden, die jenseits der Sphäre des unmittelbar sinnlich wahrnehmbaren liegen, auf die Spur gekommen ist.

Karl Heinz Roth

Dokumentation

Wie die Schulbürokratie sich oppositioneller Lehrer zu erwehren versucht

Wir haben lange diskutiert, ob wir die nachfolgenden Dokumente veröffentlichen sollten oder nicht. Ihr exemplarischer Inhalt für die Einschätzung des Oberschulamts und der Schulbürokratie stand von vornherein außer Zweifel. Doch fürchteten wir dem Oberschulamt einen weiteren Vorwand zu geben, Helmut Kommer mit Disziplinarmaßnahmen zu verfolgen. Diese Bedenken stellen wir jetzt zurück, denn die Rechtslage der Referendare ist so beschissen, daß das Oberschulamt mit einem oppositionellen Lehrer ohnehin machen kann,was es will, und nur die Veröffentlichung der Machenschaften des Oberschulamtes einen gewissen Schutz ausüben kann. So hat ein Referendar auch nach bestandenem 2. Staatsexamen keinerlei Rechtsanspruch als Beamter auf Probe, als Assessor, eingestellt zu werden und ist völlig der Willkür des Oberschulamtes ausgeliefert. Im "Fall" Kommer läßt sich das Oberschulamt mit der endgültigen Entscheidung zwar noch bis zum 15. Februar Zeit, doch ist diese schon jetzt absehbar: einerseits wurde Kommer nach den Weihnachtsferien trotz Lehrermangel eine Klasse weggenommen, um ihn wirtschaftlich zu schädigen (Referendare werden nach dem 2. Staatsexamen entsprechend ihrer Überstunden bezahlt), andererseits gab man ihm den Wink doch vor dem 15. Februar auf eine Privatschule überzuwechseln und so einen negativen Disziplinarbescheid zu vermeiden.

Es hätte also keinen Sinn mit der Veröffentlichung länger zu warten, obwohl sie vom Oberschulamt als weiteres Belastungsmaterial zu Kommers Akten genommen werden wird. Außerdem wäre es falsch, die vordemokratischen und feudalen Rechtszustände im Schulwesen auch nur scheinbar zu akzeptieren, um Nachteile für Einzelne zu vermeiden. Denn diese Nachteile, d.h. der Willkür der Direktion und des Oberschulamtes ausgesetzt zu sein, entspringen ja gerade diesen vordemokratischen und feudalen Rechtszustände. Es geht deshalb nicht bloß darum, einen einzelnen Referendar gegen Disziplinarverfolgungen zu verteidigen, sondern darum, mit dieser Verteidigung den Angriff auf das Beamtenrecht selbst (vgl. dazu Forum 4) zu verbinden. Denn nur dessen Änderung kann verhindern daß "Fälle" wie die Helmut Kommers sich häufen. Der erste Schritt zur Änderung des Beamtenrechts ist die Veröffentlichung der Machenschaften, die unter seinem Schutz betrieben werden.

Helmut Kommer wird vor allem "Treubruch" gegenüber dem Direktor seiner Schule vorgeworfen. Der Treubruch besteht darin, daß H. Kommer zusammen mit zwei anderen Lehrern auf einen Leserbrief des Direktors mit einer eigenen Stellungnahme in der selben Zeitung geantwortet hat. Zuvor hatten sie sich in einem Konflikt zwischen Schülern und Direktor auf die Seite der Schüler gestellt. Dieser Konflikt wird sich auch dann nicht aus der Welt schaffen lassen, wenn Kommer gefeuert wird. Er wird sich im Gegenteil verschärfen. Deshalb versucht das Oberschulamt schon jetzt das Ganze zu "entpolitisieren", indem es eine offensichtlich vom Direktor bestellte Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Kommers Unterricht in die Displizinaruntersuchung aufnimmt.

Wir verzichten auf eine Kommentierung der einzelnen Dokumente. Das autoritäre Syndrom, das die Briefe des Direktors und des Oberschulamtes offenbaren, und die Dialektik des Konflikts zwischen Bürokratie und Schülern zeigen, daß ein Rausschmiß Kommers in Wertheims Gymnasium keine Ruhe und Ordnung schaffen wird.

Dem Oberschulamt ist schon die Ablehnung des Genossen Gerd Steffens für den Referendardienst nicht gut be-

kommen. Ein go-in der linken Studentenvertreter in das Seminar für Studienreferendare hat zur Politisierung der Referendare beigetragen, deren Vollversammlung jetzt auch die Disziplinarmaßnahmen gegen Helmut Kommer verurteilt hat. Der Boden wird immer heißer, auf denen die Bürokraten sichs wohl sein lassen wollen.

(Red.)

Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium
Wertheim am Main
Alt-und Neusprachliches Gymnasium

Tgb. Nr. 994 Wertheim, den 20.11.69

An das
Oberschulamt
Nordbaden

Karlsruhe

Betr.: Studienreferendar Helmut K o m m e r
Bezug: Erlaß des Oberschulamts U III P Kommer, Helmut/6 vom 18.11.1969
Anlagen: 10

Nachstehend geben wir einen eingehenden Bericht über Leistungen und allgemeines dienstliches Verhalten des Studienreferendars Helmut Kommer. Der Studienreferendar Helmut Kommer stellte sich zum ersten Mal am 25. oder 26. September 1969 in der Direktion des Gymnasiums Wertheim vor. Er erklärte zunächst, daß er seine Zuweisung an das Gymnasium Wertheim nicht wünsche, da er in Heidelberg oder Mannheim bleiben wolle und "soziale Verpflichtungen" seinen Eltern und Geschwistern gegenüber habe. Er beklagte sich über die ungleiche Behandlung von verheirateten und ledigen Referendaren bei der Wahl des Dienstortes, dabei führte er eine wortreiche Diskussion über die Mitbestimmung bei der Wahl des Dienstortes von Studienreferendaren. Er wurde dabei von Studienreferendar Daum unterstützt, der ihn begleitet hatte.

Der Studienreferendar wurde von der Direktion dahin belehrt, daß sein Anspruch nicht hier, sondern beim Oberschulamt und beim Studienseminar vorzubringen sei. Darauf stellte er die Forderung eines dienstfreien Montags und Samstags jeder Woche, was in seinen Stundenplan eingebaut werden sollte. Es wurde ihm erklärt, daß die Stundenpläne nach den Bedürfnissen der Schule aufgestellt werden müßten und daß hier bei einer Freistellung ganzer Schulunterrichtstage die Kollegen die Rechnung bezahlen müßten. Dieses Argument machte nicht den geringsten Eindruck auf ihn.
Der Studienreferendar trat seinen Dienst am 30. September 1969 an, mit einem Deputat von 17 Stunden auf alle Wochentage verteilt. (20 Stunden waren vorgesehen, er weigerte sich jedoch, mehr als das "Muß" zu übernehmen). Der Dienstantritt und die Deputatszuweisung wurden dem Oberschulamt gemeldet. Auffallend ist, daß Herr Kommer mehrfach an Montagen zum Unterricht nicht erschien:

a) am Montag, den 20. Oktober 1969 entschuldigte er sich telefonisch aus Mannheim wegen dringender zahnärztlicher Reparaturen, was vom Zahnarzt schriftlich bestätigt wurde (Anlage). Die nächste Behandlung wurde vom Zahnarzt für Montag, den 24. November angekündigt.
b) am Montag, den 3. November hat Herr Kommer um 10.45 (im Augenblick seines Unterrichtsbeginns) aus Mannheim anger
Mannheim angerufen und erklärt, er könne nicht kommen, da er zum Zahnarzt müsse (Versäumnis: 2 Unterrichtsstunden).
c) am Montag, den 10. November, hat Herr Kommer aus Eberbach angerufen und mitgeteilt, er könne zum Unterricht nicht erscheinen, weil sein Auto defekt sei (Unterrichtsversäumnis 3 Stunden).

Es wurde bisher bei Stud.Ref. Kommer ein Unterrichtsbesuch gemacht. Das war am 14.11.1969 - dem Vormittag, der auf die Nacht folgte, in der mit Hilfe der Herren Kommer, Güde und Leonhardt zusammen mit Schülern das Flugblatt gegen den Direktor verfaßt und hergestellt wurde. Abgesehen davon, daß ich zu Unterrichtsbesuchen berechtigt und verpflichtet bin, wollte ich überprüfen, ob der Referendar Kommer vorbereitet ist. Ich erwartete Herrn Kommer in der Klasse O III c, die ich erst nach dem Läuten betrat. Herr Kommer kam, warf einen Bund Hefte auf den Tisch und erklärte, er wolle eine französische Arbeit schreiben. Da die Arbeit im Klassenbuch nicht angekündigt war, fragte ich nachher einen Schüler, ob die Klassenarbeit angekündigt war, was er bestätigte. Ich verließ die Klasse und wollte die nächste Stunde des Stud. Ref. Kommer (Französisch in U II c) besuchen. Vor der Stunde sprach mich Herr Kommer in erregter Weise auf dem Gang an und erklärte: Am Seminar in Heidelberg sei es Gewohnheitsrecht, daß Unterrichtsbesuche vorher angekündigt würden. Ich sagte ihm, es sei mir davon nichts bekannt und bat ihn, den Unterricht zu beginnen. Die Schüler hatten die Bankanordnung des Zimmers völlig verändert, was offenbar auch äußerlich einen neuen Unterrichtsstil zeigen sollte (sog. Arbeitsunterricht, wie er seit 30 Jahren vor allem in der Grundschule geübt wird). Der Unterricht verlief normal. Er beschäftigte sich mit der Steigerung der französischen Adjektive und Adverbien und sollte der Vorbereitung einer Arbeit dienen. Die Mitarbeit der Schüler war gut. Die Stunde war ganz auf Repetition eingestellt, sie bracht nichts Neues. Es wurden dann an einem Übungsstück Einsetzübungen behan-

delt, die der Einübung desselben Stoffes dienten. Der Lehrer arbeitete im engen Anschluß an das Buch. Dieser Unterrichtsbesuch wurde von Stud. Ref. Kommer bei der Aussprache über die Schulsprecherwahl in der Lehrerkonferenz als "willkürliche Sanktion" bezeichnet (s. Anlage).
Die folgenden Ausführungen über das allgemeine dienstliche Verhalten des Stud. Ref. Kommer können als Teilbericht über die Vorgänge seit dem 11. November am Gymnasium Wertheim betrachtet werden.
Der Referendar hat von seinem ersten Auftreten in der Schule in Wertheim an keinen Hehl daraus gemacht, daß er mit der schulischen Ordnung und den "Herrschaftsverhältnissen" der heutigen Schule und besonders des Gymnasiums Wertheim nicht einverstanden sei. Anläßlich der Schulsprecherwahl hat er sich mit Herrn Güde und Herrn Assessor Leonhardt (Leonhardt ist ein Schulkamerad von Kommer) zusammengetan und hat eine rebellische Solidarität vieler Schüler gegen den Direktor und eine Antihaltung gegen die Schule geschaffen, die seither die Arbeit und den Frieden der Schule sehr beeinträchtigt und stört. Laut Anlage bekennt er sich offen vor der Lehrerkonferenz zur permanenten "Unruhe" in der Schule und will nötigenfalls auch durch Gewalt (zunächst aber durch Flugblätter, Schweigemärsche, Streik und Aufputschung der Schüler zum Ungehorsam) die Schule verändern. Er will angeblich die kommende Entwicklung (was er Demokratisierung nennt) vorwegnehmen. Dabei ist ihm besonders "das rückständige Hinterland" ein Dorn im Auge.
Die Sache ist zugegebenermaßen nach den bekannten Modellen des SDS und der APO geplant und wird mit System gelenkt. Es ist auch Herrn Kommers Meinung, wenn Herr Güde in der Lehrerkonferenz erklärte, die Schulbehörde und die Schulleitung müßten "durch Unruhe" gezwungen werden, die sog. Demokratisierung durchzuführen. Dazu, so meint er, seien auch "verzweifelte Mittel" zulässig. (Siehe hektographierte Anlage der Ausführungen des Herrn Güde vor der Lehrerkonferenz). Wie eine solche "Unruhe" unter Schülern aussieht, das haben wir bereits an einer tumultreichen Schülerversammlung (am 17. Nov. im Kino Roxy) ablesen können. Es besteht gar kein Zweifel, daß hier der Aufstand geprobt und von den Herren Kommer, Güde und Leonhardt geheizt wird. Die Lehrerkonferenz billigt in ihrer großen Mehrheit das Verhalten dieser drei Lehrer nicht und hat in einer eingehenden Diskussion (deren Protokoll noch nachgereicht wird) sich gegen diese Drahtzieher ausgesprochen. Ich bin der Auffassung, daß erst durch die Anwesenheit des Herrn Kommer die Aufsässigkeit der Schüler erzeugt und von ihm die Herrn Güde und Leonhardt mitgerissen worden sind. Kommer ist nicht der Chefideologe, sondern die zum Ausbruch treibende Kraft. Fadenscheinig und mit allen Mitteln der Übertreibung und der Entstellung wurde der Aufstand an der an sich längst erledigten und doch recht kleinen Sache der Schulsprecherwahl aufgehängt, die sich gesteuert zu einer Lawine auswächst.

Ich habe in meinem Bericht in der Lehrerkonferenz, der beiliegt, erklärt, daß es Sache des Oberschulamts sei, über das Verhalten der Lehrer Kommer, Güde und Leonhardt zu befinden.

Dr. Max

Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium

Wertheim am Main

Alt-und neusprachliches Gymnasium

-B E R I C H T

des Direktors vor der Lehrerkonferenz über die Vorgänge bei der Schulsprecherwahl 1969 am 17. November 1969

Die Schulsprecherwahl in der letzten Woche hat erheblichen Staub aufgewirbelt. Es hatte vorher Wochen gedauert, bis der Schulsprecher Rademacher mir die vollständige Liste der gewählten Klassensprecher vorlegen konnte. Die Kandidaten für die Schulsprecherwahl nannte er mir Ende der vorausgehenden Woche. Dabei zeigte sich, daß er nicht einmal wußte, wer abstimmungsberechtigt ist. So wurde eine Wahlbesprechung nur mit den ersten Klassensprechern der Klassen UII bis OI einberufen, in der die Kandidaten genannt wurden:
Es waren dies: Cornelia Sachs, Klaus Bräuer, Roos und Ulrike Fischer (die kurz vor der Wahl zurückzog). Gegen Bräuer äußerte ich schulische Bedenken: Betragensnote 3, Latein 5, Deutsch 3, Mathematik 3, Französisch 4, Englisch 4, Physik 4 Biologie 4, Chemie 4. Ich erinnere mich an die Versetzungskonferenz und besonders an die Diskussion über die Betragensnote, in der allgemein über Bräuers Betragen geklagt wurde. Der Beschluß über die Betragensnote wurde einstimmig gefaßt.
Ich meine, ein Direktor müsse sich doch Gedanken, wenn ihm ein Schulsprecherkandidat angeboten wird mit einer Betragensnote und einem Notenbild, das bei geringstem Rückgang die Versetzung nicht zuließe. Jedensfalls haben wir noch nie einen Schulsprecher mit diesen Noten gehabt. Es ist auch unsere Erfahrung, daß fast jeder Schulsprecher im Laufe seines Amtsjahres in den Leistungen abgesunken

ist. Ich erinnere mich auch an eine Unterredung mit der Mutter Bräuers, Frau von Wietersheim, in der sie mir erklärte, sie werde mit dem Jungen nicht mehr fertig und er sei auch zu Hause außerordentlich schwierig und voller Widerspruch. Aus all diesen Gründen habe ich - wie mir scheint - mit Recht Bräuer nicht für geeignet gehalten , die Schüler zu repräsentieren. Ich hätte Cornelia Sachs aus vielen Gründen vorgezogen. Sie ist eine gute mittlere Schülerin, hat diese besondere Gabe, sich für die Belange der Schule einzusetzen, wie sie beim letzten Ball und Besuch der Franzosen gezeigt hat. Ich habe in diesen Tagen mit mehreren seiner und ihrer Lehrer gesprochen, die meine Bedenken verstanden und teilten. Die meisten verstanden nicht, daß kein qualifizierterer Schüler sich zur Verfügung stellte. Es gibt doch ohne Zweifel in diesem Jahrgang Schüler, die wir bedenken los akzeptieren könnten. Auf jeden Fall war die Ansicht vieler Lehrer, die ihn kennen oder von ihm in der Konferenz gehört haben meiner Beurteilung Bräuers ähnlich. Nur in diesem Zusammenhang habe ich geäußert, daß auch viele Lehrer meine Bedenken teilten. Von der "gesamten" Lehrerschaft habe ich nicht gesprochen, weil ein großer Teil des Kollegiums den Schüler nicht kennt und ohne genaue Kenntmis des Falles dazu nicht Stellung nehmen würde.
Die Wahl fand am Dienstag, 11. November statt, und ich muß dazu sagen, daß die Unterstufe V bis OIII (30 wahlberechtigte Klassensprecher) recht uninformiert vor diese Wahl gestellt wurden. Sie konnten nicht einmal vorher mit ihren Klassen sprechen. Es gab auch ein Schüler zwei Stimmen ab, der sich nachher rühmte, Bräuer zwei Stimmen besorgt zu haben.
Zur Stimmung bei der Wahl ist zu sagen, daß die Meinung vorherrschte und auch lautstark vertreten wurde, daß man Bräuer wählen müsse, weil er gegen die Lehrer und gegen den Direktor sei (Kachel). Als Gegenargument wurde gegen Cornelia Sachs laut, man dürfe sie nicht wählen , da sie zu gut mit den Lehrern stehe.
Bräuer begann seine Wahlrede damit, er protestiere gegen den von der Direktion zur Verfügung stehenden Raum (O8 = Sexta). Alle anderen großen Räume aber waren mit Unterricht besetzt; es gab keinen anderen möglichen Raum-.
Am Mittwoch in der ersten Kurzpause wollte mir Rademacher und Bräuer das Resultat der Wahl mitteilen. Ich hatte aber einen dienstlichen Besuch da und konnte sie nicht empfangen. Sie gingen dann ins Theater und kamen von da nicht mehr zurück. Da mir das Resultat der Wahl inoffiziell bekannt war, habe ich schon am Mittwoch versucht die Mutter Bräuers anzurufen (sie wohnt bei Kassel); ich konnte aber keine Verbindung bekommen. Am Donnerstag wurde mir von Bräuer schriftlich mitgeteilt (vorlesen). Sie sehen , es ist eine Art Ultimatum ohne Anrede, aber sonst nicht gerade unkorrekt. Unkorrekt aber ist die Festsetzung eines Termins von etwa vier Stunden, also das Ultimatum überhaupt. Wer von Ihnen würde sich das gefallen lassen.

Ich habe Bräuer gesagt, daß ich seine Mutter sprechen wolle, aber er wollte oder konnte mir die Telefonnummer nicht geben. Ich versuchte es noch einmal über die Auskunft und hatte diesmal eine andere Vermittlung und mehr Glück. Es war 12.15 als ich das Gespräch mit der Mutter bekam. Ich schilderte der Mutter meine schulischen Bedenken. Sie wußte bereits Bescheid - hier erfuhr ich auch, was ich bisher nicht wußte, daß einige Lehrer Bräuer stützten. Die Mutter meinte, daß die Wahl ihm auch ein Ansporn zu besseren schulischen Leistungen sein könnte (was er ihr versprochen hatte). Jedenfalls übernehme sie in dieser Hinsicht die volle Verantwortung. Sie bat mich, ihm die Chance zu geben, betonte aber gleichzeitig, wenn er schulisch zurückginge - solle ich ihn einfach absetzen. Ich sagte, das sei nicht so einfach ; er müsse eben das Risiko eingehen. --
Die weiteren Gründe warum ich mich jetzt entschloß, die Wahl zu bestätigen, liegen darin, daß es keine Alternative gab: Die Schüler hätten aus einer Trotzreaktion heraus immer wieder Bräuer gewählt; jeder andere Kandidat wäre in ihren Augen von meinen Gnaden gewesen. Zwar habe ich gesagt, es gehe auch ohne Schulsprecher und Parlament (was richtig ist) , soweit wollte ich es nicht kommen lassen.
Ein weiterer Grund war, daß ich den Schülern, vorallem den Jüngeren, zeigen wollte, daß ich Respekt habe vor einer demokratischen Wahl, selbst wenn sie gewisse Mängel hat. Deshalb habe ich die Wahl auch nicht aus formaljuristischen Gründen angefochten. Zwar ist die Schule nach meiner Meinung keine Demokratie und kann es nicht sein ; ich bejahe aber, daß die Schule ein dem Alter der Schüler ent -

sprechendes Erfahrungsfeld oder Übungsfeld späterer demokratischer Verhaltensweisen ist. Es gibt eine Menge Gelegenheiten an einer Schule, bei denen der Schüler verantwortlich mitarbeiten kann. Der § 39 des Schulverwaltungsgesetzes spricht davon-. Mein Entschluß, die Wahl zu bestätigen, war also nach dem Telefongespräch mit der Mutter am Donnerstag 12.30 gefaßt. Ich hätte ihn auch , Trotz des Ultimatums, bekanttgegeben an diesem Donnerstag, wenn die Schüler noch im Schulhaus gewesen wären. Die Schüler wußten aber schon am Donnerstagnachmittag, offenbar von der Mutter Bräuers, dass ich die Wahl bestätigen werde. Das ist am Freitagmorgen 8.15 geschehen. Eine Lehrerkonferenz habe ich nicht einberufen, weil mir niemand die Entscheidung abnehemen konnte. Wäre ich zum Entschluß der Ablehnung gekommen, so hätte ich das Kollegium umgehend und vorher informiert, Nun habe ich gehört, daß nicht nur in Schülerkreisen, sondern auch im Lehrerzimmer darüber diskutiert wurde, ob ich die Schulsprecherwahl bestätigen kann oder muß. Rein nach dem Wortlaut der Satzung könnte man das "muß" so interpretieren, daß es sich um eine rein formelle Zustimmung handelt. Als solche wäre aber der Passus sinnlos. Die Satzung hat gewollt, daß der Direktor einen ungeeigneten Schulsprecher ablehnen kann. Das sagt auch der Artikel 29 der Satzung des Schülerparlaments. Stellen Sie sich z.B. vor, daß ein Schüler gewählt worden wäre, der in der Haschischgeschichte.Beschuldigter ist.Ich hätte das Recht, ihn abzulehnen und würde es tun; auch die Öffentlichkeit würde eine Anerkenung nicht verstehen.Ich denke damit ist jedem klar, daß es sich nicht um eine rein formaljuristische Zustimmung des Direktors handeln kann.Die Satzun ist 3 Jahre alt, wurde von mir mit unterschrieben und von beiden Seiten biisher in diesem Sinne verstanden und gehandhabt.Was von Donnerstag nachmittag auf den Freitag nachmittag geschah-nämlich die Herstellung eines Flugblattes und die Aufputschung der Schüler gegen mich-ist nur denjenigen verständlich, der SDSund APO Methoden kennt.
Den Hintermännern ging es nicht darum, daß ich mit den Schülern zu einer Verständigung kam,daß iich meine Bedenken gegen Bräuer aufgebe;ich sollte vielmehr gezwungen werden, einen Schulsprecher zu akzeptieren, der mir nicht paßte.Viele Schüler sind heute der Meinung, sie hätten diesen Sieg mit Hilfe der Herren Güde, Kommer, Leonhardt erfochten.Diese Herren haben eine Solidarisierung und Antihaltung der Schüler mir gegenüber bewirkt, wie sie noch nie da war, wie wir sie aber aus den Mustern der Großstädte kennen.Das Flugblatt, das am Freitag morgen verteilt wurde, kennen Sie wohl alle.Es zeigt in Stil und Form nicht die Hand derer, die es unterschrieben haben.Die Erwachsenen Verfasser zeigten sich so feige, daß sie den Trick erfanden, die VOX als Herausgeber und Verfasser erscheinen zu lassen; aber ihre unmittelbare Mitwirkung wird bezeugt durch ihre Anwesenheit im Stift und durch die nicht zu verkennende Handschrift des Herrn Güde auf der Überschrift der sogenannten zweiten Auflage des Pamphlets , das offenbar bei Herrn Güde abgezogen wurde.Nach der Konfiszierung der ersten 1000 Exemplare durch ,Herrn Pfarrer Schwindt , die im Stift hergestellt waren, hat es nämlich Herr Güde für notwendig gehalten, eine Neuauflage unbedingt herauszubringen, die er vor 8 Uhr am Freitag vor der Schule Schülern zur Verteilung übergab.
Als Herr Pfarrer Schwindt am frühen morgen am Freitag Herrn Güde und Herrn Leonhardt die Herausgabe der konfiszierten Flugblätter verweigerte, hat Herr Güde ihm gedroht, auch gegen ihen ein Flugblatt herauszugeben.Näheres über diesen Punkt wird Herr Pfarrer Schwindt jetzt berichten.
Es wird Sache des Oberschulamtes sein, festzustellen, ob Herr Güde und Herr Leonhardt sich einer Verletzung der Treuepflicht schuldig gemacht haben.Die Herren hätten meiner Ansicht nach die Pflicht gehabt,wenn sie sich einmischen wollten, als Führsprecher und Vermittler der Schüler oder Bräuers zu mit zu kommen.Ich hätte sie gehört und es hätte mir eventuell meinen Entschluß erleichtert.
Was die Mitwirkung des Herrn Kommer angeht, der noch nicht Beamter oder Beamter auf Widerruf ist,- er ist hier zur Vervollständigung seiner Unterrichtsausbildung , - wird das Oberschulamt feststellen, ob der Tatbestand der Aufwiegelung von Schülern vorliegt, und ob die Absicht erkennbar ist, die Schule in Unruhe und Unordnung zu stürzen und sie an der Ausübung ihres Bildungs-und Erziehungsauftrags zu hindern.
Wir haben bisher alle Meinungsverschiedenheiten hier im Kollegium bereinigt.Ich habe niemandem etwas nachgetragen.Diesmal aber ist es anders.Ich sehe eine bestimmte Strategie, die, wenn sie auch von wenigen vorgetragen wird, sich zu einer ganz großen Gefahr für das Vertrauensverhältnis und das Arbeitsklima unserer Schule

auswirken kann, und auf jeden Fall Unruhe stiften will. Es gilt deshalb den Anfängen zu wehren.

Dr. Max

OFFIZIELLE MITTEILUNG DES NEUGEWÄHLTEN SCHULSPRECHERS AN DEN DIREKTOR DES DIETRICH_BONHOEFFER-GYMNASIUMS WERTHEIM ÜBER DEN AUSGANG DER SCHULSPRECHERWAHL VOM 11.11.69 UND BITTE UM BESTÄTIGUNG DER WAHL

Hiermit möchte ich Ihnen offiziell meine Wahl zum neuen Schulsprecher dieses Gymnasiums durch das Schülerparlament mitteilen. Ich wurde mit der absoluten Mehrheit von 37 gegen 22 Stimmen der Schülerabgeordneten gewählt. Um die Forderung der gültigen Verfassung zu erfüllen, bitte ich Sie, meine Wahl zu bestätigen.

Da dringende organisatorische Aufgaben anstehen (Verhandlungen mit Kapellen für den Herbstball und den Bunten Gymnasiumsball müßten sofort aufgenommen werden), möchte ich Sie höflich bitten, die Verfassung bis zum Ende der fünften Stunde des heutigen Tages gegenzuzeichnen. Nur so wäre eine konstruktive Arbeit des Schülerparlaments in den oben angeführten Punkten noch möglich.

Wertheim, den 13. 11. 1969

Hochachtungsvoll

Klaus-Dieter Bräuer

VOX INFORMATION No 1

Es soll anders werden!

Die diesjährige Wahl des Schulsprechers hat Staub aufgewirbelt. Der von den Schülern am Dienstag, den 11. 11. 69 mit absoluter Mehrheit gewählter Schulsprecher findet nicht die Gegenliebe des Direktors. Schon bei der Wahlvorbereitung versuchte deshalb der Direktor, die Wahl Klaus Bräuers zu verhindern. Da es aber keine stichhaltigen Gründe gab, wurde ihm sein selbstbewußtes Auftreten als mangelnde Umgangsformen und "unreifes" Verhalten vorgeworfen. Nachdem Klaus Bräuer trotzdem gewählt war, absolvierte er seinen Antrittsbesuch in der Direktion, um sich bestätigen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit machte der Direktor wiederum kein Hehl daraus, , daß er sich diesen Schulsprecher nicht aufdrängen lasse. In seinen Drohungen ging er sogar soweit, daß er meinte, letzten Endes auf den Schulsprecher und selbst auf die Schülermitverwaltung verzichten zu können. Außerdem stellte er die Behauptung auf, das gesamte Lehrerkollegium sei gegen diesen Schulsprecher. Nachdem auch der letzte Versuch scheiterte, über zahlreiche Telefonate noch die Mutter für die Pläne direktorialer Selbstherrlichkeit zu gewinnen scheint er zu resignieren, Da er den Schulsprecher schließlich doch anerkennen muß, wird er ihm seine Unterstützung versagen wollen. Dann soll es eben anders werden.

Damit es aber wirklich anders wird, dürfen die Interessen der Schüler nicht verraten werden.

UNTERSTÜTZT DESHALB DEN SCHULSPRECHER
DEMOKRATISIERT DIE SCHULE
SCHAFFT EINE WIRKUNGSVOLLE SMV

DER MAULWURF SCHAFFT DER DURCHBRUCH SCHON!
LASST IHN NICHT ALLEIN!

ERKLÄRUNG ZU DEN VORGÄNGEN BEI DER SCHULSPRECHERWAHL

Ich wurde am Abend vor der Veröffentlichung des Flugblattes von dessen Inhalt telefonisch in Kenntnis gesetzt. Ich habe keine Versuche gemacht , die Veröffentlichung zu unterbinden und nur unzulängliche Versuche, Stil und Ton des Flugblattes zu verbessern.
Nach eingehender Durchsicht halte ich das Flugblatt für ein erbärmliches Machwerk und glaube , daß es unwürdig ist , wenn ein Lehrer, der davon Kenntmis erhält, nicht alles unternimmt , um seine Veröffentlichung zu verhindern.
Ich übernehme für Konsequenzen , die sich aus dem Flugblatt ergeben, die volle Verantwortung.
Entsprechend dem demokratisch - parlamentarischen Stil, dessen teilweise Praktizierung ich auch im schulischen Leben für richtig halte, trete ich hiermit von dem Posten des amtierenden Vertrauenslehrers zurück und nehme in diesem Schuljahr eine neue Kandidatur nicht an.

In einer großen Schule sind Ruhe und Ordnung wichtig und ist ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Direktion , Lehrern und Schülern auf der Basis der Information lebensnotwendig. Dafür werde ich mich in Zukunft einsetzen.
Den Kollegen, die ,um Schüler vor der Bestrafung zu schützen, an dem Flugblatt witwirkten empfehle ich, auf Unruhestiftung in der an sich indifferenten Wertheimer Schülerschaft künftig zu verzichten.
Einflußnahmen der Direktion auf die Schulsprecherwahl durch Drohungen oder Einschüchterungen sind nach meiner Meinung ein Machtmißbrauch, auch wenn die entsprechende Satzung ein Veto des Direktors vorsieht.
Alle, insbesondere die nicht beteiligten Kollegen , bitte ich, an der Wiederherstellung einer freundlichen und vertrauensvollen Atmosphäre mitzuarbeiten und alles zu unterlassen, was nicht zur Klärung, sondern zur weiteren Vergiftung führt.
14.11.1969 Alfred Hepperle

DURCHSAGE AN DIE SCHÜLER ZUR KENNTNIS DER LEHRER

Betr.: Schulsprecherwahl

Gestern habe ich mit der nicht in Wertheim wohnenden erziehungsberchtigten Mutter des Schülers Klaus Bräuer gesprochen und ihr meine schulische Bedenken gegen die Übernahme dieses Amtes durch ihren Sohn mitgeteilt. Sie erklärte, daß sie die volle Verantwortung für das schulische Weiterkommen ihres Sohnes übernehme.

Ich stelle daher die schulischen Bedenken zurück und bestätige die Wahl. Gleichzeitig wird auch die Wahl der Stellvertreterin Cornelia Sachs von der Schulleitung aus bestätigt.

Flugblätter im Schulhaus und auf dem Gelände der Schule zu verteilen, ist ohne Erlaubnis der Direktion nicht gestattet.

DieVorbereitungen für den Herbstball können also mit aller Energie beginnen.

14. 11. 69

Dr. Max

ENTSCHLIESSUNG DER VOLLVERSAMMLUNG DER SCHÜLER DES DIETRICH BONHOEFFER GYMNASIUMS WERTHEIM VOM 17. 11. 69
Betrifft:

1.) Hintertreibung der Schulsprecherwahl

Als undemokratisches Verhalten seitens der Direktion unseres Gymnsiums muß gewertet werden
a) daß sich die Direktion von vorneherein gegen eine Kandidatur von Klaus Dieter Bräuer für das Amt des Schulsprechers aussprach, indem sie unberechtigte persönliche Vorwürfe erhob.
b) daß die Direktion darüber hinaus nach der Wahl den Schulsprecher nicht akzeptieren wollte.
c) daß man schließlich versuchte, die Mutter von K D Bräuer unter Druck zu setzen, um deren Zustimmung für die Amtsübernahme ihres Sohnes zu verhindern.

2.) Verzicht auf SMV

Nachdem seitens der Direktion geäußert wurde, sie könne auch auf ein Schülerparlament verzichten, falls die Schüler sich nicht auf einen anderen Schulsprecher einigen könnten, mußte bei der Schülerschaft zwangsläufig der Eindruck entstehen, das Schülerparlament sei eine scheindemokratische Einrichtung auf Gnaden der Direktion.

3.)Methoden des Herrn Pfarrer Schwindt

Wir verurteilen das Verhalten des Pfarrer Schwindt, der unter Mißbrauch seiner Autorität, unter Vorgabe fadenscheiniger, sich in der Folgezeit widersprechender Argumente, unter Androhung polizeirechtlicher Maßnahmen eine Aufklärungsaktion der Schülerzeitschrift VOX zur Schülsprecherwahl zu unterbinden suchte.

4.) Untergrabung des Vertauensverhältnisses und der Zusammenarbeit

Wir mißbilligen den Versuch der Direktion, einzelne Personen unter Druck zu setzen und dadurch die Zusammenarbeit zwischen Schülern gegen undemokratische und autoritäre Strömungen an unserer Schule und eine Solidarisierung der Schüler zu unterbinden.

DURCH ALL DIESE MASSNAHMEN UND ÄUSSERUNGEN WURDE DAS VERTRAUENSVERHÄLTNIS AN UNSEREM GYMNASIUM GANZ ERHEBLICH GESTÖRT!

Hiermit bitten wir die Direktion des Dietrich Bonhoeffer-Gymnasiums in aller Höflichkeit, sich durch Gegenzeichnung dieser Resolution, die nur in ihrer Gesamtheit gesehen werden kann, von

den obengenannten Vorfällen zu Distanzieren und dafür Sorge zu tragen, daß sich ähnlich Geartetes an unserer Schule nicht wiederholt.

Klaus-Dieter Bräuer
Schulsprecher

Cornelia Sachs
Stellv. Schulsprecherin

Im Auftreg und auf Beschluß der Schülervollversammlung nach Bestätigung durch das Schülerparlament.

Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium
Wertheim am Main
Alt-und neusprachliches Gymnasium

Wertheim, den 22.11.69

Tgb.Nr. 1007

An das

Oberschulamt Nordbaden
75 Karlsruhe 1

Betr: Schülerunruhen am Gymnasium Wertheim

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 20. November Tgb.Nr. 994 übersende ich in der Anlage das Protokoll der Lehrerkonferenz vom 17.11.69 sowie weiteres Informationsmaterial zur Unterrichtung des Oberschulamts. Über das Verhalten des Studienreferendars Kommer ist am 20.11.69 berichtet worden.
Der bereits vorgelegt Bericht des Direktors vor der Lehrerkonferenz, das Protokoll und die zahlreichen Äusserungen zum Verhalten des Studienrats Güde und des Studienassessors Leonhardt sind wohl ausreichend, um dem Oberschulamt ein klares Bild zu verschaffen, wie diese Herren in die Vorgänge am Gymnasium Wertheim eingegriffen haben. Ihr Verhalten ist mit dem des Studienreferendars Kommer engstens verknüpft, hat doch Herr Güde vor der Konferenz ganz klar geäussert, er und Herr Leonhardt identifizieren sich ohne Vorbehalt mit dem Verhalten und den Ausführungen des Herrn Kommer.
Ich bitte das Oberschulamt darüber zu befinden, ob sich Studienrat Güde und Studienassessor Leonhardt einer Verletzung der Treuepflicht schuldig gemacht haben und wie weit bei ihnen a u c h der Tatbestand der Aufwiegelung der Schüler vorliegt. Die Lage an der Schule ist nach wie vor gespannt und kann sich von Sunde zu Stunde ausweiten. Das Arbeitsklima ist für eine ruhige und gedeihliche Arbeit durch erregte Diskussionen auf Seiten der Lehrer und der Schüler höchst ungünstig.
Ein erzwungener Unterrichtsausfall ist bis jetzt noch nicht vorgekommen.
Es beginnt sich langsam auch in der Öffentlichkeit die Stimme der Vernunft zu erheben.
8 Anlagen

Dr. Max.

Dietrich Bonhoeffer Gymnasium

Wertheim am Main
Alt- und neusprachliches Gymnasium

Wertheim, den 1. Dezember 1969

Tgb. Nr. 1o34

An das
Oberschulamt Nordbaden

75 Karlsruhe 1

Btr. Schülerunruhen am Gymnasium Wertheim

Am Samstag, den 29 November erschien in den Wertheimer Zeitung eine Zuschrift Güde-Leonhardt-Kommer , die ich hiermit zur Information überreiche. Die Zuschrift zeigt, daß auch kein einziges Argument der Direktion und der Lehrerkonferenz angenommen wurde. Die Herren behaupten beharrlich dasselbe wie am ersten Tag und versuchen nun die Eskalation der Dinge mir zuzuschieben. Sie sind offensichtlich ganz unbelehrbar und mit allen Mitteln darauf bedacht, die Unruhe aufrecht zu erhalten.

Die Angelegenheit mit der VOX PLEBIS liegt jahrelang zurück. Die Ausgabe wurde deshalb konfisziert, weil die Schüler uns hinters Licht geführt hatten. Es war abgemacht, daß das Manuskrikt vor dem Druck dem Ver-

trauenslehrer vorgelegt werden sollte. Das wurde nicht getan, sondern es ging in Druck, ehe es ein Vertrauenslehrer vor Augen bekam. Des weiteren gefiel uns der Titel nicht, da wir an unserer Schule keine plebs und keinobiles haben. Wir suchten einen Titel, der auf die Partnerschaft zwischen Lehrern und Schülern hindeutet.
Die konfiszierte Ausgabe enthielt des weiteren ein Gedicht, in dem die Soldaten des zweiten Weltkrieges als "Mörder" bezeichnet wurden, wie auch (nach meiner Erinnerung) untragbare Äußerungen in Bild und Wort gegen die Kirchen.
Die hier vorgelegte Zuschrift arbeitet nach meiner Auffassung im Stile des SDS und der APO mit den massivsten Mitteln der Verdrehung und Unterstellung und soll die öffentliche Meinung hier zugunsten dieser drei Herren beeinflussen. Es wird noch interesssieren: bei den jetzt zahlreich im Wirtshaus angesetzten Diskussionen der Schüler sind die Schüler überhaupt nicht initiativ, sondern Herr Güde und Herr Kommer bringen die Diskussionspunkte schriftlich mit, an denen die Schüler dann hochgeheizt werden.

Dr. Max.

Tgb. Nr. 1037

An das

Oberschulamt
Nordbaden
75 Karlsruhe 1

Betr: Schülerunruhen am Gymnasium Wertheim

Nachdem zu Beginn der letzten Woche die Schülerunruhen sich etwas gelegt hatten, veranstalteten die Herren Güde, Kommer, Leonhardt am 27.11. und am 1.12. nachmittags Zusammenkünfte mit Schülern in einem hiesigen Gasthaus. Es waren jeweils etwa 30 Schüler anwesend. Herr Kommer wollte einen "Vortrag" halten - ganz ohne Zweifel, um den verglühenden Kampfgeist wieder zu entfachen. Herr Kommer überbrachte in echter Rattenfängerei zunächst "die Grüße der Heidelberger Schüler an die Schüler Wertheim". Die Heidelberger Schüler, sagte er, würden sich freuen, die Wertheimer einmal besuchen zu können. Dann las er die Zuschrift des Direktors an die Wertheimer Zeitung vor, sowie die Zeitungsäußerung des Oberstudienrats Gassert und bezeichnete kommentierend den Bericht des Direktors als das Musterbeispiel eines "autoritären Textes", dem eine antiautoritäre Gegenrede entgegengesetzt werden müsse. Der Bericht des Direktors, so sagte er, sei "voll taktischer Schläue". Die Vorgänge in Wertheim seien ein "Lernprozeß für Wertheimer Schüler", und man könne den Bericht des Direktors im Deutschunterricht benützen, um zu zeigen, was ein autoritärer und was ein antiautoritärer Text sei. Schon die Behauptung des Direktors (vollständig aus dem Zusammenhang gerissen,), die Schule sei keine Demokratie, sei ein "unumgänglicher Entlassungspunkt". Der Direktor sage der Öffentlichkeit, welch ein wackerer Mann er sei. Die Schule sei ein "Übungsfeld von Unterwerfung".
Er erzählte dann, er habe die Zeitungstexte des Direktors und Herrn Gasserts mit nach Heidelberg genommen, wo sie von seinen Referendarfreunden "wissenschaftlich" kommentiert worden seien und daß dieser Kommentar demnächst in einer von Referendaren und Heidelberger Schülern herausgegebenen Schülerzeitung erscheinen werde. Darauf las er diesen Kommentar vor, der nach Zeugenberichten den Direktor des Wertheimer Gymnasiums als einen Popanz von autoritärem Unterdrücker darstellt, der kein Verständnis "für das Leiden" der Schüler habe. Dies unter dem Beifall der aufgehetzten Schüler.
Herr Güde sagte schüchtern in dieser Diskussion, die Fakten stimmten nicht ganz, und Herr Kommer betreibe einen "Antipersonenkult".
Ich habe nun in diesen Tagen Herrn Kommer gebeten, mir diesen Kommentar zugänglich zu machen. Er hat dies abgelehnt, mit der Begründung, es sei nicht sein Kommentar, sondern eine Analyse seiner Freunde in Heidelberg. Ich fragte Herrn Kommer, ob er sich damit außer Verantwortung fühle (obwohl er den Inhalt des Kommentars zweimal den Schülern dargelegt, also verbreitet habe). Herr Kommer hält sich trotzdem außer Verantwortung.
Unterdessen hat sich auch die Öffentlichkeit weiter mit den Schülerunruhen am Gymnasium Wertheim beschäftigt. Ich lege zur Information die Zuschrift des Oberlehrers Edgar Müller in Trennfeld (Bayern) bei, woraus zu ersehen ist, wie wenig sich der Außenstehende überzeugen läßt, woher in Wirklichkeit der Wind weht.
Gleichzeitig gebe ich eine, offenbar von Herrn Güde zusammengestellte Diskussionsgrundlage zu einer Satzungsänderung der SMV am Gymnasium Wertheim zur Kenntnis. Es handelt sich hier unter dem Vorwand, die Arbeitsfähigkeit des Schulsprechers zu steigern, um nichts anderes, als eine geplante Entmachtung des Parlaments - eine Art Ermächtigungsgesetz.
Die Lehrer in den einzelnen Klassen versuchen von sich aus, die Schüler zu informieren und ihnen klar zu machen, worüber sie eigentlich entscheiden sollen.
Ich bin sehr sicher, daß die Angelegenheit in absehbarer Zeit keineswegs abklingt und erst dann Ruhe eintritt, wenn die Frage des Verbleibens, vor allem des Herrn Kommer, gelöst.
Die Schule wird nach wie vor in permanenter Unruhe gehalten, das Diskutieren ist wie eine Krankheit, von der auch Lehrer sich anstecken lassen.

Dr. Max.

Bruno Perseke
6985 Stadtprozelten

Stadtprozelten, den 18.1.70

Herrn
Oberstudiendirektor Dr. Max
Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium

W e r t h e i m

Betr: Französischunterricht in der Klasse O III C durch Herrn Studienreferendar Kommer

Sehr geehrter Herr Dr. Max!

In der abgelaufenen Woche hätten in der Klasse O III C laut Stundenplan 4 Französischstunden stattfinden sollen. Herr Kommer war in 3 Stunden ganz, in der Freitagstunde nur kurz anwesend. Französisch wurde während der abgelaufenen Woche nicht unterrichtet, vielmehr versuchte Herr Kommer während der gesamten Unterrichtszeit mit den Schülern über Autorität zu diskutieren. Das Ergebnis dieser Art des Unterrichts scheint die Tafelanschrift vom Samstag zu sein, die ich als Anlage 1 beifüge. Als die Schüler im Laufe der Woche aufgefordert wurden, autoritäre Personen zu benennen, bezeichneten sie Walter Ulbricht und sein System unter Hinweise auf Todesstreifen, Minen, Schießbefehl und Reisebeschränkungen als autoritär. Herr Kommer widersprach dieser Meinung mit der Begründung, die Schüler seien durch die westdeutschen Publikationsmittel einseitig unterrichtet.

Sehr geehrter Herr Oberstudiendirektor!

Wir schicken unsere Kinder in den Französischunterricht, damit sie französisch lernen! Ich sehe in dem Verhalten des Studienreferendars Kommer einen groben Mißbrauch seines Leh rauftrages. Gerne gestehe ich einem r e i f e n Pädagogen zu, in der O b e r stufe des Gymnasiums bei gegebenem Anlaß in geeigneter Form und sachlicher Weise über Probleme der Autorität zu diskutieren. Er würde sicher niemals ein so einseitiges und verzerrt - negatives Bild zeichnen. Er würde vielmehr die Bedeutung von Autorität und Freiheit in ihrer Polarität unvoreingenommen und tolerant deuten. Er würde sicher vor Autoritätsmißbrauch ebenso warnen wie vor Freiheitsmißbrauch!

Man könnte die Gründe für eine solche Entgleisung eines jungen Referendars in einer gewissen Unreife suchen oder in dem Umstand, daß er unbewältigte eigene Probleme vor ein geduldiges Auditorium zu bringen versucht. Herr Kommer hat offenbar gar nicht gemerkt, daß er mit seinem Thema an den Schülern vorbeiredet, weil sie dafür zu jung sind. Der angedeutete Diskussionsausschnitt legt aber die Vermutung nahe, daß seine Intentionen - bewußt oder unbewußt - ideologischer Natur sind.

Sehr geehrter Herr Oberstudiendirektor!

Ich glaube im Sinne vieler Eltern zu sprechen, wenn ich Sie bitte, mit geeigneten Maßnahmen einen ordnungsgemäßen Französischunterricht in der Klasse O III C zu gewährleisten und weitere Entgleisungen des Studienreferndars zu verhindern.

Für den Fall, daß er sich unvoreingenommen mit Problemen der Autorität befassen will, füge ich als zweite Anlage Literaturempfehlungen für ihn bei. Falls seine Motive tatsächlich ideologischer Natur sein sollten, wäre ihm zu empfehlen, in den Dienst eines Staates zu treten, der in seinen Schulen Ideologien verbreiten läßt. Das wäre dann allerdings ein autoritärer Staat!

Im voraus für Ihre Bemühungen bestens dankend
Mit vorzüglicher Hochachtung

Bruno Perseke

Oberschulamt Nordbaden
Nr. U III P Kommer, Helmut/7

75 Karlsruhe 1, den 1. Dezember 1969

Herrn
Studienreferendar
Helmut K o m m e r
698 W e r t h e i m
Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium

Betr: Ihre Übernahme in den öffentlichen hoheren Schuldienst des Landes Baden-Württemberg
Beil: 1 Heft Unterlagen -Rv.-

Sehr geehrter Herr Studienreferndar!

Nachdem Ihr Vorbereitungsdienst dem Ende zugeht, muß das Oberschulamt über Ihre Übernahme in den öffent-

lichen höheren Schuldienst entscheiden.
In den letzten Tagen sind dem Oberschulamt mehrere Berichte und Unterlagen zugegangen, die für die Frage Ihrer Eignung für den öffentlichen Schuldienst von Bedeutung sein könnten. Die genannten Unterlagen sind in Ablichtung angeschlossen. Sie werden gebeten, hierzu spätestens bis zum 7.1. 1970 Stellung zu nehmen. Mit Ihrer Stellungnahme werden die Unterlagen zurückerbeten. Selbstverständlich können Sie sich bei Abgabe Ihrer Stellungnahme eines Rechtsbeistandes bedienen.

Hochachtungsvoll
i.V. Dr. Unruh, Oberregierungsdirektor

Karlsruhe, den 9. Dezember 1969

Betr.: Studienreferndar Helmut K o m m e r;
hier:
Einleitung von Vorermittlungen gemäß § 24 LDO

Sehr geehrter Herr Studienreferendar!

Der in Ablichtung angeschlossene Zeitungsbericht, der u.a. Ihre Unterschrift trägt, begründet den Verdacht, daß Sie ohne zwingenden Grund und unter Schädigung der Wirkungsmöglichkeiten des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums Ihre Vorgesetzten, Oberstudiendirektor Dr. Max und Studiendirektor Eichhorn, in der Öffentlichkeit diffamiert und sich damit eines Dienstvergehens von § 88,1 des LBG i.d.F. vom 9.7.1968 (Ges.Bl.S 259) schuldig gemacht haben.
Das Oberschulamt leitet deshalb hiermit gemäß § 24 der LDO vom 1.8.1962 (Ges.Bl. S. 141) Vorermittlung gegen Sie ein.
Zum Gegenstand der Vorermittlung werden auch die Unterlagen gemacht, die Ihnen das Oberschulamt mit seinem Schreiben Nr. U III P Kommer, Helmut/7 vom 1.12.1969 übersandt hat.
Sie werden gebeten, zu dem gesamten Komplex bis zum 7.1.1970 unter Rückgabe sämtlicher Ihnen überlassener Unterlagen schriftlich Stellung zu nehmen.
Das Oberschulamt weist Sie ausdrücklich auf die Bestimmung des § 34 LDO hin, wonach sich der Beschuldigte in jeder Lage des Verfahrens des Beistands eines Verteidigers bedienen kann.

Hochachtungsvoll
Dr. Rückert, Präsident

Karlsruhe, den 10. Dezember 1969

Sehr geehrter Herr Studienreferendar!

Auf Grund des in Ablichtung angeschlossenen Berichts der Direktion des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums Wertheim vom 4.11. 1969 hält es das Oberschulamt für notwendig, die gemäß §24, LDO gegen Sie eingeleiteten Vorermittlungen möglichst schnell durchzuführen.
Die Ihnen mit den Bezugsschreiben des Oberschulamtes vom 1. und 9. 12. 1969 gesetzte Frist zur schriftlichen Stellungnahme wird hiermit aufgehoben.
Sie werden gebeten, am Montag, den 22. Dezember 1969 um 9 Uhr zur Anhörung gemäß § 24 LDO im Oberschulamt (Zimmer 213) vorzusprechen.
Selbstverständlich kann auch ein von Ihnen etwa gemäß § 34 LDO beauftragter Verteidiger an diesem Termin im Oberschulamt teilnehmen. Ihre Anhörung im Oberschulamt erübrigt sich, sofern Sie es vorziehen, sich bis zu dem genannten Termin zu der ganzen Angelegenheit schriftlich - unter Rückgabe sämtlicher Ihnen überlassener Unterlagen - gegenüber dem Oberschulamt zu äußern.
Das Oberschulamt macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß zum Gegenstand der Vorermittlungen auch der in Ablichtung beigefügte Bericht der Direktion des Dierich-Bonhoeffer-Gymnasiums vom 4.12. 1969 gemacht wird.
Im übrigen erwartet das Oberschulamt, daß Sie sich in dieser Sache jeder weiteren öffentlichen Meinungsäußerung enthalten.

Hochachtungsvoll
i.V. Dr. Unruh, Oberregierungsdirektor

RESOLUTION DER REFERENDARE AM STUDIENSEMINAR HEIDELBERG VOM 30.1.70

Der Fall Kommer darf nicht als individueller Einzelfall angesehen werden, sondern es zeigt sich hier exemplarisch einerseits der Zustand an unseren Schulen und andererseits die Abhängigkeit der Referendare und Lehrer von ihren Vorgesetzten, wobei dieses hierarchische Verhältnis keineswegs auf rationaler Einsichtigkeit, sondern lediglich auf durch Amt zugeteilter Machtposition beruht.
Die Schule praktiziert in überwiegendem Maß einen autoritären dem Erlernen sozialer Verhaltensweisen und der Erziehung emanzipierter Menschen abträglichen Unterricht. (Vgl. Tausch: Erziehungspsychologie : in alltäglichen Konfliktsituationen praktizierten 80 % der untersuchten Lehrer autoritäre, 16,8% sehr autoritäre und nur die verbliebenen 3,2% demokratische Konfliktlösungen.)
Die Schule ist repressiv, d.h. sie setzt das fragwürdige Prinzip, daß sich der Schüler dem Willen des Lehrers zu unterwerfen habe, rigoros durch. (vgl. Oberstudiendirektor Max aus Wertheim: "die Schule ist keine Demokratie und kann es nicht sein." Main-Post, v. 25. 11.69)

Aber nicht nur die Lehr- und Lernmethoden, sondern auch die Inhalte sind weit davon entfernt, zum Abbau von Herrschaft von Menschen über Menschen und zur demokratischen Gestaltung aller Bereiche beizutragen. Die Einsicht in vorhandene gesellschaftliche Zusammenhänge und Widersprüche wird durch ein völlig überholtes Bildungsideal, das nur dazu dient, die wirklichen Gegensätze zu verschleiern, verwehrt. "Arbeitswelt, menschliche Triebstruktur, Ökonomie und Psychologie sind aus den Lehrplänen entweder sorgfältig ausgeblendet oder nur verstümmelt hereingenommen worden." (Bacia: CDU-Staat)
So dient auch die SMV keineswegs einer Demokratisierung der Schule; es werden dort keine Interessenkonflikte ausgetragen. Die SMV erweckt lediglich den Schein einer demokratischen Schulstruktur und hat somit die Funktion eines Feigenblattes für Demokratie. Die SMV hat nur Pflichten, aber keine Rechte. "Die Abschaffung der SMV würde die gegenwärtige Wirklichkeit nicht verändern, aber entlarven" (Was wollen die Schüler, Fischer-Verlag S.36) (vgl. Direktor Max: "es geht auch ohne Schulsprecher und Parlament, aber so weit wollte ich es nicht kommen lassen. ")
Aber selbst in diese Scheindemokratie, in die Wahl eines Schulsprechers ohne Rechte, versuchte der Direktor in Wertheim einzugreifen und die Schüler noch mehr zu entmündigen.
Dieser verwalteten Schule sollen die künftigen Lehrer in ihrer Ausbildung angepaßt werden. Sie sollen lernen, in Gehorsam die irrationalen und teils auch verfassungswidrigen Schulerlasse und Vorschriften ihrer Vorgesetzten durchzuführen und von demokratischen Unterrichtsformen und kritischer Lehre abzulassen.
So zeigte sich bereits bei Gerd Steffens, daß die Schulämter sich nicht scheuen, Berufsverbote auszusprechen, um die Vermittlung von Theorie und erst recht jeder Praxis in den Schulen von Praxis von vorneherein zu verhindern.
So werden die 3 Lehrer in Wertheim, die sich gegen die undemokratischen Machenschaften des Direktors mit den Schülern solidarisierten, als Unruhestifter und Zerstörer diffamiert, bzw. um es mit den Worten von Max zu sagen: sie eskalieren "im Stile der SDS-Modelle".
Daß die Lehrer zu ihren Handlungen stehen und daraus auch "kein Hehl machen" wird zu einem weiteren Vorwurf: So wird Kritik, wenn sie sich gegen die Vorgesetzten richtet, schlechthin kriminalisiert. Die bloße Aufforderung zur Reflexion seiner Handlungsweise kann dagegen von Herrn Max nur als "Machtrausch" aufgefaßt werden, so daß "man meinte, man könne wie in einem östlichen Staat den verantwortlichen Schulleiter zu Kritik und Selbstkritik zwingen" (Max, Main-Post, 22.11.69).
Ist es ferner dem Direktor, der offensichtlich (und laut Schulverwaltung) das Informationsmonopol bestitzt, erlaubt, seinen Bericht über die Schulereignisse, der diese in vielen Punkten verdreht und verstellt, in der Zeitung zu veröffentlichen, so wird eine sachliche Gegendarstellung der drei Lehrer zum Anlaß genommen, ein Ermittlungsverfahren wegen eines Dienstvergehens im Sinne von § 88,1 des LBG zu eröffnen.

Nachdem das Oberschulamt aber auch so (noch) keinen formalen Entlassungsgrund gefunden hat, sucht es offensichtlich einen Weg, um Kommer auf andere leise Weise los zu werden. So wurde ihm der Unterricht in einer Sexta weggenommen und damit sein Gehalt reduziert: Kommer soll wenigstens finanziell an die kurze Leine genommen werden.
Wir verurteilen diese Willkürakte des OSA.
Wir fordern: 1. Die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die drei Wertheimer Lehrer. Ihre Handlungsweise war nicht nur berechtigt, sie war auch im Sinne einer Aufrechterhaltung der formaldemokratischen Rechte der Schüler nötig.
2. Die Offenlegung der freien Stellen und Mitbestimmung bei den Schulzuweisungen, um uns vor solchen autoritären Direktoren schützen zu können.
3. Fordern wir, im Zusammenhang mit Punkt 2 , - um der Vereinzelung an den verschiedenen Schulen entegegenzuwirken - die Einstellung von mindestens als 2-er oder 3-er Gruppen von Referendaren und Lehrern.

Wir sprechen den 3 Wertheimer Lehrern unsere Solidarität aus und werden bei weiteren Disziplinarmaßnahmen unserer Solidarität Ausdruck verleihen.

„Die Schule kann keine Demokratie sein“

Darstellung des Direktors des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums und die Zuschrift eines Lehrers zu den Vorgängen um die Wahl des Schulsprechers der Anstalt

WERTHEIM. Im Zusammenhang mit der in unserer Ausgabe vom Donnerstag veröffentlichten Zuschrift „Um die Wahl des Schulsprechers des Gymnasiums“ erhalten wir die folgende Darstellung des Direktors des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums, Oberstudiendirektor Dr. Max, und eine Zuschrift von Oberstudienrat Gassert, Lehrer am Gymnasium.

Oberstudiendirektor Dr. Max schreibt: „Statt auf alle Unrichtigkeiten und Ungenauigkeiten des offenen Briefes vom 20. November (gezeichnet Lehmkühler-Martin) einzugehen, möchte ich der Öffentlichkeit meine Darstellung geben.

Zum offenen Brief nur soviel:

Die beiden Studenten haben nicht den geringsten Versuch gemacht, von mir Informationen zu erhalten.

Ich hatte vor allem schulische Bedenken gegenüber dem gewählten Schulsprecher. Daher wollte ich von seiner erziehungsberechtigten Mutter die ausdrückliche Zustimmung zur Wahl haben. Sie sollte wissen, daß wir die Erfahrung gemacht haben, daß fast jeder Schulsprecher, infolge der erhöhten Beanspruchung während seines Amtsjahres, in den schulischen Leistungen (Noten) nachgelassen hat. Sie gehe ein gewisses Risiko ein. Die Mutter Bräuers kannte das Problem bereits und hatte es mit einem Fachmann besprochen. Sie erklärte sich bereit, das Risiko zu tragen, da das Amt nach ihrer Meinung Ansporn zu einer besseren schulischen Leistung sein könne. Immerhin mag sie in einem gewissen Dilemma gewesen sein; dies ist wohl der „Druck“, den ich angeblich ausgeübt habe. Ich stimmte nach dem Gespräch mit der Mutter der Wahl zu.

Da der Schüler mir die Telefonnummer der Mutter, die bei Kassel wohnte, nicht geben konnte oder wollte, ergab sich eine gewisse Verzögerung, Drei Tage nach der Wahl, einen Tag nach der offiziellen Mitteilung des Wahlausganges, gab ich meine Zustimmung. Diese Zeit wurde von den Schülern genutzt, Emotionen zu entfachen. Ein Flugblatt wurde gedruckt und verteilt, ein Ultimatum wurde mir gestellt und Versammlungen abgehalten. Die Schüler solidarisierten sich gegen mich unter sachkundiger Anleitung eines jungen Lehrers, der dem SDS nahesteht und der hier zum Ausbildungsunterricht weilt, und zweier weiterer Lehrer, die dieselben Gedanken vertreten und daraus auch keinen Hehl machen.

Seither geht die Eskalation im Stile der SDS-Modelle weiter, obwohl der Direktor die Ruhe wahrte, die Aktionen der Schüler nicht überbewertete und keinem Schüler Strafe androhte, kurz, sich so verhielt, wie er als Pädagoge glaubte, sich verhalten zu müssen. Man soll bekanntlich einer Revolution — auch wenn sie eine Minirevolution ist — keine Helden und keine Märtyrer verschaffen.

Daß Herr Studiendirektor Eichhorn einer Schülerin ins Gewissen redete, wurde wieder als unerhörter Druck gedeutet, obschon er ihre Klasse gar nicht unterrichtet, sondern das Mädchen von früher her gut kennt und daher hoffen durfte, verstanden zu werden. Herr Eichhorn ist als Vertrauenslehrer von den Schülern gewählt, so daß der Versuch einer Einflußnahme von seiner Seite nur zu begreiflich ist. Er betonte ausdrücklich, daß er als Mensch und nicht als Lehrer zu ihr spräche.

Dem Direktor wurde am 18. November eine Art Resolution der Schüler überreicht. Man verlangte, ich solle mich durch Unterschrift von meinen eigenen Handlungen, von Herrn Pfarrer Schwindt und Herrn Studiendirektor Eichhorn distanzieren. Man hat sich also bereits so weit in einen Machtrausch hereingesteigert, daß man meinte, man könne, wie in einem östlichen Staat, den verantwortlichen Schulleiter zu Kritik und Selbstkritik zwingen.

Die verlangte Unterschrift leiste ich nicht. Wir werden sehen, wie es weitergeht. Meine Toleranz den Schülern gegenüber hört in dem Moment auf, wenn sie gegen die Gesetze verstoßen.

Ich denke, daß die Öffentlichkeit sich nun ein Bild von den Vorgängen machen kann. Die Modelle der rebellierenden Studenten in den Großstädten sollen hier an unserer Schule praktiziert werden.

Haben die Eltern wirklich das Gefühl — wie Herr Kommer in seiner Erklärung behauptet — daß ihre Kinder bei uns in der Schule l e i d e n? Mir kommt es vor, als hätten sie doch ein recht schönes Leben im Vergleich zu den Gleichaltrigen, die in der Berufsausbildung stehen oder schon arbeiten. Sie haben reichlich Zeit für Sport, musische Betätigung, Hobbies und auch Dummheiten und haben das bis anhin auch zu schätzen gewußt.

Zum Schluß noch die Begründung dafür, die ich auch dem Lehrerkollegium vortrug, warum ich der Schulsprecherwahl, trotz Bedenken, zustimmte: „Es gab keine Alternative mehr. Die Schüler hätten aus einer Trotzreaktion heraus immer wieder Bräuer gewählt; jeder andere Kandidat wäre in ihren Augen von meinen Gnaden gewesen.“

Zwar habe ich gesagt, es gehe auch ohne Schulsprecher und Parlament (was richtig ist); soweit wollte ich es nicht kommen lassen. Ein weiterer Grund war, daß ich den Schülern, vor allem den Jüngeren, zeigen wollte, daß ich Respekt habe vor einer demokratischen Wahl, selbst wenn sie gewisse Mängel hat. Zwar ist die Schule — sowenig wie die Familie — nach meiner Meinung eine Demokratie und kann es nicht sein; ich bejahe aber, daß die Schule ein dem Alter der Schüler entsprechendes Erfahrungsfeld oder Übungsfeld späterer demokratischer Verhaltensweisen ist. Dafür gibt es an einer Schule eine Menge Gelegenheiten.

gez. Dr. Max, Oberstudiendirektor

MAIN-TAUBER-POST, Sa 22.11.69

Chaos ist keine Voraussetzung für eine neue Ordnung

Die Zuschrift von Oberstudienrat Gassert hat folgenden Wortlaut:

„Meine sehr geehrten Herren Lehmkühler und Martin!

Am Ende Ihres Schreibens appellieren Sie an die Eltern und Verantwortlichen im Staat, den Schülern des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums in ihrer Auseinandersetzung mit der Schulleitung zu helfen. Wenn ich recht verstanden habe, soll also Ihr Brief eine Hilfsaktion sein, damit sich das demokratische Denken und Handeln an dieser Schule verwirklichen kann. Leider haben sich in Ihrer Dokumentation der Ereignisse Ungenauigkeiten bzw. Formulieren eingeschlichen, die einem uninformierten Leser ein falsches Bild vom Ablauf — das wäre das geringste Übel — und deren Hintergründe vermitteln.

Ihre Darstellung beruht auf einseitiger Information, da Sie wohl aus teils berechtigten, großenteils aber auch emotionalen Beweggründen sofort Partei ergriffen und auf eine allseitige Information verzichteten.

Wie ich aus teilweise wörtlichen Übereinstimmungen Ihres Briefes mit mündlichen und schriftlichen Äußerungen der von Ihnen so genannten beteiligten Lehrer ersehe, sind Ihnen deren Beweggründe bekannt. Warum verschweigen Sie diese zum Teil? Warum stellen Sie in Ihrer Dokumentation nicht fest, daß vor Abfassung und Verteilung der VOX-Information den Verfassern bekannt war, daß der Schulsprecher von der Direktion anerkannt wird, sondern erwecken den Eindruck, daß dies ein Erfolg der „Information“ gewesen sei? Warum verschweigen Sie, daß die Lehrerkonferenz auf Wunsch oder wenigstens mit Zustimmung der „beteiligten Lehrer“ stattfand und belassen es bei diskriminierenden Vermutungen?

Warum also? Entweder weil Sie es nicht anders wahrhaben wollten oder weil Sie keine Zustimmung unter demokratisch Gesinnten erwarten konnten, wenn Sie die von einigen Schülern unter Beratung einiger Lehrer ergriffene Methode dargelegt hätten? Sie müssen durch Ihre Informanten doch wissen — diese machen ja niemandem gegenüber ein Geheimnis daraus —, daß dies alles erst jetzt geschah, nicht nur weil die Schülerangst vor der Macht des Direktors durch die Beteiligung von Lehrern gemildert wurde, sondern vor allem weil durch die Beteiligung von Lehrern einigen Schülern eine anscheinend erfolgversprechende Methode gewiesen wurde, wie sie durch scheindemokratische Formen — vergleichen Sie nur den wirklichen Ablauf der Schülervollversammlung im Roxy —, Pression, Konflikt und Agitation die repressive Scheindemokratie der Schule entlarven und vielleicht zu einer echten Demokratie umgestalten könnten. (Aussage eines „beratenden Lehrers“: Es ist ein Risiko, aber der einzige Ausweg in der heutigen Situation.)

Nun wird man vielleicht fragen, warum ich auf Ihren Brief antworte, obwohl ich weder persönlich noch als Lehrer angegriffen wurde. Einer der „beteiligten Lehrer“ vertrat für alle vor der Lehrerkonferenz folgende Meinung (Zitat): „Wir sind uns dabei im klaren, daß alle, die sich für eine Demokratisierung der Schule einsetzen, mit langwierigen Auseinandersetzungen zu rechnen haben. Da die Durchsetzung inhaltlich praktizierter Demokratie Schwierigkeiten nicht aus dem Weg gehen kann, sondern stets sich um Legalisierung einer „balance of power“ bemühen muß, können wir vor der Übermacht der traditionellen Autoritäten nicht resignieren. Vielmehr müssen sich die progressiven Lehrer und, wie es Fritz Vilmar für die Schüler forderte, „die organisierte Schülerschaft selbstverständlich das Recht kollektiver Aktionen, die Möglichkeit von Notwehraktionen (Demonstrationen, go-in, sit-in, Streik, kollektive Befehlsverweigerung) ausdrücklich vorbehalten. Ordnungsfetischisten, die angesichts der hier eingeräumten Aktionsmöglichkeiten wieder einmal das Bevorstehen der totalen Anarchie prophezeien werden oder glauben, Schule werde dann in ein permanentes Happening ausarten, sei entgegengehalten, daß Schüler in ihrer Mehrheit durchaus ein Interesse daran haben, etwas zu lernen, besonders wenn es auf eine humane, sie selbst aktivierende, nicht repressive Weise geschieht.“ →

Demokratie in der Schule – unmöglich

Zuschrift von drei Lehrern zu den Vorgängen um die Wahl des Schulsprechers am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium

WERTHEIM. Im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Wahl des Schulsprechers am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium erhalten wir die folgende weitere Zuschrift von drei Lehrern der Anstalt, Studienrat Güde, Studienassessor Leonhardt und Studienreferendar Kommer.

„Die Wahl des diesjährigen Schulsprechers am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums drohte durch massives Eingreifen der Direktion zur scheindemokratischen Farce zu werden. Schon während der Wahlvorbereitungen versuchten nämlich der Direktor Dr. Max und der stellvertretende Direktor Eichhorn, die Wahl eines von den Schülern aufgestellten Kandidaten zu verhindern. Die Einwände, die dabei von der Direktion erhoben wurden, waren einerseits erniedrigende Vorwürfe wie geistige Unreife und mangelnde Umgangsformen und andererseits schulische Bedenken wegen schlechter Leistungen. Alle diese Einwände erwiesen sich als unhaltbar und wurden späterhin von der Direktion aufgegeben.

Nachdem der 19jährige Schüler von der absoluten Mehrheit des Schülerparlaments gewählt worden war, lenkte die Direktion nicht ein. Statt dessen vertrat sie gegenüber dem ehemaligen und dem neuen Schulsprecher die demokratisch unmögliche Auffassung, daß sie den neuen Schulsprecher auf keinen Fall akzeptieren werde und sogar auf das Schülerparlament verzichten könne.

Der dadurch offen zum Ausdruck gebrachte Wille, sich über die Interessen und Entscheidungsprozesse der Schüler hinwegzusetzen, fand seine Fortsetzung in dem Versuch, die Mutter des Schülers dazu zu bewegen, ihren Sohn von der Annahme des Schulsprechers abzubringen. Um dieses Ziel zu erreichen, scheute der Direktor nicht vor der unrichtigen Behauptung zurück, das gesamte Lehrerkollegium lehne die Wahl des neuen Schulsprechers ab.

Durch dieses Vorgehen mußte der Direktor Schüler und an der Demokratie interessierte Lehrer in folgenden Punkten vor den Kopf stoßen:

1. Er versuchte, den Entscheidungsprozeß der Schülerwahl einseitig in seinem Sinn zu beeinflussen.

2. In den folgenden Tagen nach der Schulsprecherwahl setzte er seine bisherige Politik fort, indem er den neuen Schulsprecher nicht anerkannte und die Mutter des Schülers mit ungerechtfertigten Aussagen auf seine Seite zu bringen suchte.

3. Er behauptete wiederholt, das gesamte Lehrerkollegium lehne den neuen Schulsprecher ab.

Diese Verhaltensweise der Direktion, die selbstherrlich über die Untergebenen hinweg regierte, stellte den Sinn der Schülermitverwaltung, die in ihrer demokratischen Intention eine Interessenvertretung der Schüler sein sollte, unmittelbar in Frage. Außerdem handelte die Direktion damit in direktem Widerspruch zum Auftrag der Landesverfassung, die „die Erziehung der Schüler zu Verantwortlichkeit und freiheitlich demokratischer Gesinnung“ fordert.

Um die Anerkennung des Schulsprechers zu erreichen, wandten sich einige Schüler an uns und baten um Unterstützung. Es war für uns selbstverständlich, daß wir sie in diesem eindeutig von der Direktion ausgelösten Konfliktfall beraten und ihnen helfen mußten. Beim ersten Kontaktgespräch zwischen Schülern und Lehrern wurde beschlossen, die Direktion schriftlich um die sofortige Anerkennung der Wahl zu ersuchen. Nachdem die Direktion diese Möglichkeit ausschlug und mit Verzögerungstaktik antwortete, verstärkte sich bei den Schülern das Gefühl der Ohnmacht und Empörung. Sie hatten spontan das Bedürfnis und den Wunsch, nun wenigstens die ganze Schülerschaft von den Vorfällen zu informieren und so künftige Pressionen bei ähnlichen Gelegenheiten zu vermeiden. Dazu wurde die Form eines Informationsblattes der Schülerzeitung „VOX“ gewählt, gerade um dem Vorwurf, man wolle den Konflikt von vornherein in die außerschulische Öffentlichkeit tragen, zu begegnen. Zusätzlich wurde das Handeln legitimiert, indem telefonisch der Vertrauenslehrer der Oberstufe um Billigung gebeten wurde.

Weshalb kam es, obwohl die Schüler und die drei Lehrer den Rahmen der Aktionsmöglichkeiten bewußt begrenzten, trotzdem zu solcher Aufregung und Entrüstung. Zu dieser Frage seien hier kurz einige Überlegungen zur Diskussion gestellt:

1. Die Einziehung der ersten Auflage der „VOX“-Information durch Pfarrer Schwindt zeigte ein noch zu klärendes Zusammenspiel von Schule und Stift: Schon dadurch mußte die Beunruhigung über die Grenzen des Gymnasiums hinausgreifen, was ursprünglich keineswegs beabsichtigt war.

2. Der Konflikt wäre nicht in dieser Vehemenz ausgebrochen, wenn frühere Konflikte in der Schule sinnvoll ausgetragen worden wären. Die Einstampfung der ehemaligen „VOX PLEBIS“ wurde in diesem Zusammenhang schon in Erinnerung gerufen. Alte verdrängte Probleme wurden wieder bewußt und mußten sich konfliktverstärkend auswirken.

3. Das Vorgehen der beteiligten Schüler und Lehrer stieß auf eine Reihe alter Vorurteile. Deutlich machte sich die Tendenz bemerkbar, Kritik im Keime zu ersticken. Die verhängnisvolle Meinung kam zum Vorschein, daß diejenigen, die kritisieren, ohne die Macht zu haben, doch schweigen sollten. Kritik dürfe nur der üben, der die Herrschaft innehabe und sich in privilegierter Position befinde. Alle diejenigen, die sich in diesem Falle für eine Demokratisierung der Schule engagierten, sollen als eine aktive Minderheit zum Sündenbock gemacht werden, während sie doch lediglich der Verletzung demokratischer Spielregeln entgegengetreten waren. Ihre Reaktion auf die Vorfälle im Gymnasium sollte von der Öffentlichkeit als Provokation gewertet und verurteilt werden. Diejenigen, die für eine realere Demokratie eintraten, wurden als Unruhestifter und Zerstörer hingestellt.

4. Eine Direktion, deren Demokratieverständnis („Die Schule ist keine Demokratie und kann es nicht sein“) nicht derartig reaktionär gewesen wäre, hätte diesen Fall liberal aufgefangen und intern geklärt. Da aber nicht einmal ein formales Demokratieverständnis vorhanden war, das die Schülermitverwaltung und das Schülerparlament hätte respektieren müssen, wurde unser Verhalten schon als Unbotmäßigkeit und Verletzung der Gesetze gewertet. Wir mußten dabei erkennen, daß der Widerstand gegen eine Demokratisierung der Schule größer ist, als man sich dies gewöhnlich vorstellt.

Wir denken, daß sich trotzdem genügend Kräfte finden, die sich von der Demokratiefeindlichkeit nicht beeindrucken lassen und die Möglichkeiten der Verwirklichung von Demokratie in der Schule weiterhin wahrnehmen. Der Gefahr folgereicher Konflikte kann dabei nicht aus dem Wege gegangen werden, wenn wir wissen wollen, was es mit Demokratie, Aufklärung und Veränderbarkeit der Schule und der Gesellschaft auf sich hat.

gez.: F. Güde, H. Kommer, J. Leonhardt

MAIN-TAUBER-POST, Sa 29.11.69

Fortsetzung von S. 57

Ich rechne mich zu diesen Ordnungsfetischisten, die nicht einsehen, daß erst ein Chaos geschaffen werden muß, um eine neue Ordnung aufbauen zu können, zumal sich dann zumeist die Zielsetzung der Ordnung verändert hat. Und da Sie für die andere Seite das Wort ergriffen haben, fühlte ich mich verpflichtet, zu antworten. Falls Sie sich für meine Gedankengänge und Gründe näher interessieren, bin ich gerne bereit, mit Ihnen zu sprechen.

JUGENDKOMMUNE

Rocker und Trevegänger
in der Kluckstrasse

Bericht über einen Versuch
Jugendkommunen zu machen

2.-DM, Buchhandlung des
Republikanischen Clubs Berlin
1Berlin 15, Wielandstraße 27

AL-DJABHA
DIE FRONT

nr. 1 Preis:
Jahr: 1970 -.40 DM

Herausgeber : KOMITEE ZUR UNTERSTÜTZUNG PALÄSTINAS
in Aachen, Frankfurt und Heidelberg

6900 HEIDELBERG GRABENGASSE 14 c/o AStA

SPENDENKONTO : FPDLP Heidelberger Volksbank 5012

erscheint Mitte Februar

INHALT:

Arabische Gipfelkonferenz in Rabat
Die Besatzungspolitik Israels
Die Che Guevara-Aktion der FPDLP
Über das Verhältnis Algerien - USA
Das Kriegsbudget Israels 70/71
Das Verhältnis von Theorie und Praxis, Avantgarde und Masse

ROTES FORUM , Organ des SDS Heidelberg
69 Heidelberg Schiffgasse 4 c/o Jörg Burckhard

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle ab Nr. ..... das 6 mal im Jahr erscheinende ROTE FORUM zu ..... Ex. zu einem halbjährlichen Abonnementspreis von 3.-DM plus Porto (Einzelpreis 1.- DM) - Bezahlung per Zahlkarte.

NAME.....

WOHNORT.....

STRASSE.....

DATUM.....

UNTERSCHRIFT!!!.....

ROTE PRESSE KORRESPONDENZ

1000 BERLIN 30, EISLEBENER STR. 14, TEL. 24 22 26

BESTELLSCHEIN:

BITTE DEUTLICH SCHREIBEN !!!!!

Ich bestelle ab ..... die wöchentlich erscheinende ROTE PRESSE KORRESPONDENZ zum monatlichen Abonnementspreis von DM 4.oo (Ausland: DM 5.oo ; Luftpostabonnementspreis Ausland: DM 6.oo zuzüglich Luftpostzuschlag.)
Der Einzelpreis beträgt DM 1.oo . Das Abonnement kann nach drei Monaten zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

NACHDRUCKE SIND NUR NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION GESTATTET .

Den Abonnementspreis von DM 4.oo DM 5. oo (nicht zutreffendes streichen) (im Quartal DM 12.oo DM 15.oo) überweise ich im voraus auf das Konto der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ G. m. b. H. bei
Berliner Disconto Bank (Steglitz) Konto Nr. 412 / 31 88
Postscheckkonto der Bank: Berlin West 37 680

NAME : .....

WOHNORT : .....

STRASSE : .....

DATUM: .....

UNTERSCHRIFT : .....

Sole D'oro
Ristorante
Italiano

Hauptstraße 172
Nähe Heiliggeistkirche
Von 11 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts
Tel. 21480

IM HOTEL PALMBRÄU HAUS:

CLUB DISCOTHEK BIS 3 UHR NACHTS

tiffany

HEIDELBERG HAUPTSTR. 187 ☎ 21952

Außerdem im Palmbräu-Haus

Le Palme

☎ 21952

Italienische Spezialitäten
von 11.30 – 3 Uhr nachts
...und man trinkt hier PALMBRÄU BIER